



HESSISCHER LANDTAG

27. 02. 2019

6. Sitzung

Wiesbaden, den 27. Februar 2019

Amtliche Mitteilungen	313	23. Entschließungsantrag	
<i>Entgegengenommen</i>	313	Fraktion der SPD	
Präsident Boris Rhein	313	Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit –	
Vizepräsidentin Heike Hofmann	368	Arbeit, Solidarität, Menschlichkeit	
		– Drucks. 20/173 –	325
		<i>Abgelehnt</i>	342
Erklärung des Ministers des Innern und		Lisa Gnadt	325
für Sport	313	Claudia Ravensburg	326
<i>Entgegengenommen</i>	313	Volker Richter	328, 340
Minister Peter Beuth	313	Yanki Pürstün	329
		Christiane Böhm	331
28. Antrag		Marcus Bocklet	333
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS		Minister Kai Klose	334
90/DIE GRÜNEN		Thorsten Schäfer-Gümbel	335
Nachhaltige Landwirtschaft in Hessen wei-		Janine Wissler	337
ter fördern und unterstützen		Manfred Pentz	338
– Drucks. 20/180 –	313	René Rock	338
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz,</i>		Mathias Wagner (Taunus)	339
<i>Landwirtschaft und Verbraucherschutz über-</i>		Jürgen Lenders	342
<i>wiesen</i>	325		
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)	313	10. Erste Lesung	
Wiebke Knell	315	Gesetzentwurf	
Heinz Lotz	317	Fraktion der SPD, Fraktion der Freien De-	
Gerhard Schenk	318	mokraten	
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz	319	Zweites Gesetz zur Änderung des Hessi-	
Lena Arnoldt	321	schon Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches	
Claudia Papst-Dippel	322	(HKJGB)	
Ministerin Priska Hinz	322	– Drucks. 20/127 –	342
Gernot Grumbach	324	<i>Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrati-</i>	
		<i>onspolitischen Ausschuss überwiesen</i>	352
		René Rock	342, 350
		Heiko Scholz	343
		Christiane Böhm	345
		Frank-Tilo Becher	346, 351
		Kathrin Anders	347, 352

Claudia Ravensburg	348		
Minister Kai Klose	349		
11. Erste Lesung			
Gesetzentwurf			
Fraktion der SPD			
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Wohnraumschutzgesetz – WSchG)			
– Drucks. 20/170 –	352		
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen überwiesen</i>	368		
40. Erste Lesung			
Dringlicher Gesetzentwurf			
Fraktion DIE LINKE			
Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum			
– Drucks. 20/238 –	352		
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen überwiesen</i>	368		
Elke Barth	353, 362		
Jan Schalauske	354, 365		
Dimitri Schulz	355		
Jürgen Lenders	356, 363		
Heiko Kasseckert	357		
Hildegard Förster-Heldmann	358, 363, 365		
Minister Tarek Al-Wazir	360		
Dr. Stefan Naas	364		
Klaus Gagel	366		
Günter Rudolph	367		
Klaus Herrmann	367		
27. Entschließungsantrag			
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Hessen handelt für mehr Steuergerechtigkeit			
– Drucks. 20/179 –	368		
<i>Angenommen</i>	379		
Lena Arnoldt	368		
Marion Schardt-Sauer	369		
Miriam Dahlke	371		
Marius Weiß	372		
Bernd-Erich Vohl	374		
Jan Schalauske	375		
Minister Dr. Thomas Schäfer	377		
6. Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission nach dem Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen (Verfassungsschutzkontrollgesetz)	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion der Freien Demokraten			
– Drucks. 20/225 –	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion der AfD			
– Drucks. 20/240 –	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion der CDU			
– Drucks. 20/241 –	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
– Drucks. 20/242 –	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion der SPD			
– Drucks. 20/243 –	379		
Wahlvorschlag			
Fraktion DIE LINKE			
– Drucks. 20/244 –	379		
<i>Gewählt:</i>			
<i>Abg. Holger Bellino (CDU)</i>			
<i>Abg. Alexander Bauer (CDU)</i>			
<i>Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>			
<i>Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>			
<i>Abg. Nancy Faeser (SPD)</i>			
<i>Abg. Günter Rudolph (SPD)</i>			
<i>Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten)</i>	380		
7. Wahl der Mitglieder der Artikel-13-Grundgesetz-Kommission	380		
Wahlvorschlag			
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD			
– Drucks. 20/239 –	380		
<i>Gewählt:</i>			
<i>Abg. Holger Bellino (CDU)</i>			
<i>Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>			
<i>Abg. Nancy Faeser (SPD)</i>	380		

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Karin Müller
Vizepräsidentin Heike Hofmann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes
Hessen beim Bund Lucia Puttrich
Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Kai Klose
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretär Patrick Burghardt
Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann
Staatssekretär Dr. Stefan Heck
Staatssekretär Dr. Martin J. Worms
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretärin Ayse Asar
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Dr. Dr. Rainer Rahn
Katrin Schleenbecker

(Beginn: 9:05 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 6. Plenarsitzung des Hessischen Landtags am heutigen Mittwoch, dem 27. Februar 2019. Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1 bis 5, 8 und 9, 14, 16, 21, 29 und 36 bis 39.

Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 28, Setzpunkt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dann folgt Tagesordnungspunkt 23. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 27.

Entschuldigt fehlt heute Herr Abg. Dr. Dr. Rainer Rahn, er ist erkrankt. Wir übermitteln ihm unsere besten Genesungswünsche.

Geburtstag hat heute Herr Abg. Stefan Müller (Heidenrod). Die Geschenkregelung gilt natürlich sofort. 1977 hat er das Licht der Welt erblickt, er ist also einer der Jungen unter uns.

(Heiterkeit und Zurufe)

– Was gibt es denn da zu lachen? Ich bin selbst nur fünf Jahre von ihm entfernt, deswegen habe ich mir erlaubt, das anzumerken.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich spreche Ihnen im Namen des gesamten Hauses die herzlichsten Glückwünsche aus. Es gibt keine Blumen für den Kollegen, sondern einen guten Tropfen hessischen Weines.

(Schriftführer Walter Wissenbach überreicht ein Weinpräsent.)

Weil ich bemerkt habe, dass es gestern ein bisschen Verwunderung gab, dass der Innenminister die Redezeit lediglich um zwei Minuten überzogen hat und es zu einer ziemlichen Ausweitung der Redezeit der Oppositionsfraktionen kam, möchte ich Ihnen gerne die neue Regelung der Geschäftsordnung zur Kenntnis geben, möglicherweise hat es ja auch disziplinierende Wirkung. In § 73 Abs. 1 GOHLT heißt es:

Die Mitglieder der Landesregierung und ihre Beauftragten sollen sich an die nach § 72 Abs. 1 für die Fraktionen geltenden Redezeiten halten. Überschreiten die Mitglieder der Landesregierung oder ihre Beauftragten unter Hinweis auf ihr jederzeitiges Rede-recht die Redezeit, verlängert sich die Redezeit für die Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind (Oppositionsfraktionen), anteilig um die Dauer der Überschreitung,

– jetzt kommt es –

jedoch mindestens um fünf Minuten.

(Vereinzelter Beifall SPD, AfD und Freie Demokraten)

Das ist die neue Regelung.

Herr Staatsminister Wintermeyer drohte schon an, das bedeute, dass die Landesregierung länger rede – auch dafür

gibt es natürlich Regelungen, die ich Ihnen hier aus Zeitgründen nicht im Einzelnen vortragen möchte.

Aus aktuellem Anlass möchte ich Sie bitten, zu erlauben, dass ich zu Beginn der Sitzung Herrn Staatsminister Beuth das Wort erteile. – Herr Staatsminister Beuth, Sie haben das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Samstag, dem 9. Februar 2019, verunfallte eine Funkstreife der Polizeiautobahnstation Südhessen im Rahmen einer Alarmfahrt ohne Fremdeinwirkung. Die Fahrzeuginsassen, ein 45 und ein 33 Jahre alter Polizeibeamter der Polizeiautobahnstation Südhessen, wurden schwer verletzt aus dem stark beschädigten Funkwagen gerettet und ins Klinikum Darmstadt gebracht. Während einer der beiden Polizeibeamten nicht lebensgefährlich verletzt wurde, erlag nunmehr sein 33-jähriger Kollege am gestrigen Dienstagabend im Klinikum Darmstadt seinen Unfallverletzungen.

Die psychologische Betreuung der Angehörigen wird durch den Zentralen Polizeipsychologischen Dienst gewährleistet. Zum Ausdruck der Anteilnahme wird Trauerflor an den Einsatzfahrzeugen der hessischen Polizei angeordnet. Wir trauern um den verstorbenen hessischen Polizeibeamten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Dem noch verletzten Kollegen wünschen wir baldige Genesung. – Ich danke Ihnen.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Beuth. – Das zeigt einmal mehr die Gefahren, die mit diesem Beruf einhergehen. Unsere Gedanken und Wünsche sind bei der Familie und den Hinterbliebenen. Danke für diese traurige Mitteilung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf damit in die Tagesordnung eintreten. Wir beginnen mit **Tagesordnungspunkt 28:**

Antrag
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Nachhaltige Landwirtschaft in Hessen weiter fördern und unterstützen
– Drucks. 20/180 –

Ich darf das Wort Abg. Müller (Witzenhausen) für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen. Herr Müller, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag für eine nachhaltige Entwicklung der hessischen Landwirtschaft wollen wir mit der Fortsetzung des erfolgreichen Ökoaktionsplans starten. Dafür werben wir selbstverständlich um Unterstützung bei allen Fraktionen im Hessischen Landtag.

Wir wollen dabei den bewährten Weg fortsetzen und setzen auf Anreize und freiwillige Maßnahmen für alle hessischen Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Mit „alle“ meine ich auch alle, egal ob Ökobetrieb oder konventionell.

Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft für alle landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen, und wir wollen den Anteil der Ökobetriebe dabei noch weiter steigern. Im Koalitionsvertrag haben wir dafür das Ziel 25 % Ökolandbau bis 2025 ausgegeben. Das ist ehrgeizig, aber auf jeden Fall machbar. Die Bundesregierung möchte mittelfristig 20 % erreichen. Damit unterstützen wir die Bundesregierung hier aus Hessen bei diesem Vorhaben und übernehmen auch für dieses Ziel eine Mitverantwortung. Darum haben wir uns vorgenommen, dass Hessen Ökomodellregion Deutschlands werden soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum setzt man sich überhaupt dieses Ziel? – Der Ökolandbau verzichtet auf synthetisch hergestellte Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmittel. Damit leistet er einen erheblichen Beitrag zur Einsparung von fossilen Brennstoffen und damit zum Klimaschutz. Gleichzeitig werden die Belastung der Gewässer durch Nitratauswaschungen und negative Auswirkungen auf Ökosysteme vermieden.

Das bundeseigene Thünen-Institut hat in seiner aktuellsten Studie zu einem Systemvergleich 580 Studien ausgewertet und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: Bei den Leistungen für Umwelt und Gesellschaft liegt der Ökolandbau in den Bereichen Wasserschutz, Klimaschutz und Stickstoff- und Energieeffizienz deutlich vor der konventionellen Landwirtschaft.

(René Rock (Freie Demokraten): Bodenverbrauch?)

Bei den meisten Förderprogrammen im Agrarumweltbereich müssen zusätzliche Kontrollen und Dokumentationen erstellt werden, damit sie von der EU als Agrarumweltmaßnahmen akzeptiert werden. Der Ökolandbau – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen – bringt systembedingt seine eigene und vor allem selbst finanzierte Kontrolle mit. Dadurch entfallen Bürokratie und zusätzliche Kontrollkosten. Das müsste eigentlich jeden Politiker hier im Raum erfreuen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung auch Umweltförderung für Betriebe vorgesehen, die den Schritt zum Ökolandbau nicht gehen wollen. Sie bekommen Anreize, ihre Produktionsweise den neuen Erfordernissen anzupassen. Dazu gehört unter anderem der Programmpunkt „Vielfältige Fruchtfolge“, den es auch in der letzten Legislaturperiode schon gab. Ich freue mich ganz besonders, dass dieser Programmpunkt jetzt in der Koalitionsvereinbarung verankert ist. Das Programm war nämlich in der Vergangenheit so beliebt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgereicht haben. Dieser Programmpunkt leistet Erhebliches für den Erhalt der Biodiversität, besonders durch den Wechsel der Fruchtfolge von Sommer- und Winterroggen und durch den Wechsel von Hackfrüchten zu Getreide. Dadurch finden Flora und Fauna optimale Bedingungen und haben viel größere Überlebenschancen. Gleichzeitig spart man durch den vorgeschriebenen Anbau von Leguminosen große Mengen an Stickstoffdünger und vermindert dadurch Importe von Soja aus Übersee.

Die Praxis zeigt, dass unter den Teilnehmern an diesem Programm ein großes Interesse für die Umstellung auf Ökolandbau erzeugt wird. Somit wird mit dem Programm

nicht nur direkt etwas für die Biodiversität erreicht, sondern wir schaffen auch weitere Anreize für die Umstellung auf Ökolandbau.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Aber das sollten alle wirklich zur Kenntnis nehmen: Es ist so, dass allen Bäuerinnen und Bauern alle Umweltprogramme angeboten werden. Das ist gut so, und das ist gewollt; denn jeder Betrieb, egal ob öko oder konventionell, kann sich noch verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Ein wichtiger Punkt im heutigen Antrag ist die Einführung eines Praxisforschungsnetzwerks. Das ist ein kompliziertes Wort für den ökologischen Landbau in Hessen. Mit einem Praxisforschungsnetzwerk soll erreicht werden, dass die vielfältigen Aktivitäten von sogenannten Pilotbetrieben – das sind besondere Betriebe, die besondere Bedingungen mitbringen, sowohl von der Ausbildung der Betriebsleiter als auch von der technischen Ausstattung ihrer Betriebe her – zusammen mit den beiden Agrarunions, mit der Ökoberatung des Kuratoriums und mit den Anbauverbänden im Rahmen der Praxisforschung koordiniert werden. Die Ergebnisse der Praxisforschung sollen allen Betriebsleitern, auch denen konventioneller Betriebe, zur Verfügung stehen, und gleichzeitig sollen Impulse aus den landwirtschaftlichen Betrieben aufgenommen und bearbeitet werden.

Hier noch ein Hinweis: Die öffentliche Hand in Deutschland gibt lediglich 3 % der Agrarforschungsmittel für den Bereich des ökologischen Landbaus aus. Das ist noch deutlich weniger als der Anteil der Ökobetriebe, der heute schon vorhanden ist. Den Haupthebel dafür hat aber die Bundesregierung in der Hand. Sie verteilt die Mittel vollkommen unzureichend. Das muss sich ändern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt bei der Ökolandbauforschung auch deutlich weniger Drittmittel aus der Industrie, weil bei dieser Forschung in der Regel keine Produktentwicklungen herauskommen, mit denen die Industrie hinterher Geld verdienen kann.

An dieser Stelle ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass es der Koalition von CDU und GRÜNEN in der Vergangenheit sehr gut gelungen ist, Gräben zwischen konventionellen Landwirten und Ökos zuzuschütten. Wer anderes behauptet, hat die Entwicklungen der letzten Jahre nicht wahrgenommen. Er sollte sich zukünftig besser bei uns Bauern erkundigen als bei der Industrie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Brücken bauen zwischen den verschiedenen Produktionsmethoden und ihren Akteuren war die Devise von Ministerin Hinz. Das ist ihr in der Vergangenheit außerordentlich gut gelungen – vielen Dank dafür, Frau Staatsministerin Hinz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja schon mehrfach thematisiert worden, dass es mit mir nur noch einen Landwirt im Hessischen Landtag gibt. Ich finde das schade. Ich würde mich aber sehr freuen, wenn der gesamte Berufsstand mehr Aufmerksamkeit und

mehr Wertschätzung bekäme, sowohl hier im Hause als auch in der Bevölkerung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

In Witzenhausen, wo ich jetzt über 30 Jahre meines Berufslebens einen landwirtschaftlichen Betrieb geleitet habe, haben wir außerordentlich gut mit allen Kolleginnen und Kollegen zusammengearbeitet – egal ob konventionell oder ökologisch. Wir haben uns gegenseitig geholfen, Erfahrungen ausgetauscht, Maschinengemeinschaften gegründet. Im Bodenverband Werra-Meißner arbeiten konventionelle und ökologische Kollegen im Vorstand und in der Mitgliedschaft sehr gut zusammen. Der Hessische Bauernverband hat einen Ökofachausschuss, der sich intensiv mit den Belangen des Ökolandbaus befasst. Im Kuratorium für das landwirtschaftliche Beratungswesen habe ich jahrelang mitgearbeitet. Dort tauschen sich Ökoberater mit konventionellen Beratern gut aus. Auch dort ist überhaupt kein Platz für ideologische Grabenkämpfe.

In der Arbeitsgruppe „Bauernhof als Klassenzimmer“ war ich auch jahrelang dabei. Dort ergibt sich das gleiche Bild. Hier geht es darum, Schul- und Kindergartenkindern zu vermitteln, wo unsere Lebensmittel herkommen und wie sie hergestellt werden. Das hilft dabei, den respektvollen Umgang mit Lebensmitteln zu lernen. Auch hier wollen wir die erfolgreiche Arbeit unbedingt fortsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich möchte mich hier ausdrücklich bei allen Akteuren von „Bauernhof als Klassenzimmer“, vor allem bei den Bäuerinnen und Bauern, für ihre Arbeit bedanken. Sie haben in der Vergangenheit ganz Hervorragendes geleistet. Das wollen wir auch weiterhin mit dem Ökoaktionsplan unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, als Ökobauer habe ich vollstes Verständnis dafür, dass nicht jeder Betriebsleiter den Schritt der Umstellung gehen will oder kann. Aber ich habe in meiner praktischen Erfahrung als Landwirt erlebt, dass die Bäuerinnen und Bauern in Hessen insgesamt eine riesengroße Bereitschaft mitbringen, sich den Herausforderungen von Umwelt- und Klimaschutz zu stellen und an einer Verbesserung der Lage mitzuarbeiten. Bei dieser Bereitschaft müssen wir sie alle abholen, und mit unserer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik müssen wir diese Prozesse unterstützen. Dafür werbe ich. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Abg. Müller. Ich darf Ihnen gratulieren. Das war Ihre erste Rede im Plenum des Hessischen Landtags. Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank vom ganzen Haus.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächste Rednerin darf ich die von mir sehr geschätzte Abg. Knell von der Fraktion der Freien Demokraten aufrufen. Bitte schön, liebe Frau Knell.

(Zurufe: Oh! – Janine Wissler (DIE LINKE): Dann bin ich auf die nächste Anmoderation gespannt! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Jetzt muss auch was kommen! – Manfred Pentz (CDU): Gibt es jetzt wieder Blumen? – Weitere Zurufe)

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Ja, der Landtagspräsident hat Geschmack.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Boris Rhein:

Verehrte Frau Kollegin Knell, das geht noch nicht von der Redezeit ab; das kann ich Ihnen zusichern.

(Heiterkeit – Beifall Freie Demokraten – Zuruf: Ui, ui, ui! – Weitere Zurufe)

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein ernstes Thema. Deswegen kommen wir jetzt darauf zurück.

Ich finde es gut, dass wir heute Gelegenheit haben, über die Landwirtschaftspolitik der nächsten fünf Jahre zu diskutieren. Um es vorwegzunehmen: Der hier vorliegende Antrag zeigt das ganze Dilemma, dem Schwarz-Grün in diesem Politikfeld unterliegt. Insbesondere die einseitige ideologische Ausrichtung der GRÜNEN kommt in dem Antrag trotz anderslautender Lippenbekenntnisse gut heraus.

Man hat den Eindruck, dass die Koalition nach dem Prinzip Stricken arbeitet: eine Reihe CDU, zwei Reihen GRÜNE,

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wird ein schöner Pulli!)

und schon werden drei Bauern fallen gelassen.

(Beifall Freie Demokraten)

Übersetzt heißt das: Die CDU beharrt darauf, dass festgestellt wird, dass alle Landwirte fair behandelt werden. Nach dieser Feststellung dürfen dann die GRÜNEN zwei Absätze mit dem Thema Ökolandwirtschaft füllen, nur um dann noch mal in einem Satz festzuhalten, dass man alle Landwirte unterstützen will – gefolgt von zwei weiteren Absätzen zu Fördermaßnahmen für Ökobauern.

Das Strickmuster der Koalition hat aber erhebliche Löcher. Es versteigt sich einseitig auf die Frage des Ökolandbaus, lässt aber wichtige Bereiche, die für alle Landwirte wichtig sind, völlig außer Acht. Die einseitige Ausrichtung der Koalition macht völlig vergessen, welche Herausforderungen sich an die Landwirte stellen. Sie ignoriert, welche Stimmung bei den Familien auf den Höfen herrscht, wie enttäuscht und alleingelassen sich diese von der Politik und insbesondere von dieser Landesregierung fühlen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wo ist denn die Antwort der Landesregierung auf das große Problem der Überbürokratisierung, das ganz besonders die kleinen Betriebe trifft? Die Landwirte wollen bei ihren Tieren oder auf dem Feld sein und nicht ständig im Büro sitzen. Dazu findet sich nichts in Ihrem Antrag.

Stattdessen gibt es immer mehr Förderprogramme, die die bürokratischen Anforderungen immer weiter in die Höhe treiben. Bürokratieabbau sehen Sie im Koalitionsvertrag

immer nur bei der EU. Es ist immer wohlfeil, das bei den anderen anzumahnen, statt bei sich selbst zu beginnen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wir müssen die Frage des Bürokratieabbaus endlich angehen und nicht nur darüber reden. Viele Landwirte beklagen zu Recht überbordende Regulierung und bürokratische Hürden, die Investitions- und Produktionskosten unnötig erhöhen und zusätzlichen Arbeitsaufwand schaffen. Der Verwaltungs- und Kontrollaufwand steht häufig in keinem akzeptablen Verhältnis zu den Fördersummen und den Anforderungen an die Begünstigten. Wo ist denn Ihr Konzept, die Verwaltungsstruktur für die Förderprogramme zu optimieren und eigene Förderprogramme auf minimalen Aufwand für Begünstigte und Verwaltung auszurichten?

(Beifall Freie Demokraten)

Weiterhin ist viel über die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutz- und Düngemitteln zu lesen. Da reden Sie von der Wiedereinführung des Programms „Vielfältige Ackerkulturen“. Das kann man machen, aber wenn es um die Frage des effizienten Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln geht, lassen Sie den ganzen Bereich der Präzisionslandwirtschaft und der Digitalisierung der Landwirtschaft völlig außer Acht. Die moderne Landwirtschaft und die junge Generation von Landwirten möchten auch nachhaltig arbeiten, wie im Übrigen jede Generation von Landwirten davor auch ihre Böden schützen wollte.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Politik von Bundes- und Landesebene tut nichts dafür, den technologischen Fortschritt zu nutzen, um Verbesserungen beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu erreichen. Stattdessen propagieren Sie in Ihrem Antrag ein „Zurück in die Zukunft“.

(Heiterkeit René Rock (Freie Demokraten))

Wir wollen den technologischen Fortschritt nutzen, um nachhaltiger zu werden. Ein Beispiel ist die sogenannte teilflächenspezifische bedarfsorientierte Stickstoffdüngung. Während der Fahrt über den Acker misst ein optischer Sensor die Lichtreflexion einer Pflanze und ermittelt somit ihre Stickstoffversorgung. Der Stickstoffbedarf wird an den Bordcomputer des Traktors übermittelt. Folglich wird dann Stickstoff bedarfsgerecht ausgebracht. Eine Über- oder Unterversorgung wird somit vermieden.

Schon jetzt sind Landmaschinen vielerorts hoch technologisierte Geräte. Autonomes Fahren ist längst auch für die großen Traktorenhersteller ein Thema. Mithilfe von GPS und Umgebungskameras steuern Traktoren selbstständig und präzise über das Feld. Große Mengen Pflanzenschutzmittel können eingespart werden, wenn mittels künstlicher Intelligenz der Bedarf für jede einzelne Pflanze individuell ermittelt wird. Im Vergleich zu pauschalen Verbote einzelner Mittel ist das eine wirklich innovative Methode, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu verringern.

(Beifall Freie Demokraten)

Dazu kann man in Ihrem Antrag leider nichts lesen – und auch nichts zum Ausbau der digitalen Infrastruktur, den die Landwirte dafür dringend benötigen. Wir sind im Gespräch mit Landwirten.

Werter Herr Kollege Müller, Sie sind, glaube ich, nicht der einzige Landwirt in diesem Hause. Der Kollege John ist

doch aus Ihrem Kreis und meines Wissen auch Landwirt. Auch andere haben die Kompetenzen, da mitzusprechen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Stattdessen werden planwirtschaftlich Flächenziele ausgegeben. Die Ökoanbaufläche soll bis 2025 25 % betragen, wurde eben gesagt. Warum denn 25 % und nicht 30 % oder 35 %? Was sollen denn solche Vorgaben? Sie sind ein rein ideologisch motivierter und subventionierter Umbau der Landwirtschaft, ohne dass wir auch einmal darüber reden, ob das alles überhaupt sinnvoll ist.

(Beifall Freie Demokraten und Dirk Gaw (AfD))

Ist die wichtigste und begrenzte Ressource in der Landwirtschaft, der Boden, mit Blick auf eine extensive Landwirtschaft ausreichend vorhanden? Wenn am Ende durch die ökologische Nahrungsmittelproduktion die Ökobilanz schlechter ausfällt, weil sie für die Produktion derselben Menge Nahrungsmittel sehr viel mehr Boden verbraucht, muss man sich schon fragen, ob der immer weiter subventionsgetriebene Ausbau sinnvoll ist oder ob wir nicht eher dazu kommen sollten, dass wir, wie ich beschrieben habe, im Bereich des technologischen Fortschritts im konventionellen Landbau Verbesserungspotenziale durch gezielte Förderung heben.

Wir Freie Demokraten stehen für eine diskriminierungsfreie Förderung der Landwirtschaft. Wir wollen wirkliche Fairness zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft schaffen und einseitige Bevorzugungen beenden.

(Beifall Freie Demokraten)

Die ökologische Landwirtschaft findet einen Markt, wenn der Verbraucher von der Qualität der Produkte überzeugt ist. Der Verbraucher entscheidet aber allein darüber, ob er die Produkte kaufen möchte. Aufgabe des Staates ist es, für die einwandfreie Qualität der Produkte zu sorgen. Zusätzlich wollen wir Freie Demokraten Vermarktungsnetzwerke für regionale Produkte, und zwar egal, ob sie konventionell oder biologisch produziert wurden, fördern, um unsere heimische Landwirtschaft zu stärken und regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen. Hierzu sind wir mit der Koalition zumindest einig.

Insgesamt ist Ihr Antrag genau das, was Thorsten Schäfer-Gümbel in der letzten Plenarrunde hier beschrieben hat: Das ist der gute Wohlfühlpopulismus.

(Beifall Freie Demokraten und Sabine Waschke (SPD))

Negative Seiten sowohl Ihrer eigenen Politik als auch negative Einflüsse anderer Ebenen werden komplett ignoriert.

Der Antrag bietet nicht nur keine Aussage zum Bürokratieabbau. Auch zur Neugestaltung der Ausgleichszulage, die erhebliche Unruhen bei den Landwirten bis hin zur Befürchtung eines Höfesterbens auslöst, sagen Sie leider keinen Ton. Wie Sie das 2,5-ha-Ziel angesichts der Herausforderungen und der flächenintensiven Ökostrategie erreichen wollen, auch dazu sagen Sie keinen Ton. Wie Sie die 25 % Ökoanbaufläche erreichen wollen, dazu sagen Sie ebenfalls keinen Ton. Sie sagen nichts zur Digitalisierung und nichts zum Tierwohl. Das ist ein reiner Wohlfühlpopulismusantrag, der die Familien auf den Höfen einmal mehr zum Erfüllungsgehilfen Ihrer grünen ideologischen Agenda macht,

(Beifall Freie Demokraten)

der die Gesellschaft spaltet in gute Bauern und schlechte Bauern, in gute Verbraucher und schlechte Verbraucher.

Wir sind uns einig im Ziel, dass wir eine nachhaltige moderne Landwirtschaft wollen, die auch familiengeprägt sein soll. Ihre Wege sind aber die falschen und werden den Strukturwandel immer weiter vorantreiben. Das Traurige dabei ist, dass die CDU diesen Weg mitgeht, den die GRÜNEN vorgeben. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Knell. – Als Nächstem darf ich dem geschätzten Kollegen Heinz Lotz das Wort erteilen.

Heinz Lotz (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller, zunächst zur Klarstellung, Frau Knell hat es gerade auch schon erwähnt: Sie sind nicht der einzige Landwirt. Der Kollege Knut John aus Ihrem Wahlkreis ist auch Landwirt. Frau Dr. Sommer ist an einer Landwirtschaft beteiligt und arbeitet dort mit. Es gibt also mehrere Landwirte in den Fraktionen.

(Beifall SPD, René Rock (Freie Demokraten) und Robert Lambrou (AfD) – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie erkennt man, dass in Hessen der Frühling kommt? – Die Zahl der Schönwetteranträge von CDU und GRÜNEN nimmt zu.

(Beifall SPD und Robert Lambrou (AfD))

Um für unsere Landwirte zu sprechen: Sonniges Wetter hatten wir im Jahr 2018 reichlich, aber das war nicht gut, im Gegenteil. Auch wenn dieser Antrag eindeutig zu den Schönwetteranträgen gehört, bin ich froh, dass wir heute über nachhaltige Landwirtschaft in Hessen diskutieren.

Es dürfte jedem klar sein, dass Agrarpolitik immer auch Umweltpolitik ist; denn Landwirtschaft hat immer erhebliche Auswirkungen auf Umwelt, Natur und Klima. In ganz Europa, auch in Hessen, demonstrieren junge Menschen für Umwelt- und Klimaschutz. Wir haben im Hessischen Landtag im vergangenen Plenum darüber gesprochen, wie wir die Schüler am besten sanktionieren. Reden wir doch lieber einmal darüber, warum diese jungen Leute auf die Straße gehen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Jetzt haben wir auch ein konkretes Beispiel. Der Antrag hat zwar viel Luft zwischen den Zeilen. Das müsste aber für die Diskussion, die wir heute hier führen und zukünftig wahrscheinlich auch noch, nicht schlecht sein. Wir sind es nicht nur den Jugendlichen, sondern auch den Verbrauchern und Landwirten schuldig, uns mit einer nachhaltigen Landwirtschaft ernsthaft und mutig auseinanderzusetzen. Aber genau dieser Mut fehlt dem Antrag. Dass die CDU beim Thema Landwirtschaft resigniert, sind wir ja gewohnt. Von den GRÜNEN hätten wir aber mehr erwartet. Stattdessen diskutieren wir einen so dahingeschwurbelten Antrag ohne Ideen für die Zukunft und ohne Mut. Nicht einmal das Thema Insektenschutz findet sich in diesem Antrag wieder.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Dabei hätte der Antrag durchaus einiges hergegeben. Das sieht man an zwei alten SPD-Forderungen, die in den Antrag aufgenommen wurden: zum einen die Ausweitung der Ökomodellregion auf ganz Hessen und zum anderen die Bedingungen für Fördermittel.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben nie bestritten, dass die Maßnahmen in den Ökomodellregionen in die richtige Richtung gehen. Wir haben aber auch den Wettbewerbsnachteil kritisiert, der entsteht, wenn nur bestimmte Regionen in Hessen gefördert werden. Deshalb haben wir eine Ausweitung der Förderung auf ganz Hessen gefordert.

(Beifall SPD)

Gut, dass diese Forderung nun auch in der Regierungskoalition angekommen ist.

Des Weiteren haben wir in der Vergangenheit immer wieder den Leitsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ hervorgehoben und darauf hingewiesen: Betriebe, die sich für Tierschutz, Schutz von Gewässern, Klima und Böden, den Insektenschutz, aber auch für faire Arbeitsbedingungen einsetzen, sollen auch besonders gefördert werden, insbesondere wenn es dabei um EU-Fördermittel geht. – Auch diese Verknüpfung hat den Weg in den Antrag gefunden. Das reicht aus unserer Sicht aber nicht; denn genau das ist der Punkt, an dem die Regierungskoalition mehr Mut hätte zeigen können, insbesondere beim Thema Klimaschutz. Agrarwirtschaft braucht biologische Vielfalt. Gleichzeitig sind manche Betriebe aber auch die größte Gefahr für diese Vielfalt.

Ich halte es für nachdenkens- und überlegenswert, wenn man, wie in Ihrem Antrag, suggeriert, ökologische Landwirtschaft sei mit Klimaschutz gleichzusetzen. Das kommt allein durch den größeren Flächenbedarf eines ökologischen Betriebs vielleicht gar nicht so hin.

Da sind wir bei den gezielten Förderungen, von denen Sie in Ihrem Antrag drei-, vier-, fünfmal schreiben. Zwar schreiben Sie zu Recht, dass infolge der Verknüpfung mit Fördergeldern mit Maßnahmen für die Allgemeinheit zu rechnen sei. Da steht aber auch etwas von Klimaschutz. Woran liegt es aber, dass es mehr EU-Fördergelder für Flächen als für Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit gibt? Hier hätten sich die GRÜNEN, bevor sie mit der CDU einen gut gemeinten Antrag schreiben, einmal Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner vorknöpfen sollen.

(Beifall SPD – Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist noch einmal in der Bundesregierung?)

In der Großen Koalition blockiert nämlich Frau Klöckner den Umweltschutz wie keine andere.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer koalitiert noch einmal auf Bundesebene?)

Dann sind wir beim Thema Mut. Beim Thema Mut erwähne ich unsere Bundesumweltministerin, Frau Schulze. Diese hat nämlich ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, das wirklich mutig ist. Es ist klar geregelt, dass jedes Ministerium einen Plan zum Klimaschutz vorlegen muss.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kraftvoll!)

Das gilt insbesondere natürlich auch für das Landwirtschaftsministerium.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie macht es auch nicht!)

Wenn es Frau Klöckner nicht gelingt, Klimaschutzvorgaben in der Landwirtschaft einzuhalten, dann muss auch das Ministerium für den entsprechenden Schaden aufkommen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht denn die SPD?)

Das wäre ein mutiges Signal aus Hessen gewesen.

(Beifall SPD – Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hätte in diesem Antrag gestanden, man werde in den nächsten zwei Jahren gemeinsam mit der hessischen Landwirtschaft verbindliche Klimaschutzziele erarbeiten und umsetzen, dann wäre das mutig gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sollen jetzt das erledigen, was Sie in Berlin nicht hinbekommen!)

Aber es ist ja Frühling, und da müssen Anträge wettertauglich sein. Es wäre ein starkes Signal aus Hessen, wenn sich Frau Hinz klar gegen diese Blockadehaltung des Bundeslandwirtschaftsministeriums positionieren würde.

Fragen wir doch einmal, wo die überfällige Ackerbaustrategie des Landwirtschaftsministeriums bleibt. In Ihrem Antrag ist der Satz zu lesen – ich glaube, weniger Mut geht nicht –:

Der Landtag bekräftigt, dass die Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft steht und weiter verankert werden muss.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist ja ein Erfolg!)

Ich weiß ja, dass diese Koalition besonders viel Wert auf schön klingende Formulierungen legt. Hier wird aber der Urlaub auf dem Bauernhof dargestellt, als würden wir das Problem des Hungers in der Welt damit lösen. Meine Damen und Herren, einen zahnloseren Satz kann man den Landwirten in Hessen nicht liefern.

Machen wir es kurz: Auch die SPD steht selbstverständlich zum Leitbild einer familiengeprägten bäuerlichen Landwirtschaft. Dieses System ist aber kein Selbstläufer. Allein in Deutschland schließen jährlich Zehntausende Betriebe ihre Tore. Wie in jedem Wirtschaftszweig ändern sich die Rahmenbedingungen ständig. Wenn wir wollen, dass die Betriebe Umwelt- und Klimaschutzleistungen erbringen oder die Haltungsbedingungen für Tiere verbessern, müssen wir uns darum kümmern, dass sich das für die Landwirte lohnt. Nur der, der mit Umwelt- und Klimaschutzleistungen Geld verdient, wird weiterhin in diese Bereiche investieren. Das gilt natürlich auch für die geplante Erhöhung des Anteils der Ökolandbaufläche auf 25 %. Das wird wohl kaum jemand ehrenamtlich machen.

Abschließend muss ich noch eines sagen. Wir können hier viele schöne Worte verlieren, es ist aber alles nichts wert, wenn das Ministerium ständig Alleingänge unternimmt.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Nehmen wir als Beispiele den Kastenstandserlass, die Glyphosat-Ausstiegsstrategie, den Umgang mit dem Landgestüt Dillenburg, das Hessische Wassergesetz und die Änderung des Schulmilchprogramms. Es mögen zwar manche guten Ansätze dabei sein, aber ich frage Sie: Sind irgendwelche Erfolge sichtbar?

(Ministerin Priska Hinz: Ja!)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, ich muss Sie an die Redezeit erinnern.

Heinz Lotz (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Wie steht es um die Biodiversität in Hessen? Ist das Grundwasser sauberer geworden? Hat die Qualität der Böden zugenommen? In allen drei Fällen würde ich sagen: nein.

Wir unterstützen eine nachhaltige Landwirtschaft, aber diesem Antrag können wir nicht zustimmen.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Lotz. – Als Nächster hat sich der Abg. Schenk für die Fraktion der AfD zu Wort gemeldet. Herr Abg. Schenk, Sie haben das Wort.

Gerhard Schenk (AfD):

Herr Präsidentin, verehrte Damen und Herren, werte Gäste auf der Tribüne! Ein paar klare Worte der echten Opposition an die Regierungskoalition.

(Beifall AfD – Zurufe)

– Das kann ich Ihnen nicht ersparen. – Mit Blick auf seine Substanz ist Ihr Antrag Blendwerk und Wahlkampfgetöse, wenn Sie in anbiedernder Manier die Idylle einer familiengeprägten bäuerlichen Landwirtschaft propagieren, die, wie Sie sagen, Ihre Unterstützung verdiene.

Eine familiengeprägte bäuerliche Landwirtschaft gab es überall in Hessen, in jedem Dorf. Wer heute mit offenen Augen übers Land fährt, sieht Zehntausende ehemalige Vollerwerbsgehöfte. Hier hat man das Höfesterben direkt vor Augen. Sie, verehrte Kollegen von der CDU, haben zusammen mit Ihrer Schwesterpartei, der CSU, 49 Jahre lang den Bundeslandwirtschaftsminister gestellt, darüber hinaus allein in den westdeutschen Flächenländern in Summe über 250 Jahre lang die Landwirtschaftsminister.

Wie konnte es dazu kommen – frage ich Sie –, dass der Schutz der heimischen Landwirtschaft aufgegeben und zum Bauernopfer auf dem Brüsseler Verhandlungstisch wurde? Über diesen Verhandlungstisch hat man Sie offenbar gezogen. Die Agrarpolitik aus Brüssel war wohl der Preis für schrankenlose Exportmöglichkeiten von Industrie und Handel. Die Brüsseler Agrarpolitik war und ist auf eine Landwirtschaft im industriellen Maßstab gerichtet: Kontrollen und Subventionen nach dem Gießkannenprinzip verteilt, große Flächen, große Stückzahlen. Von 1980 bis heute mussten allein in Hessen über 140.000 landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. In der alten Bundesrepublik mussten über 1,2 Millionen der ehemals über 1,5 Millionen Betriebe aufgeben. Es sind also nicht mehr allzu viele übrig.

Extreme Preisschwankungen, teils bis unter die Produktionskosten, immer mehr gesetzliche Auflagen und Dokumentationspflichten bezüglich baulicher Voraussetzungen, insbesondere bei der Nutztierhaltung, und kumulierte bürokratische Gängelungen im Ackerbau überfordern viele Betriebe. Durch falsche Beratung und Förderprogramme verleitet, haben sich viele Betriebe hoch verschuldet, haben in Großanlagen investiert, haben sich beispielsweise auf die Milchviehhaltung, auf die Rinderhaltung, auf die Schweinemast oder auf die Hühnerhaltung in großem Maßstab spezialisiert. Diese Betriebe können nicht einfach aufhören, wenn sie nicht alles verlieren wollen. Eine gläserne und am Brüsseler Subventionstopf hängende Landwirtschaft wurde geschaffen. Die geringe Wertschätzung dieser Regierung für die heimische Landwirtschaft zeigt sich in ihrer Erwähnung in nur wenigen dürren Zeilen und Sätzen in dem ansonsten mit 8.500 Zeilen vollgestopften Koalitionsvertrag.

Randbemerkung an die CDU: Sie wollen Schutzheilige der Bauern sein. Wertschätzung zeigt sich aber nun einmal auch in materieller Absicherung. Die landwirtschaftliche Altersrente liegt im Durchschnitt bei 476 €. Ich wiederhole: 476 €. Für den Ehegatten gibt es gnädigerweise 270 € obendrauf. All das für ein extrem hartes Arbeitsleben: sieben Tage Arbeit, ohne Urlaub, ein Leben lang. Das ist ein Skandal ohnegleichen. So sieht also die „Respektrente“ à la CDU aus.

(Beifall AfD)

Wer – außer Ihnen – hat diese katastrophale Bilanz zu vertreten? Das ist doch das Ergebnis von über 300 Jahren Amtszeit von CDU- oder CSU-Landwirtschaftsministern.

Zurück zur grünen Agenda. In der Landwirtschaftspolitik und in Ihrem Antrag liest man vielfach die Worte „nachhaltig“, „umweltfreundlich“, „Biodiversität“ und die bekannte oberlehrerhafte grüne Belehrungsrhetorik: „Ökoaktionsplan“, „Ökolandbau“, „Ökoumstellung“, „Ökomodellregionen“. Der obligatorische Klimaschutz darf selbstverständlich nicht fehlen. Hier kommt die schulschwänzende Greta mit ihren kindlichen Weltrettungsplänen ins Spiel. Das muss man an der Stelle einmal sagen.

(Beifall AfD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Zuruf SPD: Eine 16-Jährige anzugreifen, ist mies!)

Die Bauern sollen also nicht nur dafür zuständig sein, dass eine breite Palette gesunder Lebensmittel in ausreichender Menge auf den Tisch kommt, sondern auch dafür, dass die Sommer nicht so heiß sind und dass die Atolle in der Südsee nicht untergehen.

Das Landwirtschaftsressort in grüner Hand löst verständlicherweise größte Besorgnis unter den Betroffenen aus. Das können Sie, wenn Sie sich im Land umhören, überall spüren. Die GRÜNEN opponieren gegen die EU-Landwirtschaftspolitik und beten diese Institution zugleich wie einen Götzen an. Weder das von den GRÜNEN angedachte Freilichtmuseum „Deutsche Landwirtschaft“ mit Ökoaktivisten in selbst gestrickten Pullovern, die ihre Kühe per Hand selbst melken und Schafe und Ziegen halten, noch der Populismus à la CDU mit der völlig abgegriffenen Worthülse „nachhaltig“ können auch nur annähernd Lösungsansätze darstellen. „Nachhaltig“ war nur das Zerstörungswerk.

Unanständig ist auch, wie man die selbst geschaffene industrielle Landwirtschaft diffamiert, der Tierquälerei bezichtigt und ihr die Verantwortung für den Klimawandel und das Artensterben zuschreibt. Sie geben vor, sich für das einzusetzen, was durch Ihre Politik nachhaltig zerstört worden ist: eine gesund strukturierte Landwirtschaft mit dem nötigen Freiraum für unternehmerisches Handeln.

Lange überfällig ist eine eigenständige, den Gegebenheiten der heimischen Natur angepasste Landwirtschaft. Schauen Sie einmal in die Schweiz oder nach Österreich. Dort können Sie sich Anregungen holen. Es muss Schluss sein mit der völlig fehlgeleiteten Politik der EU-Subventionsgießkanne, deren Inhalt nicht in angemessener Weise bei den Bauern ankommt.

Eine solche Politik können wir, Wahlen zum Europaparlament und drei Landtagswahlen ante portas, nicht unterstützen. Mehr muss man zu Ihrem Antrag nicht sagen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Abg. Schenk. – Damit darf ich der Abg. Scheuch-Paschkewitz für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Hochgeschätzte Kollegin!)

– Der hochgeschätzten Kollegin Scheuch-Paschkewitz für die Fraktion DIE LINKE.

(Heiterkeit – Janine Wissler (DIE LINKE): Da haben Sie sich etwas eingebrockt!)

Heidmarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, verehrte Gäste! Der letzte Sommer sollte allen vor Augen geführt haben, dass der Klimawandel die Landwirtschaft in besonderem Maße betrifft. Wir müssen in Zukunft mit erheblichen Ernteeinbußen aufgrund heißer und trockener Sommermonate rechnen. Für den Klimaschutz muss die Agrarwende deutlich schneller umgesetzt werden, und für die Klimaanpassung dürfen wir gute Ackerböden nicht mehr zubetonieren.

(Beifall DIE LINKE)

Bei fortschreitendem Klimawandel brauchen wir jeden Hektar guten Ackerboden, um die Ernährung der Menschen sicherzustellen. Im Antrag der Regierungskoalition, der im Kern das wiederholt, was im Koalitionsvertrag steht, und die Agrarpolitik der letzten fünf Jahre lobt, heißt es:

Der Landtag stellt fest, dass durch gezielte Förderpolitik in der Landwirtschaft gute Erfolge für die von der Landesregierung verfolgten Ziele für Biodiversität, Klima-, Wasser- und Bodenschutz ... erzielt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch prima, oder?)

– Ja, das ist richtig. Erfolge können erzielt werden. Das Problem ist nur, dass Sie rhetorische und programmatische Erfolge erzielen.

In den fünf Jahren grüner Landwirtschafts- und Umweltpolitik hat das Artensterben katastrophale Ausmaße angenommen. Dem Insektensterben ist die Ausräumung der Äcker durch glyphosatbehandelte Monokulturen vorausgegangen. Das Grundwasser unter den Äckern ist häufig so stark mit Nitrat aus der konventionellen Landwirtschaft belastet, dass es nicht mehr als Trinkwasser genutzt werden kann. Es gibt dazu übrigens ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland.

Die Fruchtbarkeit von immer mehr Böden ist nur noch durch den massiven Einsatz von Kunstdünger aufrechtzuhalten. In den letzten fünf Jahren grüner Agrarpolitik konnten diese Trends nicht gestoppt werden, von einer Umkehr ganz zu schweigen. Die Negativtrends sind so dramatisch, dass es nicht eine Frage der Perspektive ist, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Das Glas hat nämlich ganz viele Löcher, und die müssen dringend gestopft werden.

(Beifall DIE LINKE)

Zuallererst müssen wir die vorhandenen guten Ackerböden in Hessen besser schützen. Im Zeitraum von 1992 bis 2015 sind die Landwirtschaftsflächen in Hessen um 40.700 ha geschrumpft. Für die Fußballfans unter uns – nicht nur die Eintracht-Fans, sondern auch die Fans anderer Vereine –: Das entspricht der Fläche von ca. 90.000 Fußballfeldern.

Außerdem muss die landwirtschaftliche Produktion flächendeckend ökologisiert und extensiviert werden. Es wird nicht ausreichen, auf einem Viertel der Fläche Ökolandbau zu betreiben und den Rest, wie gehabt, konventionell zu bewirtschaften.

(Beifall DIE LINKE – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie groß ist der Anteil der Ökolandwirtschaft in Thüringen?)

Eine umweltverträgliche Produktion brauchen wir auf der ganzen Fläche. Nur so können wir die ökologischen Leistungen von Äckern, wie Kohlenstoffbindung, Grundwasserbildung, Artenvielfalt und Fruchtbarkeit, aufrechterhalten.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

– Genau. – Beides, Extensivierung und Klimawandel, führt zu abnehmenden Erträgen.

(Fortgesetzte Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

– Wollen Sie weitermachen?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Gut.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben ein Problem. „Die Hälfte der Hessen isst schon heute ‚auswärts‘, weil die Anbauflächen für Nahrungsmittel im Land für die eigene Nachfrage nicht mehr ausreichen“, heißt es in einer Publikation des hessischen Umweltministeriums zum Bodenschutz aus dem Jahr 2016. Deshalb müssen wir um jeden Hektar Ackerboden kämpfen.

Zubetonierte Ackerflächen sind für immer verloren. Gute Böden kann man nämlich nicht einfach im Baumarkt kau-

fen. Wir brauchen also eine entschlossenerere Bodenschutzpolitik – mehr als nur Appelle, freiwillige Maßnahmen und Programme. Das Land Hessen muss hier beispielhaft vorgehen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, das Handeln der Hessischen Landgesellschaft – HLG – dahin gehend zu ändern, dass gute Ackerböden aus Landesbesitz nicht mehr für Gewerbeflächen und Logistikzentren zubetoniert werden können.

(Beifall DIE LINKE)

In dem Antrag zur nachhaltigen Landwirtschaft von CDU und GRÜNEN heißt es:

Der Landtag ist zudem der Auffassung, dass die bisherigen acht Ökomodellregionen sehr ambitioniert arbeiten und innovative Projekte umsetzen, ...

Nein, dieser Auffassung sind wir ganz und gar nicht. Weder der Ökoaktionsplan noch die Ökomodellregionen der Landesregierung haben in den letzten Jahren auch nur einen einzigen Hektar Ackerboden vor der Versiegelung geschützt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, es ist ein Skandal und äußerst scheinheilig, dass gerade in Neu-Eichenberg, mitten in der aus Landesmitteln finanzierten Ökolandbau Modellregion Nordhessen, mit Ihrer Unterstützung 80 ha bester Ackerboden für ein Logistikzentrum zubetoniert werden sollen.

(Beifall DIE LINKE)

Das Einzige, was hieran nachhaltig ist, ist die Zerstörung der Grundlage unserer Nahrungsmittelproduktion, und damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall DIE LINKE)

Es wäre ambitioniert gewesen, diejenigen in Neu-Eichenberg zu unterstützen, die das Logistikzentrum verhindern wollen, für das übrigens seit 15 Jahren Investoren gesucht wurden. Ambitioniert wäre es gewesen, der Gemeinde Neu-Eichenberg eine Ausstiegsoption aus dem Knebelvertrag mit der Hessischen Landgesellschaft zu ermöglichen. Dass die HLG einer Gemeinde wie Neu-Eichenberg mit einem kleinen Budget Entwicklungskosten zwischen 900.000 und 1,2 Millionen € aufbürdet, falls dieses Logistikzentrum nicht zustande kommt, verhindert eine Kursänderung.

Es ist nicht die Aufgabe der HLG, die zu 61 % dem Land Hessen gehört, Kommunen in desaströse Geschäfte ohne Ausstiegsoptionen zu verwickeln, um anschließend selbst Gewinne auszuweisen. Unter einer staatlichen Treuhandsstelle für ländliche Bodenordnung stellen wir uns etwas anderes vor. Es wäre die Aufgabe der HLG, gute Ackerböden treuhänderisch zu bewahren und sie nicht zu verscherbeln.

Warum macht die Landesregierung der Gemeinde Neu-Eichenberg kein Angebot, das es ihr ermöglicht, die lange zurückliegende und durch den Klimawandel untragbar gewordene Entscheidung rückgängig zu machen? Das wäre ein wirklich ambitioniertes Projekt gewesen.

(Beifall DIE LINKE)

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, im Rahmen der Ökomodellregion, im Rahmen des „Zukunftspakts hessische Landwirtschaft“ oder im Rahmen des Programms „Vielfältige Ackerkulturen“ könnte man einen Plan zur Rettung der Äcker in Neu-Eichenberg schmieden.

Dazu ist es noch nicht zu spät. Was helfen all diese wohlklingenden Programme der Hessischen Landesregierung, wenn sie nicht in der Lage sind, auch nur einen einzigen Hektar Ackerboden zu schützen?

Wir fordern die Landesregierung auf, die Arbeitsrichtlinien der HLG grundlegend zu überarbeiten. Die Hessische Landgesellschaft muss zu einem Frühwarnsystem für von Versiegelung bedrohte Äcker werden und dazu beitragen, diese zu sichern, statt sie zubetonieren zu lassen.

Die Hessische Landgesellschaft ist zu 100 % im Besitz öffentlich-rechtlicher Gebietskörperschaften und Institutionen. Anders als bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, der GAP, kann die Landesregierung hier die Verhältnisse unmittelbar ändern. Greifen Sie also unsere Vorschläge auf, und richten Sie die Aufgaben der HLG konsequent am Klimaschutz und an der Ernährungssicherheit aus. Der Klimawandel und seine Folgen lassen für Zögern, Abwarten und Versteckspielchen jeder Art keine Zeit mehr. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Abg. Scheuch-Paschkewitz. – Als nächste Rednerin hat die verehrte Kollegin Lena Arnoldt das Wort.

Lena Arnoldt (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir noch zwei kurze Anmerkungen zu meinen Vorrednern. Herrn Schenk scheint das Thema dann doch nicht so wichtig zu sein, weil er den Raum wieder verlassen hat. Dann möchte ich der sogenannten Alternative für Deutschland, der „echten Opposition“ – wie Sie sich gerade genannt haben –, doch noch mit auf den Weg geben: Wenn Sie Ihre Kritik hier weiterhin so intellektuell begrenzt vortragen

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die absolute inhaltslose Empörung weiterhin Ihr Credo darstellen soll, kann ich Ihnen sagen, Sie sind weder „echte Opposition“ noch irgendeine Alternative, erst recht nicht für die Landwirte.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Klaus Herrmann (AfD))

Dem Kollegen Lotz und der verehrten Frau Knell biete ich Folgendes gerne an: Sie hatten moniert, dass vieles nicht im Antrag steht. All das, was nicht im Antrag steht, steht im Koalitionsvertrag.

(René Rock (Freie Demokraten): Das stimmt!)

Ich empfehle die intensive Lektüre. Frau Knell, auch an den Zielen, die wir da verankert haben, haben Sie gezweifelt. Die werden wir erreichen, und zwar mit allen gemeinsam. Das werden wir Ihnen auch rechtzeitig mitteilen.

(René Rock (Freie Demokraten): Das steht alles im Protokoll! – Weitere Zurufe)

– Sehr gerne, genau deswegen spreche ich es noch einmal an.

Sehr verehrte Damen und Herren, unsere größtenteils familiär geführten bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind genauso wichtig wie alle anderen Unternehmen, die hier Arbeitsplätze schaffen, ausbilden und wichtige Produkte herstellen oder Dienstleistungen anbieten. Aber eines unterscheidet die Landwirtschaft von allen anderen Unternehmen: Unsere Landwirte in Hessen stellen nicht irgendein Produkt her, nicht irgendeine Dienstleistung. Sie produzieren das Wichtigste, was wir haben und was wir brauchen, nämlich unsere Lebensmittel.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ihre Leistung, für die wir jeden Tag dankbar sein sollten und die wir viel mehr wertschätzen sollten, als wir es bisher tun. Mit „wir“ meine ich nicht nur die Politik, sondern alle Menschen unserer Gesellschaft. Auf der Basis höchster internationaler Standards werden in Hessen regionale und hochwertige Lebensmittel produziert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die regionale Erzeugung und Wertschöpfung ist ein Garant für hohe Qualität und für Nachhaltigkeit.

Die Arbeit, die unsere Bäuerinnen und Bauern leisten, dreht sich nicht nur um die Erzeugung von Lebensmitteln. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind nämlich auch Landschaftspfleger, sie sind auch Umweltschützer – egal ob der Betrieb konventionell oder ökologisch geführt wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung behält unsere Lebensgrundlage, unsere Umwelt, immer im Blick. Die Wahrung der Schöpfung und die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder sind zwei unserer höchsten Maximen.

Wir müssen verdeutlichen, dass die Förderung unserer Landwirtschaft unsere Anerkennung dafür ist, dass unsere Bauern unter höchsten Standards und unter strengen Regeln gute, ja sogar hervorragende Produkte erzeugen und gesellschaftliche Umweltleistungen erbringen. Wir schränken sie auf den internationalen Märkten ein, weil wir wollen, dass sie viel nachhaltiger und umweltschonender produzieren, als dies anderswo in der Welt gehandhabt wird. Das ist im Interesse der Nachhaltigkeit und im Interesse der Sicherung einer heimischen Produktion richtig so. Deshalb braucht die Landwirtschaft unsere Unterstützung als Gesellschaft.

Wir können in einer globalisierten Welt leider nicht erwarten, dass die Verbraucher diese gesellschaftlichen Leistungen deutscher – also auch hessischer – Bauern vollständig über den Preis finanzieren. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir in Hessen auch die nachhaltige Landwirtschaft besonders würdigen und fördern. Wichtige Stichpunkte sind hierbei Biodiversität, Klima-, Wasser- und Bodenschutz.

Da die Biobetriebe noch etwas mehr tun und noch mehr Einschränkungen zugunsten der Umwelt akzeptieren, erhalten sie auch ein spezielles Förderangebot. Wir schaffen durch vielseitige Projekte und durch unseren Ökoaktionsplan nicht nur gute Rahmenbedingungen für ökologische Landwirtschaft und fördern ökologisch sowie konventionell erzeugende Betriebe, sondern wir schaffen damit auch Anreize für konventionelle Erzeuger, eine Ökumstellung

zu vollziehen. Diesem Ruf sind in Hessen bereits 14 % der landwirtschaftlichen Betriebe gefolgt.

Aber auch diejenigen, die nicht umstellen, haben wir im Blick und unterstützen wir gleichermaßen. Das ist uns ein besonders wichtiges Anliegen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Landwirtschaftspolitik zielt darauf ab, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und ausdrücklich alle Betriebe in den Blick zu nehmen und gleichermaßen zu fördern. Das ist unser Ziel.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die hessische Landwirtschaft erfüllt viele gesellschaftlich existenzielle Aufgaben: Nahrungsversorgung, Erhalt der Kulturlandschaft und der Lebensräume für Umwelt und Arten, regionale Wertschöpfung, Erhalt der Tradition sowie die Wahrung von Arbeitsplätzen und der Attraktivität des ländlichen Raums – um nur einige Punkte zu nennen. Wir können auf die Landwirtschaft nicht verzichten.

Deswegen möchte ich ganz klar betonen: Wir als CDU-Fraktion verpflichten uns nicht nur der ökologischen Landwirtschaft, sondern wir stehen auch weiterhin fest an der Seite der konventionellen Betriebe. Wir wollen den Landwirten die Chance geben, am wachsenden Markt für ökologisch erzeugte Produkte zu partizipieren. Gleichwohl plädieren wir für die Wahlfreiheit. Wir wollen beratend und unterstützend zur Seite stehen, aber nichts diktieren und auch nichts erzwingen.

Diese Methode hat sich bisher bewährt. Der Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Die vielseitigen Punkte im Ökoaktionsplan und im HALM sind folglich als Angebote für Landwirte zu verstehen, die in der ökologischen Ausrichtung ihres Betriebs eine Zukunft sehen. Alle Landwirte in Hessen können auch weiterhin auf bedarfsgerechte Fördermittel bauen, beispielsweise über das ELER oder über das Programm „Vielfältige Ackerkulturen“ im Ackerbau.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden in Hessen eine Landwirtschaft der Zukunft schaffen, die die hohe Nachfrage des Marktes erfüllen und – für mich ein sehr wichtiger Punkt – für Familien, die landwirtschaftliche Betriebe erhalten, ein ausreichendes Auskommen erzielen kann, egal ob ökologisch oder konventionell. Jeder, der für uns Lebensmittel auf höchstem Standard erzeugt, hat diese Unterstützung verdient.

Herzlichen Dank an die Landwirte in Hessen. Herzlichen Dank an die Bäuerinnen und Bauern, die so viel Gutes leisten. Dies sollte heute noch einmal ausdrücklich Erwähnung finden. Wir, die schwarz-grüne Landesregierung, sind ein verlässlicher Partner an Ihrer Seite. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Arnoldt. – Der Fraktion der AfD stehen noch 2:50 Minuten zu. Diese möchte Frau Kollegin Papst-Dippel nutzen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Papst-Dippel (AfD):

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Landwirtinnen und Landwirte sind diejenigen, die gefördert werden müssen. Sie beackern den Boden; sie tragen die Verantwortung für die Bewirtschaftungsform und Investitionsrichtung ihres Betriebs. Sie haben jedes Interesse, nachhaltig zu arbeiten; und sie tun es auch. Diese Fachleute haben, wenn sie es ernst nehmen, ein Eigeninteresse daran, ihren Boden und das enorm wichtige Bodenleben zu schützen und zu stützen. Das geht aber nur lokal, je nach Boden, Wetterlagen und Bedarfen. Ich muss sagen: In meinem Heimatort Volkmarsen gibt es übrigens nicht mehr genug Fläche, sodass ein Landwirt auf den Ökolandbau umsteigen könnte. Ich kenne da einige Fälle. Eine europäische Landwirtschaft sollte es also nach meiner Meinung nicht geben. Die negativen Auswirkungen von EU-Verordnungen

(Zuruf CDU: Welche?)

habe ich schon vor sehr langer Zeit bei einigen Freunden in Österreich gesehen. Wie passen in Ökoaktionsplänen der Anbau von Energiepflanzen für die Energiewende und Windkraftparks auf Ackerflächen eigentlich zu Bodenschutz, Ökolandbau, Schutz von Bienen und Avifauna? Diesen Antrag kann man daher nur ablehnen. – Danke.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Papst-Dippel. – Für die Landesregierung erteile ich der Staatsministerin Priska Hinz das Wort. Bitte schön.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Da geht aber mehr.

Präsident Boris Rhein:

Ich wollte Sie nicht in Verlegenheit bringen, Frau Ministerin.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident – –

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unser sehr geschätzter Herr Präsident!)

– Ja, genau. – Hochverehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Die Landwirtschaft in Hessen verdient unsere größte Wertschätzung.“ So steht es als erster Satz im Koalitionsvertrag im Teil der Landwirtschaft. Das ist so, und das wird so bleiben. In diesem Sinne werde ich auch in dieser Wahlperiode die erfolgreiche Landwirtschaftspolitik in konstruktiver Zusammenarbeit mit allen Verbänden fortführen. Ich glaube, das ist der Pluspunkt, den wir uns als Koalition erarbeitet haben; und auf diesem erfolgreichen Kurs wollen wir jetzt weitermachen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das besondere Merkmal war, dass wir den ökologischen Landbau und die konventionelle Landwirtschaft im Sinne nachhaltiger Landbewirtschaftung gestalten und fördern wollen. Das ist auch in großem Maße akzeptiert worden. Gräben, die es vor fünf, sechs oder sieben Jahren gab, wurden zugeschüttet; und die Zusammenarbeit, der Dialog, ist außerordentlich konstruktiv. Ich glaube, das ist auch wichtig, weil die Landwirtschaft nicht nur für die Erzeugung gesunder Nahrung da ist; sondern die landwirtschaftlichen Betriebe sind auch für die Pflege der Kulturlandschaft, zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Regionen und damit für die Wertschöpfung wichtig.

Aus diesem Grunde werden wir eine umfangreiche Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft entwickeln, die auch die Beratung und Unterstützung – natürlich, das ist doch keine Frage – bei der Digitalisierung beinhaltet. Dabei ist es auch egal, ob es konventionelle Bauern oder Ökobauern sind. Alle wollen und werden auf diese Technologien zurückgreifen; und in diesem Sinne werden wir sie unterstützen.

Natürlich ist es wichtig, dass der Tierschutz in der Nutztierhaltung weiter verbessert wird. Es ist notwendig, dass der Ökolandbau gestärkt wird und die regionale Erzeugung und Verarbeitung ausgeweitet werden. Auch werden wir eine Pestizidausstiegstrategie erarbeiten. Bei der Beratung zum Ausstieg aus Glyphosat sind wir beispielsweise schon sehr weit gekommen. Und, sehr geehrter Herr Lotz von der SPD: Wenn der Bund einmal so weit wäre, wie wir in Hessen schon sind, dann würde ich drei Saltos schlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Ihre Probleme in der Großen Koalition zwischen Frau Schulze und Frau Klöckner lösen Sie bitte schön selbst; dafür sind wir im Hessischen Landtag nicht da.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Verbraucherinnen und Verbraucher wollen gesunde Lebensmittel – möglichst aus der Region und immer mehr ökologisch produziert. Auch die Bäuerinnen und Bauern selbst haben ja das Interesse, ressourcenschonend und umweltfreundlich zu arbeiten. Deswegen ist es notwendig, dass diese Leistungen, die gesellschaftlich erwünscht sind, auch entsprechend honoriert werden. Das gilt für die Landesförderung sowie für die Bundesförderung, aber vor allem gilt es für die europäische Politik. Für die nächste GAP-Periode werden wir unseren Einfluss in dieser Hinsicht weiter geltend machen. In Hessen haben wir da schon vieles erreicht; wir haben aber auch noch sehr viel mehr vor.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen das Programm „Vielfältige Ackerkulturen“ wieder einführen. Dieses Programm ist für mich auch ein besonders gutes Beispiel dafür, wie – gerade für den konventionellen Ackerbau – der gemeinsame Weg zu mehr Nachhaltigkeit beschritten werden kann. Das Programm schafft durch wechselnde Fruchtfolge mehr Pflanzengesundheit und Biodiversität. Es leistet obendrein einen Beitrag zur Begrenzung der Nährstoffabgaben und ist somit auch eine Antwort auf die Probleme des Gewässerschutzes. Und es ist vor allen Dingen ein Programm, das im Hinblick auf den Klimawandel präventiv wirkt. Es war in der letzten Wahlperiode so stark nachgefragt worden, dass wir es nicht mehr weiterführen konnten. Deswegen wird es neu aufgelegt, damit gerade auch die konventionellen

Landwirte, die ja wollen, dass ihr Boden fruchtbar bleibt und dass sie umweltschonender arbeiten können, auch die entsprechende Unterstützung seitens der Landesregierung erfahren.

Meine Damen und Herren, das Dürrejahr 2018 hat die Landwirtschaft vor bisher nicht gekannte Herausforderungen gestellt; und nachträgliche Hilfsprogramme müssen in Zeiten des Klimawandels durch Prävention ersetzt werden. Es reicht nicht aus, immer nur im Nachhinein Nothilfe zu leisten. Die Landwirtschaft muss in der Lage sein, sich auf Zeiten des Klimawandels vorzubereiten. Auch hierzu bekommt sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen muss die SPD nicht auf ein Klimaschutzgesetz des Bundes warten; der hessische Klimaschutzplan hat bereits ganz deutliche Reduzierungsziele beschlossen – auch für die hessische Landwirtschaft.

(René Rock (Freie Demokraten): Ja, aber mit welchem Erfolg?)

Von daher arbeiten wir auch hierbei mit den Landwirten sehr konstruktiv zusammen.

Meine Damen und Herren, unsere hessische Formel für den Ökolandbau lautet: 25/25. Das heißt, wir streben einen 25-prozentigen Flächenanteil für den Ökoanbau bis 2025 an. Das ist ambitioniert; und damit wollen wir unseren bundesweiten Spitzenplatz behalten. Ich fand es vorhin vergnüglich, dass darauf hingewiesen wurde, wir sollten im Hinblick auf die Frage, wie diese dort eigentlich Landwirtschaft betreiben würden, einmal nach Österreich schauen. – Die sind schon über den 25 % für den Ökolandbau. Wenn das damit gemeint war, nehme ich den Rat gern an. Also: Wir werden mit Österreich natürlich auch in dieser Hinsicht weiterhin Kontakt pflegen, wie wir das bislang auch getan haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Umstellungsbereitschaft der Betriebe ist ungebrochen hoch. Natürlich können wir das nicht befehlen. Das ist auch nicht ideologisch, sondern die Betriebe wollen das selbst. Vor allen Dingen im Zuge eines Generationswechsels finden jetzt solche Umstellungen statt, weil die Landwirte sehen: Das ist eine Möglichkeit, die Zukunft ihrer Betriebe zu sichern.

Die Nachfrage auf dem Markt wächst bei Verbraucherinnen und Verbrauchern ungemein. Wir wollen unseren hessischen Bäuerinnen und Bauern diese Marktchancen erschließen helfen. Das finde ich folgerichtig. Die Nachfrage ist nicht nur im Ballungsraum in Hessen ungebrochen. Es gibt landesweit noch viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit, z. B. in Bildungseinrichtungen, in der Gastronomie, im Catering.

Der hessische Aktionsplan wird in dieser Hinsicht ebenfalls ausgeweitet und fortgeschrieben. Unsere acht bestehenden Ökomodellregionen, die ja Erfolgsrezept sind, werden ausgeweitet. Ganz Hessen soll Ökomodellregion werden, weil die Landkreise und die landwirtschaftlichen Betriebe dies so wünschen. Wir haben permanent Nachfragen dazu, auch Ökomodellregion werden zu können. Wir sind auf der Erfolgsspur, und deswegen wollen wir auf dieser Spur auch weitergehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hängt damit zusammen, dass Direktvermarktung und Regionalvermarktung in Hessen einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden dadurch in ihrer Existenz gesichert, ebenso Betriebe wie Schlachter, Bäckereien und Einkaufsläden. Auch in den ländlichen Regionen werden wir mit der Unterstützung der Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen und der Aktionsgemeinschaft „Echt hessisch!“ die Ökomodellregionen weiterentwickeln.

Wir wollen nämlich, dass unsere landwirtschaftlichen Betriebe zukunftsfähig bleiben. Deshalb wird die Landesregierung weiterhin Investitionen in die Modernisierung von Betrieben finanziell unterstützen. Das gilt für Einzelbetriebe genauso wie für die überbetriebliche Zusammenarbeit, beispielsweise bei Ställen, die aus Gründen neuer Erkenntnisse zum Tierwohl verändert werden müssen.

Aber auch in der Digitalisierung werden wir uns weiterentwickeln, in ein Kompetenznetzwerk mit Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen. Hier gibt es eine hervorragende Möglichkeit des Informationsaustauschs.

Meine Damen und Herren, die Biodiversität, der Klimaschutz, das Tierwohl, die Direktvermarktung, das alles sind Teile einer nachhaltigen Strategie für die Landwirtschaft. Die Landesregierung wird ihren Teil dazu beitragen, dass die bäuerliche Landwirtschaft in Hessen weiter eine Zukunft hat. Ich freue mich dabei auf Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, verehrte Frau Ministerin. – Zu einer zweiten Runde hat sich der Abg. Grumbach, Fraktion der SPD, gemeldet. Fünf Minuten.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, liebe Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem ist: Die Welt hat sich bei allen Parteien geändert, aber wir reflektieren es nicht. – Ich will es an ganz simplen Beispielen sagen. Ich habe dieses Thema in verschiedenen Rollen im Laufe von fast 30 Jahren zu bearbeiten.

Es hat angefangen mit einer grünen Partei, die Inseln wollte, sprich: Ökobetriebe als Inseln in der normalen Welt. – Heute sind wir einvernehmlich bei dem Punkt, dass wir in der Fläche Verbesserungen in der Produktion brauchen, einer ökologischen Produktion, weil nur das insgesamt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und der Landwirtschaft sichert. – Erster Querstrich: einverstanden.

Zweiter Punkt. Wir haben dann angefangen, mit einem Landwirtschaftsminister der CDU, Wilhelm Dietzel, zu debattieren, der gesagt hat, das mit dem Ökolandbau sei alles nicht so wichtig, es sei eine kleine Nische, die wir nicht brauchten. Sie können es in Protokollen nachlesen. Ich habe ihm deutlich gesagt, dass es dort, wo ich wohne, ziemlich offensichtlich ist, dass das, was hessische Bäuerinnen und Bauern produzieren können, nur einen Bruchteil dessen deckt, was wir kaufen wollen. Der Rest muss importiert werden, mit Transportkosten und Ähnlichem mehr. – Dort habe ich den Eindruck, dass sich die andere Seite bewegt hat, nach dem Motto: Lasst uns doch mal sehen, dass wir den Ökolandbau ausbauen, weil wir in der Tat mehr brauchen.

Das sind die Gemeinsamkeiten. Das Spannende ist dann, wenn die Reflexion unvollständig ist, nämlich dort, wo es nicht funktioniert. Dort, wo es nicht funktioniert, ist es relativ einfach: Wir haben dort den letzten Wasserbericht liegen, und die Nebenwirkungen der Landwirtschaft sind bei Weitem nicht im Griff. Ich finde es schon spannend, wenn in dem Antrag sinngemäß steht: Na ja, wir haben all unsere Ziele erreicht. Wir wissen aber gleichzeitig, dass die Nitratbelastung im Wasser weiter ansteigt; wir wissen, dass mit dem Insektensterben die Artenvielfalt weiterhin abnimmt – die sauberen Windschutzscheiben des letzten Sommers sind allen von uns bekannt –; wir wissen, dass die Bodenerosion weiter zunimmt, trotz all der Aktivitäten der Landesregierung.

Dann sind wir an dem Punkt, an dem wir nicht nur sagen dürfen, dass alles gut ist, sondern es die gemeinsame Aufgabe ist, darüber zu reden, was man an der Stelle ändern und wie man sich darum kümmern muss, dass die Nebenwirkungen von Landwirtschaft in einer Weise begrenzt werden, dass andere Menschen und Kommunen mit ihrem Geld nicht darunter leiden müssen, weil sie aufarbeiten müssen und Ähnliches mehr. – Das wäre das, was wir erwartet hätten.

(Beifall SPD)

Ich glaube, wir täten uns einen Gefallen, wenn wir die Gemeinsamkeiten gemeinsam tragen, aber auch sehen, wo die Differenzen sind. Bei den Differenzen haben wir in der Frage der ökologischen Nebenwirkungen die witzige Situation, dass eine Landesregierung unter Beteiligung der GRÜNEN Ergebnisse lobt, die nicht zu loben sind. Dort haben wir noch riesige Aufgaben vor uns. Da reicht der Satz: „Wir machen das irgendwann“ nicht aus. Beispielsweise können Sie die Folgen der Trinkwasserversorgung in Gemeinden, in denen Brunnen und Einrichtungen zur Wassergewinnung geschlossen werden müssen, weil sie so hoch belastet sind, sehen. Dort haben wir noch etwas vor uns, wo Landwirtschaft mit anderen Punkten interagiert.

Wir sind uns, glaube ich, ein weiteres Mal einig in der Frage, wie weit Landwirtschaft subventioniert werden sollte, nämlich dort, wo sie gesellschaftliche Aufgaben übernimmt. Da sind wir uns einig. Da muss man dann auch darüber reden, dass die gesellschaftlichen Aufgaben ordentlich festgeschrieben werden, dass die Gießkanne abgestellt wird. Zu den gesellschaftlichen Aufgaben gehören viele ökologische, aber auch sozusagen für die Landespflanze wichtige Bereiche.

Dann komme ich zu einem Punkt, von dem ich denke, dass wir überlegen müssen, wie wir als Politiker weiter verfahren. Die Debatte von Svenja Schulze und Frau Klöckner geht dahin, zu sagen: Ist doch eure Parteiangelegenheit. – Das ist ein Aspekt, der die Gesellschaft nicht mehr in den Blick nimmt. Wir haben in der Gesellschaft eine Debatte darüber, ob wir Klimaschutz ernsthaft betreiben oder ob wir das nicht tun. Diese Debatte wird zwischen verschiedenen Parteien auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Weise geführt.

Auf Bundesebene streiten SPD und CDU darüber, indem eine SPD-Ministerin versucht, Klimaschutz ernsthaft zu betreiben. Frau Ministerin, ich sage Ihnen einmal ganz flapsig: Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn wir eine Situation bekämen, dass die, die sich Klimaschutz offiziell auf die Fahnen geschrieben haben, sie dabei auch unterstützen, statt zu sagen: Das ist euer Problem. – Nein, es ist

ein gesellschaftliches Problem, ob wir das hinbekommen oder nicht.

(Beifall SPD und Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Das macht diese Anträge so schwierig: Lobeshymnen für Dinge, die eigentlich nur teilweise zu loben sind, auf der einen Seite und das Drücken vor Problemen auf der anderen Seite. Das Festlegen in der gesellschaftlichen Debatte, selbst wenn parteipolitisch die Fronten ein bisschen schwierig sind, das wäre etwas, was wir von der Landesregierung erwarten könnten. – Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nachhaltige Landwirtschaft in Hessen weiter fördern und unterstützen, abgehalten.

Überweisen wir ihn an den Umweltausschuss? – So machen wir das, alles klar.

Damit kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 23:**

Entschließungsantrag

Fraktion der SPD

Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit – Arbeit, Solidarität, Menschlichkeit

– **Drucks. 20/173** –

Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Ich darf der Kollegin Gnadl das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Gnadl.

Lisa Gnadl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Gesellschaft verändert sich, und deswegen muss sich auch unser Sozialstaat weiterentwickeln. Welche Antworten geben wir auf Digitalisierung, welche Antworten geben wir auf die Veränderungen des Arbeitsmarkts und auf die Unsicherheiten in der Erwerbsgesellschaft? – Die Menschen erwarten zu Recht eine Antwort darauf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD gibt eine Antwort darauf.

(Beifall SPD)

Unter dem Titel „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ legen wir ein Konzept vor. Unsere Ziele sind Chancen und Schutz in der neuen Arbeitswelt, die Absicherung von Kindern, Teilhabemöglichkeiten, Garantien für Kinder, mehr Sicherheit und Respekt durch ein Bürgergeld oder das von Bundesminister Heil vorgelegte Konzept für eine Respektrente, die die Lebensleistung von Menschen, die 35 Jahre gearbeitet haben, aber nur wenig verdient haben, besser anerkennt. Das sind zentrale Säulen unseres Sozialstaatskonzepts.

(Beifall SPD)

Dem liegt auch eine klare Philosophie zugrunde, die sich von den Sozialstaatsreformen Anfang des neuen Jahrtausends unterscheidet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen einen Sozialstaat, der sich kümmert in einer solidarischen Gesell-

schaft, in der niemand alleine gelassen wird, auch wenn er oder sie von den Risiken im Leben betroffen ist. Wir wollen einen Sozialstaat, der wieder als Partner wahrgenommen wird und der das Leben der Menschen leichter macht. Wir wollen einen Sozialstaat, der die Lebensleistung anerkennt und das Erarbeitete der Menschen auch dann absichert, wenn sie es bedürfen.

(Beifall SPD)

Wir wollen einen Sozialstaat, der gute und sichere Arbeit als Schlüssel zur persönlichen Entfaltung und zur gesellschaftlichen Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen einen Sozialstaat, der Armut nachhaltig entgegentritt und der neue Chancen und Perspektiven für die Menschen in einer sich verändernden Arbeitswelt schafft.

Einiges davon haben wir schon angepackt und erreicht mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, mit der Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld I oder mit der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren für langjährig Versicherte.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dort, wo es notwendig ist, legen wir jetzt nach. Wir denken den modernen Sozialstaat weiter. Die Reaktion der hessischen CDU darauf ist ziemlich plump. Ministerpräsident Bouffier hat gesagt: „Die SPD plant die Beerdigung der sozialen Marktwirtschaft.“

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ein Quatsch!)

Sein Generalsekretär spricht von einer „Wünsch-dir-was-Politik“, die das Leistungsprinzip völlig außer Kraft setze.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Keine Ahnung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur völlig unterkomplex, sondern das ist auch aus mehreren Gründen schlicht und ergreifend falsch.

(Lebhafter Beifall SPD)

Es ist erstens zynisch gegenüber den Menschen, denen unser Konzept neue Chancen und neue Perspektiven und zusätzliche Sicherheit bietet.

Zweitens heißt es für uns, dass wir ein Leistungsprinzip in einer modernen Arbeitsgesellschaft brauchen, dass Menschen, die sich besonders stark engagiert und eingebracht haben, mit Weiterbildung entsprechend vor Arbeitslosigkeit geschützt werden müssen oder dass Menschen, die jahrzehntlang gearbeitet und dafür niedrige Löhne bekommen haben, ein stabiles soziales Netz erwarten dürfen.

Drittens ist die Kritik der CDU völlig zeitvergessen, wenn man bedenkt, dass vor allem Roland Koch und die hessische CDU alles dafür getan haben, der sozialen Marktwirtschaft ihre sozialen Wurzeln zu kappen, und im Bereich des hessischen Sozialbudgets damals einen Kahlschlag in Hessen durchgeführt und damit zu einer Verwüstung der sozialen Landschaft in Hessen beigetragen haben.

(Lebhafter Beifall SPD)

Während Sie über „rote Socken“ reden, machen wir uns daran, die Zukunftsfragen des Sozialstaats zu lösen. Ich will auf die Kernpunkte unseres Konzepts eingehen.

Erstens: Chancen und Schutz in einer veränderten Arbeitswelt. Seit Jahren steigt der Anteil der Selbstständigen im Dienstleistungsbereich, und gerade dort haben wir eine

große Lohnspreizung zu beobachten. Selbstständig war früher einmal ein Synonym für Topverdiener. Das ist es aber schon lange nicht mehr. Gerade im Niedriglohnbereich gibt es viele Soloselbstständige im Dienstleistungsbereich – denken wir z. B. an die prekär Beschäftigten in der Paketzustellung.

Wir haben in einigen Sektoren erschreckend niedrige Tarifbindungen, und wir haben die Digitalisierung, die eben auch die Arbeitswelt massiv verändert. Die Berufsbilder verändern sich immer schneller. Das führt dazu, dass es neue Qualifikationsanforderungen gibt und dass die Grenze zwischen Freizeit und Arbeitszeit verwischt. Genau auf diese Problematiken geben wir mit unserem Konzept die Antworten der heutigen Zeit,

(Beifall SPD)

etwa durch die Anhebung des Mindestlohns auf 12 €, die Stärkung der Tarifbindung und der Mitbestimmung, die Einbeziehung von Selbstständigen in die Alterssicherung und die Stärkung der Weiterbildung. Eine konsequente Weiterbildung sorgt dafür, dass Menschen in einer Arbeitswelt mit neuen Qualifikationsanforderungen nicht den Anschluss verlieren, dass sie Arbeitsplatzsicherheit bekommen und neue Aufstiegschancen.

Wir haben alleine in Hessen über 300.000 Beschäftigte ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Knapp ein Viertel der jungen Menschen, der 25- bis 35-Jährigen, ist in Hessen ohne Berufsausbildung.

(Zuruf Michael Boddenberg (CDU))

Das sind doch die, Herr Boddenberg, die besonders hoch von Arbeitslosigkeit, von geringen Löhnen und später von kleinen Renten betroffen sind. Die brauchen eine zweite oder auch eine dritte Chance, damit sie den Aufstieg in gute und sichere Beschäftigung schaffen. Deswegen wollen wir ein Recht auf Weiterbildung durchsetzen und gesetzlich verankern.

(Lebhafter Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen dafür sorgen, dass Flexibilität als Flexibilität für Beschäftigte und Arbeitgeber empfunden wird: mehr Autonomie über Lebens- und Arbeitszeit, mehr Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Das ist doch kein sozialistisches Teufelszeug. Das ist der Ausfluss einer modernen Familienpolitik.

(Lebhafter Beifall SPD)

Diesen Weg gehen wir konsequent mit dem Ausbau der Brückenteilzeit oder der Familienarbeitszeit samt Familiengeld und dem Recht auf ein mobiles Arbeiten bei gleichzeitigem Schutz vor Entgrenzung der Arbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt unseres Konzepts in den Vordergrund stellen: die Absicherung der Kinder. Wie kann man Kinder sozial anders und besser absichern, ihnen gesellschaftliche Teilhabe garantieren und ihren Bildungszugang verbessern? Ich finde, das ist ein sehr wichtiger Punkt, wenn wir bedenken, dass momentan rund 155.000 Minderjährige in Hessen in Harz IV leben, und das ist jedes siebte Kind in unserem Bundesland.

Deswegen ist es wichtig, dass wir genau hier ansetzen und die Teilhabemöglichkeiten für Kinder, die aus Familien mit geringen Einkommensverhältnissen kommen, stärken. Das tun wir mit dem Starke-Familien-Gesetz von Bundesfami-

lienministerin Giffey. Wir wollen noch weiter gehen; denn wir sind der Auffassung, dass Kinder heraus müssen aus dem SGB-II-System, in dem sie sich momentan befinden, weil das SGB II nicht kinderadäquat ist. Wir wollen, dass sich Armut in Deutschland nicht weitervererbt.

(Lebhafter Beifall SPD)

Außerdem wollen wir mit dem Bürgergeld eine neue Grundsicherung schaffen. Statt Arbeitslosigkeit zu versichern, müssen wir Arbeit absichern. Deswegen kann ich es nur wiederholen: Eine neue Zeit braucht einen neuen Sozialstaat. Wir wollen die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld I leistungsgerechter ausgestalten, als das bisher der Fall ist. Wer lange eingezahlt hat, der soll auch länger profitieren können. Insbesondere muss man das, was sich Menschen vorher erarbeitet und angespart haben, am Ende besser schützen.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Verehrte Frau Kollegin, ich erinnere an die Redezeit.

Lisa Gnagl (SPD):

Vielen Dank. Ich komme zum Schluss. – Genau so, wie wir bei der Arbeitslosenversicherung und beim Bürgergeld die Veränderungen herbeiführen wollen, genau so wollen wir es bei der Respektrente tun, die Arbeitsminister Heil vorgelegt hat.

Wenn Sie fragen, wie man das Ganze finanziert, dann kann ich Ihnen vonseiten der CDU nur zurufen: Sie wollen den Solidaritätszuschlag nicht nur für die arbeitende Mitte, sondern auch für die obersten 10 % streichen. Da geht es um Kosten in Höhe von 11 Milliarden €. Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nicht mehr zum Amt zu schicken, kostet weniger als die Hälfte Ihres Vorschlags. Man kann Politik für Millionäre machen. Wir machen Politik für Millionen Menschen in Deutschland. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Claudia Ravensburg für die CDU-Fraktion. Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“, ich finde, das ist für das angekündigte Maßnahmenpaket ein wahrhaft pathetischer Titel. Es soll die SPD aus dem Umfragetief holen.

Herr Schäfer-Gümbel, ist das denn der erhoffte Befreiungsschlag? Die Antwort steht noch aus. Denn es ist die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger Ihnen das, was Sie versprechen, auch abnehmen.

Vieles von dem ist gar nicht neu. Vielmehr ist das aus gutem Grund im Koalitionsvertrag verankert, wie z. B. die Bedeutung der beruflichen Bildung und die Brückenteilzeit, die Frau Gnagl erwähnt hat. Dann geht es noch um die Reform der Grundsicherung und um die Grundrente.

Sie gehen aber weit über das Vereinbarte hinaus. Ihnen geht es offenbar nicht mehr um die Große Koalition in Berlin. Ihnen geht es offenbar im Jahr der wichtigen Wahlen um Profilierung als starke linke Kraft. Das ist legitim. Doch dann müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen, wie Sie diese Vorschläge umsetzen wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Freie Demokraten – Zuruf: Das hat sie doch gesagt!)

Ich sage es trotzdem noch einmal, auch wenn Frau Gnadl darüber schon gesprochen hat. Sie müssen jedem die Antwort auf die Frage geben, wie Sie das finanzieren wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU – Zurufe SPD)

Denn Ihre Vorschläge konterkarieren das Leistungsprinzip. Denn die Arbeit muss sich im Vergleich zu anderem lohnen. Ihre Vorschläge würden zu Ungerechtigkeit führen. Sie würden damit die Leistungskraft unseres Landes gefährden.

Ich will im Einzelnen darauf eingehen, warum ich das sage. Das betrifft nicht nur Ihre Forderung nach einer Verlängerung des Bezugs des Arbeitslosengeldes I. Das würde nicht nur die Arbeitslosenversicherung verteuern. Vielmehr wäre das auch die Abkehr vom aktivierenden Arbeitsmarkt.

Das betrifft auch Ihre Forderung nach einem Mindestlohn von 12 €. Man hat das Gefühl, die SPD will jetzt ansetzen, DIE LINKE links zu überholen. Ob Sie das vor den nächsten Wahlen schaffen werden, bezweifle ich stark. Denn ein Mindestlohn von 12 € ist im europäischen Vergleich extrem hoch. Schauen Sie sich doch die Übersicht der Hans-Böckler-Stiftung, Ihrer eigenen Stiftung, einmal an.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist die Stiftung des DGB!)

Darüber liegt nur noch Frankreich. Sie kennen die Wirtschaftskraft Frankreichs. Ein so hoher Mindestlohn passt nämlich nicht in das Tarifgefüge. Das würde sogar die Kompetenzen der Tarifpartner aushebeln. Das würde unsere Wettbewerbsfähigkeit schädigen.

(Beifall CDU)

Das würde nur dazu führen, dass die Unternehmen ihre Arbeitsplätze in diesem Bereich ins Ausland verlegen würden.

Nicht zuletzt möchte ich zu Ihrem Vorschlag einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung kommen. Mir geht es hierbei nicht um die Ablehnung einer Grundrente. Ich finde, es ist völlig richtig, dass jemand, der über 35 Jahre lang hart gearbeitet hat, im Alter einen Anspruch darauf haben sollte, von seiner Rente leben zu können.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Die CDU steht zur Anerkennung der Lebensleistung. Das ist unzweifelhaft. Das wurde im Koalitionsvertrag verankert.

Es geht uns hier aber auch um Gerechtigkeit. Ich sage: Eine Grundrente ohne eine Bedürftigkeitsprüfung ist ungerrecht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wäre es denn gerecht, wenn die viel zitierte Friseurin, die über 35 Jahre lang in Vollzeit hart gearbeitet hat, genau die gleiche Rente wie eine gut verdienende Teilzeitkraft be-

kommt, die nur nebenbei gearbeitet hat? Wäre es gerecht, dass die Steuerzahler die Grundrente auch für die finanzierten müssten, die z. B. aus anderen Einkunftsarten, wie Kapitalvermögen oder Mieteinnahmen, genug Geld für ihren Lebensunterhalt verdienen? Nach meinem Empfinden wäre das nicht gerecht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Da hilft auch die von Ihnen viel zitierte Umfrage wenig. Damit wurde eine hohe Zustimmung zur bedingungslosen Grundrente für alle festgestellt. Aber ich finde, das ist genauso, als ob man den Dorfbewohnern die Frage stellt, ob der Dorfladen erhalten bleiben soll. Dann sagen natürlich fast alle, ohne lange zu überlegen, Ja. Viele kaufen dann doch im großen Supermarkt in der Stadt ein.

Zudem fehlt in Ihrem Entschließungsantrag eine entscheidende Aussage. Ich habe es schon gesagt. Das ist nämlich die Antwort auf die Frage, wie Sie das finanzieren wollen. Das müssen Sie schon sagen.

(Zuruf SPD: Zuhören!)

Die CDU steht für solide und nachhaltig gesicherte Finanzen.

(Vereinzelt Lachen SPD)

Wir wollen das, was wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben, halten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben damals Solidarität eingefordert. Wir haben versprochen, dass wir den Solidarbeitrag wieder abschaffen werden, wenn er nicht mehr entsprechend zugutekommt.

(Zurufe: Daran glaubt keiner! – Wann denn?)

Auch wir wollen die Grundrente für die, die bedürftig sind. Auch wir wollen die Verbesserungen bei Hartz IV. Auch wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Der Zugang zur Bildung muss für alle möglich sein.

Der gerade in Berlin beratene Entwurf für ein Starke-Familien-Gesetz wird mit einem Umfang von 1 Milliarde € wichtige Verbesserungen bringen. Dazu stehen wir. Das kann solide finanziert werden.

Auch wir halten es für erforderlich, die berufliche Weiterbildung zu stärken. Hier geht Hessen seit Jahren mit dem Hessencampus und dem Weiterbildungspakt voran. Denn die Digitalisierung macht nicht vor den Ländergrenzen halt. Die Weiterbildung wird für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidend sein. Sie wird entscheidend dafür sein, wo die Arbeitsplätze in Zukunft angesiedelt werden und ob der Wohlstand in unserem Land gesichert werden kann. Darüber streiten wir nicht.

Sie schlagen dann aber die bedürfnisfreie Grundrente für alle vor. Der Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider hat in der letzten Wochen von 6 Milliarden € Kosten gesprochen. Der DGB spricht allein für diesen Bereich von 10 Milliarden €. Wie passt das denn zu der von Bundesfinanzminister Olaf Scholz festgestellten Finanzierungslücke in Höhe von 25 Milliarden €?

(Vereinzelter Beifall CDU)

Schon werden von der Seite der LINKEN die ersten Rufe nach Neuverschuldung laut.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nach was?)

Auch auf Bundesebene haben wir uns aus gutem Grund zur Einhaltung der Schuldenbremse verpflichtet. Natürlich wird auch die Einführung der Vermögensteuer gefordert. Sie würde sicherlich vom ersten Tag an beklagt werden.

Ich komme jetzt zu einem mir ganz wichtigen, letzten Punkt, den ich erwähnen möchte. Solidarität kann nicht funktionieren, wenn das Prinzip, das schon seit über 70 Jahren die Grundlage der Erfolgsgeschichte in unserem Land ist, nämlich dass sich Leistung lohnen muss, nicht mehr beachtet wird.

(Vereinzelter Beifall CDU und Freie Demokraten)

Solidarität funktioniert nämlich auch in Zeiten der Digitalisierung nur dann, wenn wir Menschen haben, die den Wohlstand mit ihrer Arbeit erwirtschaften. Leistung muss sich lohnen. Das ist die entscheidende Grundlage unserer sozialen Marktwirtschaft.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das können Sie einmal der Krankenschwester sagen!)

Deshalb sind auch die Bedenken unseres Ministerpräsidenten Volker Bouffier gegen Ihr Konzept völlig begründet und nicht etwa zu wenig komplex. Denn Sie wollen genau diese Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft mit Ihrem Konzept aushebeln.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abkehr von Fördern und Fordern durch den Verzicht von Sanktionen bei Hartz IV, die drohende Aufhebung des Leistungsprinzips bei der Einführung eines Mindestlohns von 12 €, die Finanzierung der bedingungslosen Grundrente ohne jegliche Bedürftigkeitsprüfung, eine Finanzierung aus Steuern, die der Mittelstand mitfinanzieren muss, und die drohende zusätzliche Belastung der jüngeren Generation zugunsten der Rentner bei einer bereits umkippenden Alterspyramide – und sie wird sich noch weiter verschieben, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen –: Ist das noch der Generationenvertrag, auf den wir in unserem Land so stolz sind?

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Sie machen doch auf Kosten der jüngeren Generation Versprechen, die Sie nicht umsetzen können, ohne die Axt an die soziale Marktwirtschaft und die Leistungskraft unseres Landes zu legen. Das können wir nicht mittragen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Was sind denn die Ideen der CDU?)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Abg. Ravensburg. – Als nächster Redner spricht Herr Abg. Richter, Fraktion der AfD. Zehn Minuten. Sie haben das Wort.

Volker Richter (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entschließungsantrag der SDP ist überschrieben mit „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit – Arbeit, Solidarität, Menschlichkeit“. Nachfolgend kommt eine Einlassung über die aktuelle Diskussion eines modernen Sozialstaats und Aussagen des Hessischen Minister-

präsidenten, der nach Meinung der SPD die Herausforderungen der Zukunft verkennt. Darüber hinaus bringt die SPD noch die Spaltung der Gesellschaft mit hinein.

Tatsächlich sind die Herausforderungen unserer modernen Arbeitswelt vielfältig, und es braucht zukunftsfähige Antworten. Die Spaltung unserer Gesellschaft wiederum ist auf politische Fehlentscheidungen zurückzuführen, die auch die SPD mit zu verantworten hat, während sie aktuell versucht, über politische Veränderungen verlorene Wählerschichten zurückzugewinnen, deren Verlust sie selbst verursacht hat.

(Beifall AfD)

Sehr gerne wird aktuell die soziale Marktwirtschaft als Aushängeschild bemüht. Die Wahrheit aber ist, dass wir weiter davon entfernt sind als je zuvor. Wir brauchen nur die SPD-Politik von Gerhard Schröder und der Zeit danach anzuführen, um uns darüber klar zu werden, dass eine Konzentration auf eher größere Unternehmen stattfindet, die den deutschen Mittelstand immer mehr in die Knie zwingt, und dabei auf eine Gesetzgebung trifft, die eine Vielzahl an Arbeitnehmern und Kleinunternehmern zur Gewinnmaximierung nutzt und zeitgleich von diesen Unternehmen noch erwartet, den deutschen Staat über Steuermittel zu finanzieren. Das alles geschieht, während der steuerliche Gestaltungsspielraum für große Unternehmen durch die Politik geschaffen wurde und einen erheblichen Wettbewerbsvorteil für eben diese Unternehmen gegenüber den kleinen Unternehmen bringt. – Soziale Marktwirtschaft sieht dann doch anders aus.

(Beifall AfD – Zuruf Stephan Grüger (SPD))

– Darauf komme ich noch. Lassen Sie mich bitte ausreden. – Da man nicht bereit ist, die uns allen bekannten Grundfehler innerhalb unseres Wirtschafts- und Sozialsystems anzusprechen, auch nicht auf europäischer Ebene, müssen Anträge gestellt werden, die die eigene Politik der Vergangenheit zu verbessern versuchen. Tatsächlich aber ist es Zeichen völligen Versagens der etablierten Parteien und somit auch des Antragstellers, der SPD.

Es tut mir leid, dies so ausdrücken zu müssen. Wir haben wenig Hoffnung, dass die Selbstreflexion bei Ihnen dazu führt, sich selbst in Verantwortung zu nehmen und nicht andere für die Spaltung der Gesellschaft verantwortlich zu machen.

Nun möchte ich die einzelnen Punkte des SPD-Antrags ansprechen. Zu Punkt 1 ist zu sagen, dass er leider nicht im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss besprochen werden konnte, weil wir am Anfang der Legislaturperiode stehen und die Ausschüsse erst noch tagen werden. Wir hätten dort nachgefragt, wie das Recht auf Weiterbildung durchgesetzt werden soll. Da dies hier nicht näher beschrieben wurde, enthalten wir uns beim ersten Punkt. Übrigens ist die Bedeutung von beruflicher Bildung, Fort- und Weiterbildung schon immer von äußerster Wichtigkeit und Motor einer innovativen Gesellschaft gewesen.

Punkt 2 ist zuzustimmen. Ich hatte bereits ausgeführt, dass die bisherige Politik erst dazu geführt hat, dass solch ein Antrag überhaupt gestellt werden muss, noch dazu in Hauptverantwortung der Partei, der die Antragsteller angehören und die Teil der Regierungskoalition im Bund ist. Fair ist, wenn man die Einzahlung mit dem Bezug in Verbindung bringt.

Bei Punkt 3 stellt sich die Frage, wie die Bezeichnung „neue Instrumente“ definiert wird, die flexibles Arbeiten ermöglichen und mit denen Lücken im Schutz von Arbeitnehmern geschlossen werden sollen, und vor allem, wie dies gesetzlich umgesetzt werden soll.

Es ist Aufgabe der jeweiligen Tarifpartner, hier individuelle Lösungen zu finden, da diese wesentlich flexibler in den jeweiligen Arbeitsbereichen agieren können und dort auch die Expertise vorhanden ist, wie etwas wo umgesetzt werden kann. Die Politik sollte hier möglichst große Rahmen schaffen, damit die Tarifpartner diese nutzen können und individuell auf die jeweiligen Unternehmen zugeschnitten die bestmöglichen Lösungen für alle Beteiligten ausgearbeitet werden. Dies würde sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften stärken.

Der soziale Frieden in Deutschland ist zu einem Großteil auf die Ausgewogenheit dieser beiden wichtigen Bausteine der Gesellschaft zurückzuführen. Meine Damen und Herren, das ist Vergangenheit. Dies erneut aufleben zu lassen, wäre ein wichtiger Teil, um die Spaltung unserer Gesellschaft aufzulösen und sozialen Frieden in Verbindung mit unternehmerischer Akzeptanz zu gewährleisten.

Punkt 4 ist so allgemein gehalten, dass wir hier zustimmen werden. Natürlich ist eine Reform der Grundsicherung zu befürworten. Wenn die SPD etwas verändern möchte, wofür sie selbst die Verantwortung trägt und was definitiv falsch gewesen ist, dann finden wir als AfD das gut.

(Beifall AfD)

Wir erleben oft genug ältere Arbeitnehmer, die mit Sanktionen belegt werden, die keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz haben und deren Ersparnis aufgebraucht wird. Die allgemeine Formulierung in diesem Antrag erlaubt politischen Gestaltungsspielraum, den wir gerne mit nutzen möchten.

Bei Punkt 5, also der Herausnahme von Kindern aus dem SGB II, enthalten wir uns. Es ist in den Ausführungen nicht dargestellt, in welcher Form die Regelungen im SGB II ersetzt werden und durch was die Leistungen dann erfolgen.

Punkt 6 zeigt erneut, dass man etwas auszugleichen versucht, was nur über die Tarifautonomie auszugleichen ist. Nicht beschrieben werden Subunternehmer, Kleinstunternehmer und viele mehr, die bereits Probleme haben, überhaupt ihre Versicherungen zu bezahlen. Sie haben es allerdings eben angesprochen, dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Auch über deren Rente muss gesamtgesellschaftlich diskutiert werden, um Lösungen zu erarbeiten – noch dazu bei der jetzigen Nullzinspolitik. Scheinbar sind auch Zeitverträge und Praktika keine Silber wert. Gerade hier ist allerdings ein breites Feld zu bearbeiten, welches mehr als nur problematisch ist. Wir lehnen somit diese Erhöhung ab, da sie schlicht populistisch ist und die Politik vielmehr die verantwortlichen Tarifpartner in die Pflicht nehmen muss und zudem die Lohnnebenkosten überhaupt nicht thematisiert werden, die natürlich eine erhebliche Kalkulationsgröße für die Unternehmen darstellen.

(Beifall AfD)

Die SPD stellt somit eine Forderung, die andere bezahlen müssen, und ist nicht bereit, im Bereich der Gestaltungsmöglichkeiten, z. B. im steuerlichen Bereich, Veränderungen vorzunehmen, sodass ein niedrigerer Mindestlohn dennoch zu einer höheren Kaufkraft führt. Den Hin-

weis, wie sich Hessen hinsichtlich einer Tarifierbindung verhält, kann ich mir an dieser Stelle wirklich nicht verkneifen.

Wir sehen allerdings sehr wohl im Bereich der Rente eine zwingende Notwendigkeit, zu handeln – was dann auch sofort zu Punkt 7 überleitet, bei dem wir uns enthalten, da eine gesetzliche Grundrente sehr genau definiert werden muss und wir alle vor einer großen Aufgabe stehen, nämlich unser Rentensystem von Grund auf zu reformieren.

Lösbar ist dies nur durch zwei Wege: Umverteilung oder Schaffung von mehr Nettosteuerzahlern. Letzteres muss das Ziel unserer Gesellschaft sein – insbesondere durch Forschung und Technik, welche zu neuen Industriezweigen führen werden. Eine Vielzahl der Probleme unserer Gesellschaft kann sich nur auf diese Weise lösen lassen, und so ist auch die Frage einer zukunftsfähigen Rente davon existenziell abhängig.

Schaffen wir nur den Weg über die Umverteilung, lösen wir die Problematik nicht. Ich denke, dies muss zwingend ins Bewusstsein der Politik gelangen, da ansonsten die Bürger Hoffnung auf Lösungen haben, die maximal der Zeitgewinnung dienen und nur kurzfristig als Lösung erscheinen.

(Beifall AfD)

Kurzfristige Lösungen, die auf sozialistische Experimente hinauslaufen, die in der Vergangenheit noch immer gescheitert sind – zwischen sozial und sozialistisch gibt es einen Unterschied, und den sollten wir auch immer thematisieren –, bringen keinen sozialen Frieden oder Fortschritt, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Rückschritt und eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

Wir bitten hier um Einzelabstimmung. Bei einer Gesamtabstimmung lehnen wir den Antrag in Gänze ab.

Eines sei noch zu sagen: Mit der Mottenkiste ist es nicht ganz so. Man braucht nur nach Venezuela zu schauen, um zu sehen, dass der Sozialismus nicht funktioniert – das ist keine Mottenkiste, sondern aktuell. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Es spricht jetzt der Kollege Pürsün, Fraktion Freie Demokraten. Bitte sehr.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Herr Präsident, wertbes. Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem die SPD in der letzten Plenarwoche die heilsche Grundrente auf die Tagesordnung gesetzt hat, diskutieren wir heute über einen neuen Sozialstaat. Ich sehe, meine erste Rede hat eine nachhaltige Wirkung gezeigt,

(Beifall Freie Demokraten – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr!)

und die Ideen der Freien Demokraten breiten sich aus. Die SPD bewegt sich.

(Beifall Freie Demokraten)

Auch die CDU hat die FDP zitiert; sie lebt es aber nicht. Was hat die CDU denn noch mit Marktwirtschaft zu tun?

(Beifall Freie Demokraten)

Der Ministerpräsident hat zu den heilschen Vorschlägen gesagt, dass die SPD die Marktwirtschaft beerdigt. Da hat sich die Kollegin Ravensburg gedacht: Oh weh, wenn der Ministerpräsident von Marktwirtschaft spricht, dann muss ich doch einmal bei der FDP nachlesen, was das eigentlich ist.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie haben hier in weiten Teilen meine Rede von der letzten Plenarwoche vorgetragen.

SPD und GRÜNE haben den Sozialstaat mit der Einführung der hartzschen Regeln nachhaltig verändert. Grundsätzlich war die Richtung nicht ganz falsch. Wir Freie Demokraten haben damals und heute die falschen und fehlenden Anreize, die Hinzuverdienstgrenzen und Anrechnungsregeln sowie die ausufernde Bürokratie kritisiert. Ein neuer Sozialstaat ist überfällig. Daher begrüßen wir die Diskussion. Wir sind bereit und haben seit den Neunzigerjahren die passenden Lösungen parat.

Es ist nicht so sehr, wie die SPD sagt, dass jetzt eine neue Zeit angebrochen ist, sondern die SPD ist offensichtlich bereit, sich da mit neuen Erkenntnissen zu bewegen und neue Lösungen anzustreben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Geschenk! – Heiterkeit Freie Demokraten)

Wir wollen Chancen eröffnen und den Aufstieg ermöglichen, damit alle selbstbestimmt leben können.

(Beifall Freie Demokraten)

Ziel der Politik muss es sein, dass Menschen Sozialhilfe schnellstmöglich wieder hinter sich lassen können. Politik muss also Leitern bauen und nicht Löcher graben oder Hamsterräder bauen. Zu einem neuen Sozialstaat gehören diese Prinzipien: Solidarität mit Bedürftigen, Chancen des Aufstiegs für jeden, Bündelung vieler Leistungen in einem liberalen Bürgergeld, lebenslanges Lernen mit Midlife-BAföG und modernem Arbeiten sowie Anreize, die Arbeiten, Aufsteigen und Vorsorgen unterstützen,

(Beifall Freie Demokraten)

und nicht zuletzt ein nachhaltiges Sozialsystem, das die nachfolgenden Generationen nicht überfordert. Viele Sozialleistungen haben unterschiedliche Regelungen, die sich widersprechen und die Bedürftige überfordern. Wer Menschen in Not eine solche Bürokratie zumutet, hat es nicht verstanden. Wir brauchen einen Staat, der es einfach macht, sodass man nicht für jede einzelne Leistung zu einem anderen Amt an einem anderen Ort in unterschiedlichen Abständen und mit unterschiedlichen Regeln gehen muss.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Außer Kompetenzegoismus gibt es keine Erklärung für diese bürgerfeindliche Organisation der Sozialleistungen.

Bei der Umsetzung eines liberalen Bürgergeldes bietet sich unser Kinderchancengeld als Startpunkt an. Wir wollen zuerst alle Leistungen für Kinder bündeln. Die Hoffnung, im bestehenden SGB-System Kindern und Jugendlichen den Aufstieg zu ermöglichen, hat sich leider nicht erfüllt.

(Torsten Warnecke (SPD): Stimmt!)

Für uns Freie Demokraten ist Bildung das A und O, um ein eigenständiges Leben ohne Sozialhilfe zu ermöglichen und

den Kreislauf des vererbten Sozialhilfebezugs zu durchbrechen. Das Bildungsangebot muss heute von der frühkindlichen über die berufliche Bildung bis hin zu den Möglichkeiten und Erfordernissen des lebenslangen Lernens bedacht und konzipiert werden. Wir wollen deshalb ein digitales Freiraumkonto für Erwachsene einrichten, ein Midlife-BAföG, sodass sich jeder fortbilden kann, bevor ihn negative Veränderungen treffen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist fatal, dass Mehrarbeit im Sozialsystem oft nicht belohnt, sondern bestraft wird. Das ist unfair. Deshalb müssen Hinzuverdienstgrenzen angehoben werden; denn wer arbeitet, soll auch spürbar mehr in der Tasche haben. Das verstehen wir unter Gerechtigkeit. Die derzeitigen Zuverdienstregelungen sind kontraproduktiv und demotivierend, weil ohnehin nichts übrigbleibt. Nach Berechnungen des Münchener ifo Instituts ist etwa bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern das Einkommen zwischen 1.500 und 2.300 € eine sogenannte Todeszone. Liegt das Einkommen in diesem Bereich, lohnt es sich für die Alleinerziehenden nicht mehr, zu arbeiten. Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass hier dringend etwas geändert werden muss.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Es muss belohnt und nicht bestraft werden, wenn sich Menschen anstrengen, um aus eigener Kraft weiterzukommen. Zurzeit haben wir die Situation, dass ein Empfänger von Arbeitslosengeld II nur einen Grundfreibetrag von 100 € hat. Alles, was darüber hinausgeht, muss mit der Transferleistung verrechnet werden und wird fast vollständig aufgeessen. Wer zwischen 100 und 1.000 € hinzuverdiene, erhält 80 % weniger Leistung aus Hartz IV. Das heißt, von 1.000 € Arbeitslohn bleiben dann nur 280 € übrig. Dies führt dazu, dass Teilzeitarbeit gar nicht angenommen wird, weil es sich nicht lohnt. Auf diese Weise bleibt dann natürlich der erhoffte Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt aus.

Im Vordergrund darf nicht stehen, wer wie lange und wie viel Geld erhalten soll, sondern ob wir genug dafür tun, damit niemand lange auf Sozialhilfe angewiesen ist.

(Beifall Freie Demokraten)

Bisher müssen Ersparnisse weitestgehend aufgebraucht werden, bevor die staatliche Sicherung greift. Auch hier sind wir der Ansicht, dass derjenige, der gespart und vorgesorgt hat, nicht mit demjenigen in einer Notlage gleichgestellt werden darf, der dies nicht getan hat. Deshalb wollen wir das Schonvermögen deutlich erhöhen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Jeder Leistungsbezug birgt auch die Gefahr in sich, missbraucht zu werden. Sanktionen muss es deshalb weiterhin geben. Sie sind aber kein Selbstzweck. Es muss einen Hilfeplan geben, der aus der Sanktion herausführt. Insbesondere bei jungen Menschen, die vielleicht noch mit den Eltern zusammenleben, muss man Instrumente haben, die die Mitarbeit sicherstellen.

Nur Inflationsgesellschaften drucken sich das Geld für die Ausgaben. Wer Geld ausgibt, muss behutsam prüfen, wen er belastet. Nachfolgende Generationen dürfen nicht für Ausgaben von heute überfordert werden. Wichtiger als das Steigern von Ausgaben ist es, die Probleme mit dem Sozialleistungsbezug zu lösen. Nicht ein langer Bezug ist sozial, sondern eine rasche Hilfe zur Selbstbestimmung.

(Beifall Freie Demokraten)

Für uns Liberale ist es natürlich sehr befremdlich, hier zu hören, wie über den Solidarzuschlag gesprochen wurde. Wie kann es sein, dass eine vorübergehende Aufgabe mit einer dauerhaften Abgabe finanziert wird? Es kann doch nicht sein, dass sich die Politik zwingen lassen will, hier vom Bundesverfassungsgericht gestoppt zu werden. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Politik,

(Beifall Freie Demokraten)

dass wir das tun, was wir versprochen haben.

Es ist natürlich abenteuerlich, wenn gerade die CDU hier über den Solidaritätszuschlag spricht. Die CDU hat die Abschaffung schon tausendmal beschlossen,

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

und immer wenn es im Parlament zur Abstimmung kam, hat sie dagegen gestimmt.

(Beifall Freie Demokraten – Lachen Günter Rudolph (SPD))

Teilweise lagen nicht einmal 48 Stunden dazwischen – also unglaublich –

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten und SPD)

Es gibt wahrscheinlich keine unglaublichere Position als diejenige, die die CDU hat. Das dann in diesem Zusammenhang anzusprechen, finde ich sehr mutig.

Lohnuntergrenzen sind notwendig. Mindestlöhne funktionieren aber nur dann, wenn eine unabhängige Kommission aus Tarifpartnern über die Höhe entscheidet.

Wenn der Mindestlohn in einem Wettbewerb zwischen SPD und Linkspartei entschieden wird, macht das Menschen arbeitslos. Das beseitigt nicht, sondern das schafft Altersarmut.

(Beifall Freie Demokraten – Janine Wissler (DIE LINKE): Ihr seid doch immer für Wettbewerb!)

– Ja, aber nicht zwischen euch beiden.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten – Heiterkeit SPD und Janine Wissler (DIE LINKE) – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mehr davon!)

– Ich muss jetzt leider abkürzen, weil die Redezeit ausläuft.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Debatte wird wirklich interessant!)

– Genau. Ich will ja nicht überziehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Schade, davon hätte ich gern mehr!)

Aber vielleicht gibt es eine zweite Runde.

Erfreulich ist, dass die SPD von dem 35-Jahre-Fallbeil der heilschen Grundrente abzurücken scheint. Das Bundesverfassungsgericht würde eine solche Ungerechtigkeit sowieso kippen. Aber auch die Zahlen des heilschen Beispiels der Frisörin waren falsch. Das haben Schnellschüsse so an sich.

In unserem Sozialstaat gibt es noch weitere Baustellen. Es ist weit mehr anzupacken als das, was die SPD in ihrem Antrag thematisiert. Wir werben für unsere Ideen. Der von der SPD vorgelegte Entschließungsantrag enthält durchaus

Elemente, die unseren Vorstellungen folgen. Daher können wir auch vier der sieben Punkte des Antrags zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Böhm, Fraktion DIE LINKE.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD entdeckt den Sozialstaat wieder; das freut mich sehr. Die Diskussion jetzt macht deutlich: Wir müssen ganz intensiv über den Sozialstaat diskutieren. Es existieren ganz unterschiedliche Gerüchte, was das sei.

(Heiterkeit Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Spaßeshalber habe ich eben gesagt: Das wäre ein Thema für eine Enquetekommission. Ich biete es euch an.

Gut ist, dass man Sozialstaat wiederentdeckt – besser spät als nie. Nur fürchte ich, dass dieser Selbstfindungsprozess der SPD eventuell doch zu spät sein könnte. Eigentlich wäre der Zeitpunkt damals, vor 15 Jahren gewesen. Mit der Agenda 2010 wurde eine würdige Absicherung von Arbeitslosen beerdigt und der Arbeitsmarkt gnadenlos liberalisiert.

Jetzt dazu zu kommen und zu fordern, das zu ändern, ist eigentlich eine sehr späte Erkenntnis. Aber auch späte Erkenntnisse wollen wir gern nutzen.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen habe ich das Papier, das die Bundes-SPD vorgelegt hat und das uns in der Kurzform als Entschließungsantrag präsentiert wird, natürlich schon sehr interessiert zur Kenntnis genommen. Ich war auch erstaunt: Die SPD hat Dinge wie einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 12 € pro Stunde gefordert, bei denen vor zwei Jahren, als wir im Bundestagswahlkampf waren, die SPD noch dagegen gestimmt hat.

Aber das ist nichts Neues. 2002 hat die PDS, unsere Vorgängerpartei, den flächendeckenden und allgemein verbindlichen Mindestlohn beantragt. Die SPD hat dagegen gestimmt. 2009 kam der Sinneswandel. Dann gingen noch sechs Jahre ins Land, bis der Mindestlohn kam, der aber bei Weitem nicht existenzsichernd war und bis heute nicht ist.

Es wurde gesagt, dass es einen guten Wettbewerb gibt. Einiges wird von der LINKEN abgeschrieben. Aber, liebe SPD, das mit dem Abschreiben ist so eine Sache: Wer nur die Hälfte abschreibt und dann auch noch Fehler hinein-schreibt, bekommt am Schluss keine Eins.

(Beifall DIE LINKE – Turgut Yüksel (SPD): Zwei ist auch gut!)

Ich will das ganz konkret am Beispiel von Hartz IV verdeutlichen. Andrea Nahles behauptet in der Pressekonferenz tatsächlich:

Wir können mit Fug und Recht sagen: Wir lassen Hartz IV hinter uns und ersetzen es nicht nur dem Namen nach.

Da muss ihr ein anderes Papier als das vorgelegen haben, was ich gefunden habe. Was bringt die Menschen seit 15 Jahren gegen Hartz IV auf? Ich muss sagen: Redet doch mal mit Menschen, die Hartz-IV-Leistungen bekommen. – Ich habe bei allen meinen Vorrednerinnen und Vorrednern den Eindruck gehabt, dass keiner mit ihnen ins Gespräch und in Kontakt kommt.

Der Bedarfssatz ist nach Einschätzung aller Sozialverbände und aller Beteiligten natürlich weit unter dem Existenzminimum.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben ein Sanktionsregime, das die Menschen in absolute Existenznot und auch in die Obdachlosigkeit treibt. Wir haben einen Umgang mit Betroffenen von Langzeitarbeitslosigkeit, der die Würde dieser Menschen grundsätzlich infrage stellt. Und wir haben ein bürokratisches Monstrum, das zu einer extrem hohen Fehlerquote führt und eine massive Überlastung der Sozialgerichtsbarkeit zur Folge hat. Das alles geschah mit dem Ziel, das Gerhard Schröder damals voller Stolz beschrieben hat, den größten Niedriglohnsektor Europas zu schaffen.

(Zuruf DIE LINKE: Pfui!)

Menschen müssen voller Angst jeden Job annehmen, egal ob er ihre Qualifikationen entwertet oder die Existenz ihrer Familien sichert. Die Wirtschaft dankt es Ihnen im Übrigen. Sie dankt Ihnen, dass heute Millionen Menschen Aufstocker und Aufstockerinnen sind, sodass die Niedriglöhne subventioniert werden. Ich denke, Sie bekommen entsprechende Spenden auch aus diesen Kreisen. Das ist staatlich organisierte Lohndrückerei, nichts anderes.

(Beifall DIE LINKE)

Aber was lässt die SPD jetzt tatsächlich hinter sich? Schauen wir uns das Papier an. Wir finden kein Wort – auch im Entschließungsantrag nicht, zu dem wir uns heute auch nur enthalten können – zu den prinzipiellen Erhöhungen der Bedarfssätze. Selbst bei der angekündigten Kindergrundsicherung, die wir auch schon lang fordern, wissen Sie nicht einmal, wie hoch sie sein könnte, obwohl Wohlfahrtsverbände schon lange berechnet haben, dass eine sozial gerechte Kindergrundsicherung ca. 628 € im Monat betragen sollte. Das steht auch schon in unserem Bundestagswahlprogramm.

Wie sieht es mit den Menschen aus, die aufstocken müssen? Die Menschen sollen künftig nicht mehr vom Jobcenter, sondern von der Agentur für Arbeit betreut werden. Ich glaube nicht, dass das den Leuten hilft. Auch vor dem Hintergrund meiner eigenen Erfahrung ist mir das völlig schleierhaft.

Aber wie man das Aufstocken tatsächlich überwindet, diese Erkenntnis bzw. diese Aussage fehlt mir. Allein bei mir im Kreis Groß-Gerau haben wir 1.600 Personen im SGB-II-Bezug, die trotz Vollzeitbeschäftigung aufstocken müssen. Das sind 12 % aller erwerbsfähigen Leistungsbezieher. Wir haben gar keine Arbeitslosenthematik mehr. Wir haben eine Armutsverwaltung, und wir haben eine Verwaltung und Unterstützung von Niedriglöhnen. Das ist skandalös.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf DIE LINKE: Das ist keine soziale Marktwirtschaft!)

Aber schauen wir auch auf die Sanktionen. Wir haben gerade die Situation, dass das vorm Bundesverfassungsge-

richt ist. Es gibt genügend sozialwissenschaftliche Studien. Die SPD will jetzt ein paar Dinge streichen, aber generell daran festhalten. Das wollen Sie irgendwie alles sein. Das ist keine Abkehr von Hartz IV; tut mir leid. Die Sanktionen müssen grundsätzlich und restlos abgeschafft werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will nur sagen: Der Verein Tacheles hat eine Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht erarbeitet und eine Onlinebefragung durchgeführt. Diese war nur elf Tage freigeschaltet. An dieser Befragung zu den Folgen und Wirkungen sowie zu den Sanktionen bei Hartz IV haben sich 21.166 Menschen beteiligt. 93 % der Betroffenen haben die Aussage abgelehnt, dass Sanktionen dazu beitragen, dass Hartz-IV-Empfänger dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert werden. Aber auch mehr als die Hälfte der Jobcenter-Mitarbeiter, die sich daran beteiligt haben, haben diese Aussage abgelehnt. Also auch die Jobcenter-Mitarbeiter wissen, dass diese Sanktionen keine sinnvolle Maßnahme sind.

Es gibt – Sie können das gern nachlesen; ich würde das gern jedem als Pflichtlektüre empfehlen – eine ganze Menge von persönlichen Stellungnahmen. Ich habe nur eine einzige, die Stellungnahme einer Frau, aus diesen 1.067 Seiten herausgesucht: Die Sanktionen haben meine Tochter – fünf Jahre – und mich hart getroffen. Wir haben unsere Wohnung verloren und wochenlang kein soziales und menschenwürdiges Leben geführt. Das muss aufhören. Das brachte nicht nur uns, das bringt viele Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, in große Schwierigkeiten. – Das ist das, was Sie mit diesen Sanktionen anrichten.

Es heißt, Sie wollen schlanke, verständliche und transparente Antragsverfahren. Seit mehr als fünf Jahren liegt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchgängig in sozialdemokratischen Händen. Wo bleibt da Ihre Initiative?

Ich weiß, dass der Formularwahnsinn in den Jobcentern keinen Deut besser geworden ist. Schauen Sie sich einmal an – ein Beispiel, das ich neulich hatte –, was ein selbstständiger Aufstocker alles über sich ergehen lassen muss. Da ächzen Betreuer, Anwälte, Steuerberater und alle anderen, die Unterstützung leisten. Diese sind nicht in der Lage, alle vom Jobcenter geforderten Unterlagen vorzulegen, damit dieser Mensch, der seit vier Monaten ohne Geldleistungen ist, überhaupt eine Chance hat, eine Geldleistung vom Jobcenter zu bekommen.

Kein Betroffener kann das überhaupt noch alleine tun. Insofern sind an dieser Stelle Taten der Bundesregierung dringend notwendig. Diese würde ich gerne von der SPD hören und sehen.

(Beifall DIE LINKE)

An diesen Taten werden Sie dann auch gemessen werden, nicht nur an den hehren Worten, ob sich diese nun auf die Grundrente oder auf den Sozialstaatsentwurf beziehen. Mit der Dauerbindung an die CDU/CSU wird nichts davon Realität werden.

Ich würde mich schon freuen, wenn es geringfügige Fortschritte geben würde. Diese brauchen wir dringend. Ich fürchte jedoch, dass wir weit davon entfernt sind.

Deshalb meine Bitte an Sie: Sie haben bisher immer gemeinsam mit uns die Jubelanträge von Schwarz-Grün kritisiert. Solche Anträge aber, in denen zwar teilweise nette Dinge enthalten sind, über die wir aber nicht auf Landes-

ebene entscheiden können, jubeln Sie bitte Ihren vorgesetzten Gremien auf anderer Ebene zu.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Danke schön. Ich komme gleich zum Schluss. – Es ist notwendig, in Hessen klare Maßnahmen zu entwickeln und auch umzusetzen, statt hier wirkungslose Entscheidungen zu treffen. Ich würde mich freuen, wenn Sie auf unserer Seite sind, wenn es darum geht, eine bedarfsorientierte sanktionsfreie Grundsicherung im Bund zu organisieren. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Böhm. – Das Wort hat der Abg. Marcus Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Hochgeschätzter Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD hat zwei Dimensionen, eine politische Dimension und eine fachlich-sachliche Dimension. Lassen Sie mich zunächst etwas zur fachlich-sachlichen Dimension sagen.

Als Sozialpolitiker und als Sozialarbeiter halte ich es für mehr als drängend und notwendig, dass wir hinsichtlich der Grundrente und der Grundsicherung eine Diskussion darüber führen: Wie kann sie zukunftsfest werden? Wie kann sie jedem Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft sichern? Wie kann sie dazu beitragen, dass das Existenzminimum gesichert ist? Wie kann ein Leben in Würde gestaltet werden? All das sind wichtige Fragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir müssen uns also darüber unterhalten, wie das aufgestellt werden kann. Dabei drängen sich verschiedene Fragen auf. Bei der Grundsicherung stellt sich die Frage: Sind die Regelsätze bedarfsgerecht? Diese Frage hat die grüne Bundestagsfraktion bereits im Jahr 2015 gestellt. Wir glauben, dass die Berechnung der Bedarfssätze nicht angemessen ist. Wir können darüber reden und müssen darüber reden, dass das Fördern verstärkt wird, also das Recht auf Weiterbildung. Kritikabel ist auch die Frage der Hinzuverdienstgrenzen und die Frage, dass das Vermögen zu stark angetastet wird.

All das sind berechnete Fragen. All das hat meine Fraktion schon infolge der Auswertung und Evaluation des vor 13 Jahren in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetzes als eine Nachbesserung, als eine Nachjustierung im Jahr 2015 im Bundestag vorgeschlagen. Wir hätten uns gewünscht, dass diese Diskussion früher aufgegriffen worden wäre. Aber lieber spät als nie. Auf jeden Fall muss man darüber reden, wie das System der Grundsicherung verbessert werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Manfred Pentz (CDU))

Wir GRÜNE nehmen gern auf, dass diese Diskussion verstärkt wird. Gestatten Sie mir trotzdem, dass ich an die Kollegen der SPD die Frage stelle, warum sie diesen An-

trag in den Hessischen Landtag einbringen. Sie fordern eine Stärkung von Fort- und Weiterbildung. Das kann man im Bundestag beschließen. Sie wollen eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I. Das kann man im Bundestag beschließen. Sie wollen Zeitkonten und Familienarbeitszeit einführen. Das kann man im Bundestag beschließen. Außerdem reden Sie über die Frage der Weiterbildung und auch über die Frage der gesetzlichen Grundrente.

All das sind bundesgesetzliche Themen. Deshalb fordere ich Sie dringend auf, all das im Bundestag einzubringen; denn das ist entscheidend. Das, was wir im Landtag hierzu beschließen, tut nichts zur Sache. Was der Bundestag beschließt, wird Gesetz und wird die Menschen auch wirklich erreichen. Deswegen sollten Sie das nicht hier diskutieren, sondern handeln. Sie stellen die Bundesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Manfred Pentz (CDU))

Wenn man in den vergangenen 20 Jahren 16 Jahre lang die Bundesregierung gestellt hat, dann sollte man auch Vorschläge unterbreiten, wie man ein System verbessern kann. Ich finde das ausdrücklich richtig. Ich finde, darüber muss man keine Häme verbreiten. Ich finde, es ist aber auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob man das ernsthaft in das Handeln der Bundesregierung einbringt.

In der Vorbereitung auf die heutige Sitzung hatte ich das Vergnügen, den Koalitionsvertrag zu lesen. Darin heißt es zur Grundrente, dass es eine unterschiedliche Beschlusslage gibt hinsichtlich der Prüfung der Bedürftigkeit. Sie haben eine Vereinbarung mit dem Koalitionspartner, der explizit eine Bedürftigkeitsprüfung vorsieht. Egal, wie ich dazu stehe, Ihnen muss die Frage gestellt werden: Sind Sie vertragstreu? Sie haben diesem Vertrag zugestimmt. Deswegen muss man diese Frage einfach einmal stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

In einem Telefonat mit dem Bundestagsabgeordneten Strengmann-Kuhn, der seinerzeit sozialpolitischer Sprecher war, habe ich diesen um eine Einschätzung gebeten. Dieser sagte mir ausdrücklich, zu all Ihren Forderungen zur Grundsicherung, die Sie jetzt gestellt haben, stehe nichts, absolut nichts im Koalitionsvertrag. Ich frage mich, was in den vergangenen zwei Jahren passiert ist. Warum haben Sie das nicht in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben? Vor allem: Warum bringen Sie es jetzt nicht in den Bundestag ein? Lieber jetzt als nie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, ich habe es bereits gesagt. Es gibt eine Menge Menschen, die den Weg in den Arbeitsmarkt nicht finden. An diese müssen wir denken. Wir müssen darauf achten, dass der Vorgang der Arbeitsvermittlung vielleicht flexibler gehandhabt wird, damit diesen Menschen auch eine nachhaltige Ausbildung und Weiterbildung zugutekommt. Daran scheint es zu hapern. Wir müssen darauf achten, dass die Menschen, die Hartz IV beziehen, auch tatsächlich davon leben und sich einmalige Anschaffungen leisten können wie eine Waschmaschine oder anderes. Die Bedarfssätze müssen wir also noch einmal neu berechnen.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob Zuverdienste durch Arbeit Anreize bieten oder ob das eher dazu führt, dass die Menschen nicht mehr arbeiten gehen. Auch das scheint es Nachbesserungsbedarf zu geben.

Außerdem geht es darum, dass sie, wenn sie Angespertes haben, das nicht komplett aufbrauchen müssen.

Das sind mindestens vier Baustellen, an denen wir dringenden Handlungsbedarf sehen. In dieser Sache streiten wir an derselben Stelle. Das will ich noch einmal sagen.

Zur Grundrente haben wir ein Papier vorgelegt, an dem auch der Kollege Strengmann-Kuhn mitgearbeitet hat. Darin ist viel Richtiges enthalten. Wenn jemand mehrere Jahrzehnte eingezahlt hat, dann aber nur die Grundsicherung erhält, dann ist das ein Ungerechtigkeitsfaktor. Wir können noch lange darüber streiten. Dafür reichen diese zehn Minuten Redezeit nicht.

Es kann so nicht weitergehen, dass diese Menschen, nachdem sie 35 Jahre lang eingezahlt haben, nur die Grundsicherung erhalten. Da muss sich etwas verbessern. In der Sache dürfte es hierzu in diesem Haus eigentlich keine zwei Meinungen geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich will es nicht zu polemisch machen. Ich kann nachvollziehen, dass die SPD nun versucht, über weitere Profilierungsversuche im Hessischen Landtag dieses Thema anzugehen. Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich das von der Sache her richtig finde. Ich glaube aber, es wird nur einen kurzen Effekt der Profilierung nach sich ziehen, wenn Sie sagen, Sie hätten gute Konzepte beschlossen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. Das ist nur ein sehr kurzfristiger Effekt.

Der mittelfristige Effekt, ob Sie als Partei erfolgreicher werden, wird daran gemessen, ob Sie es schaffen, in der Bundesregierung, an der Sie beteiligt sind, das auch tatsächlich umzusetzen. Sonst wird das alles verpuffen und die Enttäuschung darüber noch größer sein. Wie hat Joschka Fischer schon immer gesagt: Es ist schwierig, eine Partei von außen zu beraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Bocklet. – Das Wort hat Herr Sozialminister Kai Klose. Bitte sehr.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion um die Zukunft und die Sicherung unseres gewachsenen Sozialstaats bewegt beileibe nicht nur die Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker. Wie überwinden wir soziale Ungerechtigkeiten, die es in unserer Gesellschaft gibt? Wie wahren wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft? Wie ermöglichen wir gleiche Teilhabechancen für alle Menschen, die hier leben? Diese sehr grundsätzlichen Fragen betreffen alle, und deshalb ist es gut, dass wir über sie auch hier debattieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Auch das ist bereits gesagt worden. Wir sind auch deshalb mit erheblichen Herausforderungen des Sozialstaats konfrontiert, beispielsweise rund um die Themen Digitalisierung und Globalisierung.

Auch das Zusammenleben der Menschen wandelt sich. Lebensmodelle und Lebenswirklichkeiten ändern sich. Auch dies stellt den Sozialstaat vor neue Herausforderungen. Die Vielfalt der Lebensentwürfe hat weiter zugenommen, weil die Menschen vielfältig leben wollen. Auch alleinerziehende Mütter machen endlich Karriere, Väter wollen endlich mehr Anteil an der Erziehungsarbeit nehmen, ältere Menschen wollen weiterhin einem Beruf nachgehen, und junge Menschen wollen sich weiterbilden, um eine bessere Arbeit aufnehmen zu können.

Unsere Aufgabe als Ministerium für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es in ganz besonderem Maße, diese Vielfalt zu unterstützen. Zugleich gibt es Menschen, denen wir eine gleichberechtigte soziale und gesellschaftliche Teilhabe erst noch ermöglichen müssen. Das zeigt: So vielfältig die Lebensentwürfe sind, so vielfältig müssen auch die Antworten der Politik sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele dieser sehr grundsätzlichen Themen des Zusammenlebens werden auf der Bundesebene entschieden. Das hat man an der Debatte, die wir gerade verfolgen konnten, gemerkt. Das macht meines Erachtens auch der SPD-Antrag deutlich, über den wir gerade debattieren. Ich will dennoch im Folgenden skizzieren, welche Bausteine wir in Hessen bereithalten, um den Sozialstaat der Zukunft mitzugestalten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für die Unternehmen erhebliche Veränderungen mit sich, die wir politisch begleiten und gestalten wollen und müssen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die noch stärkere Fokussierung auf die Fort- und Weiterbildung, gerade für digitale Prozesse. Wir wollen hier Schritt halten. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, die hessische Fachkräfteoffensive fortzuführen und zeitnah 100.000 neue Fachkräfte für Hessen zu gewinnen – auch durch Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Frau Gnadt: Wir brauchen eine gute Fort- und Weiterbildung, wir brauchen lebenslanges Lernen. Wir sind hierbei in Hessen bereits auf einem guten Weg.

Für die Gewinnung von Fachkräften wird es auch immer wichtiger, attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Es kommt längst nicht mehr und immer nur auf einen möglichst hohen Lohn, auf Prestige oder auf eine vermeintliche Karriere an. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist es wichtig, Beruf und Familie vereinbaren zu können, mehr Freiraum durch Homeoffice- oder Teilzeitbeschäftigung zu gewinnen und einer für sie wirklich sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen.

Wir tragen in Hessen dazu bei, diese Flexibilisierung arbeitnehmerfreundlich auszuweiten. Dazu gehören beispielsweise heimatnahe Arbeitsplätze – deren Einrichtung die Digitalisierung eben auch ermöglicht – oder der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Landesregierung hat sich

längst auf den Weg begeben, um den Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt zu begegnen.

Der Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung war kürzlich wesentlicher Gegenstand eines Gesprächs, das Frau Kollegin Sinemus und ich mit dem Bitkom-Präsidenten Achim Berg führen konnten. Wenn wir nämlich über diese Veränderungen der Arbeitswelt sprechen, dann denken wir gerade auch an die Menschen, die keiner regelmäßigen Beschäftigung nachgehen oder nachgehen können, womöglich bereits länger im SGB-II-Bezug sind oder nur schwer den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt finden.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion zielen hier verständlicherweise vor allem auf bundespolitische Gesetzesänderungen. Doch auch wir Hessen wollen und werden dazu beitragen, dass Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauskommen und sich aktiv am Erwerbsleben beteiligen können. Mit unserer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wollen wir alle erreichen, die es besonders schwer haben, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Unser spezielles Augenmerk legen wir deshalb weiterhin auf Frauen, auf Alleinerziehende, auf benachteiligte jugendliche Migrantinnen und Migranten, aber beispielsweise auch auf Menschen mit Behinderungen. Dazu wollen wir befristet öffentlich geförderte Beschäftigung, vor allem auf dem sozialen Arbeitsmarkt, nutzen und dafür sorgen, die Betreuungsintensität in den kommunalen Jobcentern, unter anderem durch den Ausbau von Werkakademien, zu erhöhen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen aber auch den Alltag all der Menschen verbessern, die aufgrund ihres geringen Einkommens oder Vermögens kaum oder keine Chancen zur kulturellen Teilhabe haben. Deshalb werden wir einen Hessen-Pass einführen, der die Teilhabe aller Hessinnen und Hessen an den öffentlichen Freizeit- und Kulturangeboten ermöglicht.

Mit dem hessischen Sozialbudget haben wir bereits für mehr Planungssicherheit und Unterstützung der freien Träger gesorgt – das kommt z. B. den Schuldnerberatungsstellen und den Frauenhäusern zugute –, und wir werden das Budget weiter aufstocken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit dem Zweiten Hessischen Landessozialbericht, vorgelegt Ende 2017, dokumentieren wir den Handlungsbedarf, um Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit zu überwinden. Besondere Berücksichtigung fand darin die Kinderarmut. Kinder sind im SGB-II-Bezug, weil ihre Eltern Grundsicherung brauchen. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die Bedarfe dieser Kinder berücksichtigt werden. Ein erster Schritt dazu ist der Kinderzuschlag, der Familien davor bewahrt, allein wegen der Bedarfe ihrer Kinder auf SGB-II-Leistungen angewiesen zu sein. Dieser Zuschlag wird bisher aber von viel zu wenigen Betroffenen in Anspruch genommen. Deshalb müssen wir dringend über eine Weiterentwicklung nachdenken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist die Einführung einer Kindergrundsicherung ein denkbarer Weg, um die erforderlichen Bedarfe für ein gutes Aufwachsen, für Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten der Kinder zu gewährleisten und Kinderarmut zu verhindern. In dieser Kindergrundsicherung könnten Kindergeld, Kinderzuschlag und Sozialgeld aufgehen; denn nur eine Leistung schafft mehr Übersichtlichkeit und ver-

einfacht das Verfahren. Der Anspruch der Kinder ergäbe sich dann auch nicht mehr aus dem SGB II.

Wir haben außerdem vereinbart, den Landessozialbericht fortzuführen und so weiterhin in engem Austausch mit den tragenden Akteuren im Land die notwendigen Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Armut zu identifizieren und auf dieser Grundlage soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

Auch an der Debatte zur Reform des SGB II werden wir uns beteiligen. Mit dem „Zukunftslabor Schleswig-Holstein“, das soziale Absicherungsmodelle analysiert, wollen wir im Rahmen des Länderaustauschs kooperieren. Dieses Zukunftslabor widmet sich nämlich genau der Frage, welche neuen Instrumente zur Arbeitsmarktsteuerung und zur sozialen Absicherung in Zukunft notwendig sein werden.

Ein kurzes Wort sei an dieser Stelle noch zur Frage der Sanktionen im SGB-II-Bezug erlaubt. Der Umgang mit diesen Sanktionen ist tatsächlich schon lange Gegenstand der politischen Diskussion. Aktuell warten wir auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der noch in diesem Jahr zu rechnen ist. Diese Entscheidung wird ganz sicher weitreichende und sehr grundsätzliche Ausführungen zum Thema Sanktionen enthalten. Deshalb wollen wir diese Entscheidung abwarten.

Meine Damen und Herren, die Alterssicherung von Menschen zu verbessern, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet, aber wenig verdient haben, ist notwendig – vor allem, was die Renten von Frauen betrifft. Darüber haben wir bereits im letzten Plenum ausführlicher gesprochen. Eine Grundrente zur Bekämpfung von Altersarmut, finanziert aus Steuermitteln, ist sozialpolitisch im Grundsatz richtig; denn wir wollen eine solidarische Alterssicherung, die für alle Bürgerinnen und Bürger funktioniert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das schließt auch die jüngere Bevölkerung ausdrücklich ein. Aus Gründen der Generationengerechtigkeit können die Kosten einer solchen Grundrente aber nicht dem immer kleiner werdenden Teil der jüngeren arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet werden. Die Frage der sogenannten Bedürftigkeitsprüfung ist ja offenbar zwischen den Koalitionspartnern im Bund weiterhin strittig.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Neujustierung unseres Sozialstaats ist ein Vorhaben, das sich im Rahmen einer solchen Debatte nicht abschließend behandeln lässt.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen arbeiten konzentriert an der Überwindung sozialer Ungerechtigkeit und der Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Land. Darüber, welche einzelnen Elemente wir dazu wie anpacken, werden wir in den kommenden Monaten sicherlich auch im Plenum intensiv diskutieren, und auf dem Weg zu diesem Ziel werden wir hoffentlich um die besten Konzepte ringen. Ich freue mich darauf.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil

die Frage aufgeworfen wurde, warum die Sozialdemokraten überhaupt am heutigen Vormittag diese Debatte auf die Tagesordnung setzen ließen. Dafür gibt es fünf Gründe.

Erstens geht es um Gesellschaftspolitik. Gesellschaftspolitik ist etwas, worüber man natürlicherweise auch im Hessischen Landtag diskutiert.

(Beifall SPD)

Zweitens hat der Hessische Ministerpräsident mit Blick auf unsere Vorstellungen davon gesprochen, dass wir uns von einem wesentlichen Grundsatz unseres Landes verabschieden würden, nämlich von der sozialen Marktwirtschaft.

Drittens hat der Entwurf für einen Koalitionsvertrag der Jamaikapartner auf der Bundesebene dazu leider gar nichts ausgesagt.

Viertens fühlten wir uns durch den Kollegen Pürsün dazu motiviert, nach der Grundrentendebatte erneut darauf zu sprechen zu kommen.

(Demonstrativer Beifall Freie Demokraten)

Fünftens, und das könnte einer der wesentlichen Gründe sein, waren wir sehr gespannt darauf, was eigentlich der hessische Arbeits- und Sozialminister zu diesen grundsätzlichen Fragen sagt, unter anderem deswegen – das hat er am Ende noch einmal betont –, weil es darum gehen muss, um die besten Konzepte zu ringen. Dazu habe ich heute ein bisschen wenig gehört. Vor allem müssen wir davon ausgehen, dass irgendwann auch im Bundesrat über solche Fragen diskutiert und entschieden werden wird, wie es übrigens bei der Agenda 2010 ebenfalls der Fall war.

Deswegen hätten wir uns gewünscht, heute ein bisschen mehr dazu zu hören als den Hinweis darauf, das sei Bundespolitik, deswegen beschäftige er sich nur ein bisschen mit Hessen, und irgendwann würden sie um Konzepte ringen. Nein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, heute wäre ein guter Tag gewesen, um damit anzufangen. Das, was seitens der Regierung kam, war ein bisschen dünn.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Damit, lieber Kollege Bocklet, habe ich Ihre Frage beantwortet. Da ich aber schon hier vorne stehe, will ich gern zu vier oder – vielleicht – fünf Punkten etwas sagen, die auch in der Debatte eine Rolle gespielt haben.

Erster Punkt. Ausgangspunkt – es ist mir wichtig, das an den Anfang zu stellen – der Überlegungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die im übrigens im Wesentlichen schon vor knapp zehn Jahren, nämlich auf dem ersten Hessengipfel, von der SPD angestellt worden sind, ist und bleibt die Betonung der Rolle von Arbeit und Arbeitsgesellschaft für die gesamte Verfasstheit unseres Landes. Das kann man an vielen Punkten, die wir aufgeschrieben und formuliert haben, sehen. Das ist uns deswegen wichtig, weil sich die Arbeitswelt in einem dramatischen Wandel befindet, der uns immer stärker fordert.

Deswegen ist es gut, und ich finde es erstaunlich, dass ich das heute einmal in einer Sozialstaatsdebatte sagen darf, dass die Beiträge aus den Reihen der FDP-Fraktion, die in der Vergangenheit solcher Auffassungen völlig unverdächtig war

(René Rock (Freie Demokraten): Na ja!)

– so würde ich es formulieren –, mit die weitreichendsten Vorschläge enthielten, zumindest solche, über die es sich zu diskutieren lohnt, und konzeptionelle Antworten gegeben haben.

Zweitens hat Frau Böhm auf die Debatte über die Mindestlöhne im Jahr 2002 hingewiesen. Frau Böhm, ich will zumindest daran erinnern, dass sich damals die gesamte Gewerkschaftsbewegung – DGB, alle Gewerkschaften – gegen die Einführung eines gesetzlichen, staatlich verordneten Mindestlohns ausgesprochen hat. Die Debatte war damals viel differenzierter, als Sie es hier gerade beschrieben haben. Dadurch haben ganz viele gelernt, auch die Gewerkschaften.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Drittens. Was das Abschaffen von Sanktionen betrifft – Frau Ravensburg, ich will das nur noch einmal anmerken –: Wir sagen klipp und klar, eine Solidargemeinschaft und ein Solidarsystem erfordern eine Mitwirkungsverantwortung und Mitwirkungspflichten. Wer gegen Mitwirkungspflichten verstößt, hat auch mit Sanktionen zu rechnen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Allerdings sagen wir deutlich, dass die Sondersanktionen für unter 25-Jährige, insbesondere die Drohung, Wohngeld und Wohnkostenübernahme zu streichen – wodurch Obdachlosigkeit droht –, aus unserer Sicht ihren Sinn verfehlen; denn eine drohende Obdachlosigkeit erhöht die Motivation von Menschen nicht. Solche Sanktionen wollen wir in der Tat überprüft und gestrichen haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zur Finanzierung verweise ich auf das, was in der Pressekonferenz am 19. Juni 2017 gesagt wurde. Das alles können Sie im Detail nachlesen; die Videos sind immer noch da.

Am Schluss will ich zu dem wesentlichsten und wichtigsten Thema, das in den letzten Tagen immer wieder angesprochen worden ist, eine kurze Bemerkung machen, nämlich zu der Bedürftigkeitsprüfung. Ich will es kurz so zusammenfassen: Kindergeld – keine Bedürftigkeitsprüfung, Kinderfreibetrag – keine Bedürftigkeitsprüfung, Ehegattensplitting – keine Bedürftigkeitsprüfung, Familiengeld – keine Bedürftigkeitsprüfung, Mütterrente – keine Bedürftigkeitsprüfung. Aber wenn es um den Respekt vor 35 Jahren Arbeits- und Beitragsleistung geht, spricht die Union von der Gießkanne. – Die Rentenversicherung kennt keine Bedürftigkeitsprüfung, weil es sich nicht um das staatliche Alimentationssystem handelt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Letzter Satz. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, diesen Konflikt werden wir in der Tat miteinander austragen. Ich halte es da lieber mit Herrn Laumann, den Sie besser kennen als ich und der gesagt hat: Lasst uns das nicht wieder kaputtreden. – Deswegen bedanke ich mich herzlich für die Debatte.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schäfer-Gümbel. – Das Wort hat Frau Abg. Janine Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Ich finde es sehr gut, dass wir heute im Hessischen Landtag über die Zukunft des Sozialstaats diskutieren; denn das betrifft sehr viele Menschen – eigentlich alle Menschen, die in Hessen leben. Deswegen finde ich die Debatte am heutigen Tag gut und wichtig.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um noch zu einigen Punkten etwas zu sagen. Frau Ravensburger, anfangen möchte ich bei Ihnen; denn Sie haben während Ihrer ganzen Rede über das Leistungsprinzip gesprochen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ravensburg!)

– Entschuldigung, Frau Ravensburg, es tut mir leid. Das „er“ nehme ich zurück. – Sie haben vom Leistungsprinzip gesprochen und davon, dass sich Leistung wieder lohnen müsse. Da frage ich mich: Wie klingt das eigentlich in den Ohren von mehr als 500.000 Menschen in Hessen, die zu Niedriglöhnen arbeiten, die jeden Morgen aufstehen, Leistung bringen und von ihrer Arbeit nicht leben können? Wie klingt das in den Ohren von Menschen, die Vollzeit arbeiten und trotzdem aufstocken müssen? Wie klingt das in den Ohren von Pflegekräften, Reinigungskräften und Verkäuferinnen, die jeden Tag arbeiten und kaum über die Runden kommen?

Wie klingt das z. B. in den Ohren der Beschäftigten bei Siemens in Offenbach, die gerade ihre Jobs verlieren, obwohl der Betrieb ausgelastet ist, und die Überstunden gemacht haben, wobei der Konzern auch noch Gewinne erzielt hat? Ich frage mich: Wie klingt es in den Ohren dieser Menschen, wenn Sie davon sprechen, Leistung müsse sich lohnen, und sich dabei zynisch gegenüber Menschen verhalten, die jeden Tag Leistung bringen und trotzdem kaum über die Runden kommen? Frau Ravensburg, deswegen sollten Sie darüber nachdenken, ob Sie das so behaupten können.

(Beifall DIE LINKE)

Sie reden von Leistung. Aber mit ihrer Weigerung, die Erbschaftsteuer zu reformieren oder die Vermögensteuer wieder einzuführen, ist die CDU die Schutzpatronin von leistungslosem Wohlstand. Sie schützen doch leistungslosen Wohlstand.

(Beifall DIE LINKE)

Worin besteht denn die Leistung, wenn Menschen ein Vermögen erben und deshalb nicht mehr auf Erwerbsarbeit angewiesen sind? Da gibt es keine Leistung. Reden Sie also nicht von Leistung, solange Sie leistungslosen Wohlstand durch die Nichtbesteuerung von Vermögen schützen.

(Beifall DIE LINKE – Zurufe CDU)

Natürlich brauchen wir eine Grundrente, die zum Leben reicht, und natürlich brauchen wir sie ohne Bedürftigkeitsprüfung; denn – vielleicht sollte man darauf hinweisen – Renten sind keine Almosen. Für Renten haben Menschen gearbeitet. Sie haben einen Anspruch darauf, und deshalb ist es auch richtig, dass es da keine Bedürftigkeitsprüfung gibt, sondern dass alle Menschen eine Rente haben, von der sie leben können.

An der Stelle sage ich, deswegen müssen wir auch über die Rente mit 67 reden. Die muss nämlich weg, weil sie eine

Rentenkürzung für all die Menschen bedeutet, die nicht in der Lage sind, bis zum Alter von 67 Jahren zu arbeiten.

(Beifall DIE LINKE)

Nun ist die Fehlentwicklung der letzten Jahre die Folge politischer Entscheidungen. Natürlich muss man da über die Agenda 2010, über Hartz IV und über die Deregulierung des Arbeitsmarkts sprechen.

Die prekäre Beschäftigung und die Niedriglöhne sind kein Kollateralschaden der Agenda 2010; es war die zentrale Zielsetzung und ein integraler Bestandteil. „Wir müssen einen Niedriglohnsektor schaffen“, hat Gerhard Schröder damals gesagt. Diesen haben wir jetzt, nämlich einen der größten in Europa; und wir haben immer mehr Menschen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Hartz I, die Ausweitung der Leiharbeit, und Hartz IV haben eine Rutschbahn der Löhne und eine Erosion der Tarifverträge in Gang gesetzt. Es hat die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb sagen wir ganz deutlich: Die Hartz-Gesetze haben keine Fehler; sie sind ein Fehler, und deshalb müssen sie zurückgenommen werden, wenn wir den Sozialstaat wirklich wiederherstellen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Daher reichen eben keine kosmetischen Korrekturen. Deshalb muss sich die SPD fragen: Wollen wir Hartz IV einfach in Bürgergeld umbenennen, oder was machen wir mit den Sanktionen? Da bin ich nicht einverstanden; ich bin der Meinung, dass diese Sanktionen abgeschafft werden müssen. Sie sind eine Drangsalierung von Erwerbslosen. Existenzminimum heißt Existenzminimum, weil man es nicht kürzen darf. Man darf niemandem das Existenzminimum kürzen und ihn in Gefahr bringen, dass er seine Wohnung verliert, dass er seine Kinder nicht mehr ernähren kann. An dieser Stelle haben wir einen Dissens.

(Beifall DIE LINKE)

Die Zumutbarkeitskriterien, dass man gezwungen ist, jeden Job anzunehmen, egal was man vorher gemacht hat, egal wie er bezahlt war: Will die SPD dort ran? Wer die Kampfkraft der Gewerkschaften wieder stärken will, der muss an die Zumutbarkeitskriterien ran und natürlich an die Regularien sowie an deren Höhe. Dazu haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Es geht bei Hartz IV nicht nur um Geld, es geht auch um Würde.

(Beifall DIE LINKE)

Ich sage einmal ganz ehrlich: Den behördlichen Einsatz, der zur Gängelung von Erwerbslosen an den Tag gelegt wird, würde ich mir einmal wünschen, wenn es um den Kampf gegen Steuerhinterziehung geht. Das wäre auch einmal ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit; und an dieser Stelle wäre sehr viel mehr zu holen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wissler, Sie müssen zum Schluss kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Mein letzter Satz, Herr Präsident. – Das Problem ist natürlich: Die SPD regierte in den letzten 13 Jahren neun Jahre lang mit der Union. Ich will nur an Tony Sender, an die Frankfurter Reichstagsabgeordnete, erst USPD dann SPD,

und Frauenrechtlerin, erinnern. Das ist mir letztes in die Hände gefallen. Sie hat sich schon 1923 gegen die GroKo ausgesprochen – in einer schönen Broschüre mit dem Titel: „Große Koalition? – Gegen ein Bündnis mit der Schwerindustrie“. Das war damals richtig, und es ist heute richtig. Deshalb: Wir halten es für richtig, eine Debatte –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist voll daneben, Frau Wissler!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollegin Wissler, das ist ein sehr langer Satzsatz. Ich würde Sie bitten, jetzt so langsam zum Satzsatz zu kommen, damit der Satz einen Sinn hat. Bitte.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Deshalb finde ich es wichtig, dass wir hier über die Frage des Sozialstaats diskutieren; aber man muss eben auch bereit sein, die vergangenen Entscheidungen zu korrigieren. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat Abg. Manfred Pentz, CDU-Fraktion.

Manfred Pentz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, dieser Antrag der SPD ist eine ganz klare Abkehr von dem, was man in den letzten Jahren von den Sozialdemokraten gehört hat. Am Ende geht es hierbei um die Abwägung – der Kollege Bocklet hat es gefragt –: Ist dies eine fachliche Frage oder eine politische? – Er hat ganz klar eine politische Dimension; und das steht für Sie im Vordergrund. Es geht heute im Hessischen Landtag gar nicht um eine fachliche Frage.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen könnte dieser Antrag auch direkt aus der Selbstfindungsgruppe der SPD, aus dem Parteirat, hierher eingetroffen sein. So haben Sie ihn in diesem Plenarsaal eingebracht, und so muss ich ihn auch verstehen.

(Zuruf SPD: So ein Quatsch!)

Für uns als CDU ist klar: Die CDU steht zur Anerkennung der Lebensleistung. Das ist für uns wichtig; das haben wir immer dargelegt. Für uns stehen der einzelne Mensch und sein Schicksal im Vordergrund. Aber das, was die SPD mit der Grundrente und den Vorschlägen vorgebracht hat, die Sie, lieber Herr Schäfer-Gümbel, eben noch einmal mit Nachdruck dargelegt haben, ist aus unserer Sicht eine komplette Abkehr von dem bis dahin verstandenen Prinzip des Sozialstaats. Es ist zutiefst ungerecht.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – Kollege Bocklet hat es ja angesprochen –, mit dem wir uns neuerdings auch im Hessischen Landtag anscheinend noch öfter befassen werden, ist auch etwas anderes vereinbart worden. Dort ist nämlich ganz klar vereinbart worden, dass wir an die Sanktionen nicht rangehen. Sie haben das eben komplett anders dargestellt. Deswegen muss ich es auch so verstehen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dass es eine Abkehr von dem

System des Förderns und Forderns ist. Das mag im ersten Moment vielleicht zur Rettung der SPD genügen; es wird aber nicht ausreichen, um unser Land sozusagen ordnungspolitisch in eine richtige Richtung zu führen.

(Beifall CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uiuui!)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit; Herr Kollege Bocklet hat es eben gesagt. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Die CDU und die GRÜNEN sind auch nicht in allen Fragen immer einer Meinung.

(Günter Rudolph (SPD): Das habe ich vor einigen Tagen erst gelesen!)

Aber ich sage Ihnen – das können Sie auch an unserem Koalitionsvertrag ablesen; und im Übrigen können Sie sehen, dass wir so, wie wir arbeiten, in den vergangenen fünf Jahren auch gehandelt haben, denn wir halten uns an die Verträge; wir vereinbaren Dinge, und wir halten uns daran, und wir setzen sie um, anstatt einfach nur Parteitagreden zu halten –:

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Ideen und Vorschläge sind am Ende unkontrolliertes Geldausgeben. Und zu was wird es führen? – Ich will es jetzt einfach einmal auf zwei Punkte herunterbrechen: Am Ende führen Ihre Vorschläge entweder zum Schuldenmachen oder zu Mehrausgaben und Steuererhöhungen. Beides wird es mit der Union im Bund nicht geben. Deswegen sind Ihre Vorschläge zutiefst ungerecht.

Ich bleibe dabei: Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen für eine Wirtschaftsordnung mit Leistungskraft und Zukunftsfähigkeit in einer Marktwirtschaft, die sozial funktioniert und die auch in der Vergangenheit gezeigt hat, dass sie funktionieren kann. Unser Ziel ist weiterhin die Vollbeschäftigung. Daran arbeiten wir – auch sehr erfolgreich, wie Sie sehen. Unser Ziel ist weiterhin der soziale Fortschritt. Daran arbeiten wir auch hier im Land mit den GRÜNEN. Das werden wir auch in den nächsten Jahren tun. Unser Ziel ist weiterhin: kein Schuldenstaat. Daran werden Sie uns nicht hindern. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall CDU und einzeln BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Pentz. – Das Wort hat Herr Abg. René Rock, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten, Seligenstadt.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt müssen wir aber nicht jeden Ort Hessens erwähnen!)

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist immer gefährlich, wenn zu einer differenzierten Debatte in der Sache der Generalsekretär einer Fraktion oder einer Partei spricht. Dann ist in der Debatte nicht mit zu viel inhaltlichem Engagement zu rechnen, sondern eher ein bisschen mit einer groben Kante. Das haben wir jetzt wieder erlebt; daran möchte ich mich nicht beteiligen. Das spricht für sich.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Freien Demokraten haben sich sehr intensiv an der Debatte über die Frage, wie sich die Gesellschaft weiterentwickeln sollte, beteiligt. Das hat die SPD nunmehr aufgerufen und zu einem Tagesordnungspunkt erhoben. Wir halten es für eine außerordentlich wichtige Debatte; und ich kann auch nur allen Fraktionen, die so ein bisschen in der Vergangenheit verhaftet sind, zurufen, sich einfach einmal zu lösen und mehr mit den Problemen der Gegenwart zu beschäftigen.

Nur einmal zur Erinnerung: Als die Hartz-Gesetze in Deutschland gemacht worden sind, stand Deutschland als „kranker Mann Europas“, mit seiner Massenarbeitslosigkeit, mit dem Rücken zur Wand. Damals gab es einen großen politischen Konsens. Es waren nicht nur die GRÜNEN und die SPD, die im Deutschen Bundestag für diese Gesetze eine Mehrheit hergestellt haben, sondern es waren auch die Union und die Freien Demokraten, die diesen Gesetzen eben auch im Deutschen Bundesrat zu einer Mehrheit verholfen haben. Warum ist das damals passiert? – Weil wir in Deutschland einen Reformstau hatten, der abgearbeitet werden musste; und zu dieser Zeit waren diese Gesetze angemessen und richtig. Im Kontext dieser Zeit muss man diese Gesetze bewerten und einordnen; und alles andere ist ein Stück weit Geschichtsklitterung und führt nicht zum Ziel.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben heute eine Realität, dass der Chef der Arbeitsagentur in Hessen sagt: Wir haben in Hessen nur noch Sucharbeitslosigkeit. Wir haben das erste Mal seit Langem einen signifikanten Rückgang bei der Langzeitarbeitslosigkeit, weil Unternehmen bereit sind, Menschen einzustellen, die sie früher nicht eingestellt haben. Man kann über Instrumente nachdenken, wie man Menschen in einer solchen Situation unterstützen kann.

Wir wissen heute, dass wir momentan 3,7 Millionen Menschen haben, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, und dass es in weniger als zwölf Jahren nur noch 3,2 Millionen Menschen sein werden. Diese 3,2 Millionen Menschen müssen dann eine höhere Wertschöpfung haben, weil wir nämlich zu diesem Zeitpunkt nur noch zwei Arbeitnehmer haben, die einen Rentner finanzieren. Wenn wir das alles wissen, wenn uns das klar ist, sind diese Debatten wichtig. Wir haben nicht mehr viel Zeit, dafür zu sorgen, dass unser System leistungsfähig bleibt. Ein „Weiter so“ ist zu wenig.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir wissen, dass jede Umfrage, die wir in unserem Land durchführen, uns zurückspiegelt, dass die Menschen zurzeit glauben, dass dieses Land auseinanderfällt, es ungerechter wird, Vermögen und Einkommen ungerecht verteilt sind. Diese Botschaft wird an uns zurückgesendet.

Wir stellen fest, dass wir ein immer höheres Maß unseres Sozialprodukts im Sozialbereich ausgeben. Wir geben fast 900 Milliarden € im Sozialbereich aus. Die Sozialausgaben steigen in unserem Land überdurchschnittlich schneller an als die Steuereinnahmen. Deren Anteil wird also immer größer. Der Rentenzuschuss aus der Steuer hat mittlerweile bald 100 Milliarden € erreicht. Trotzdem empfinden die Menschen unser Land als immer ungerechter.

Dann muss man doch diese Debatte führen. Dann muss man doch diese gesellschaftspolitische und nicht rein auf

Sozialstaatsinstrumente orientierte Debatte führen. Die Frage lautet doch: Warum empfinden die Menschen unser Land als immer ungerechter? – Ich kann Ihnen die Antwort dazu geben, zumindest eine Teilantwort: Weil die Chancen immer ungerechter verteilt werden, weil die Möglichkeiten für die Menschen immer ungerechter verteilt werden.

(Beifall Freie Demokraten)

Darum ist es so wichtig, über den Sozialstaat nachzudenken. Dabei stellen wir Freie Demokraten den Menschen in den Mittelpunkt, die Chancen des Menschen und nicht des Systems. Das System ist uns völlig egal. Kollege Pürsün hat es gesagt: Die Egoisten von Behörden sind uns völlig egal. Uns ist wichtig, dass die Menschen die Möglichkeit bekommen, wieder an der Gesellschaft zu partizipieren, und nicht durch Sozialmaßnahmen ruhig gestellt werden.

(Beifall Freie Demokraten)

Natürlich ist uns klar, dass das nicht auf jeden Menschen zutrifft. Wir müssen auch für die Menschen, die eben nicht die Möglichkeit haben, sich aus eigener Kraft zu beteiligen, angemessene menschenwürdige Lösungen finden. Darum sind wir der Meinung, dass Solidarität natürlich auch eine Bedürftigkeit voraussetzt. Solidarität und Bedürftigkeit gehören aus unserer Sicht zusammen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Rock, Sie müssen zum Schluss kommen.

René Rock (Freie Demokraten):

Darum ist diese Debatte wichtig gewesen. Darum ist diese Debatte, das glaube ich auch, an dieser Stelle richtig platziert. Vielen Dank an die SPD für die Möglichkeit, uns hier noch einmal auszutauschen. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Abg. Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Sozialstaatsversprechen ist elementarer Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Wir tun alle gut daran, dieses Sozialstaatsversprechen immer wieder neu zu überprüfen, immer wieder zu erneuern und vor allem dafür zu sorgen, dass wir alle dieses Sozialstaatsversprechen auch halten können.

Die Menschen in unserem Land müssen sich darauf verlassen können, wenn sie in einer schwierigen Lebenssituation sind, ob verschuldet oder unverschuldet, wenn sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenn sie in sozial schwierigen Verhältnissen aufwachsen oder in sozial schwierige Verhältnisse gekommen sind, dass dieser Staat ihnen hilft, ihnen Unterstützung gibt und ihnen eine zweite Chance und neue Perspektiven eröffnet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und einzeln CDU)

Deshalb ist es richtig, dass wir regelmäßig prüfen, ob wir dieses Versprechen: „Wer in Schwierigkeiten ist, dem wird

geholfen“, durch die Art, wie wir den Sozialstaat organisieren, tatsächlich einhalten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr richtig!)

Wir haben uns viel zu lange damit beschäftigt, ob das, was vor 15 Jahren unter der Überschrift „Agenda 2010“ formuliert war, jetzt in Stein gemeißelt war oder nicht. Ich sage ausdrücklich: Es ist natürlich nicht in Stein gemeißelt. Der Sozialstaat muss zu jeder Zeit die richtigen Antworten geben. Man muss auch die Kraft haben, Fehler benennen zu können, die vielleicht vor 15 Jahren gemacht wurden, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

So richtig es vor 15 Jahren war, das Prinzip des Förderns, des Ermutigens und des Empowerments, wie man das neu-deutsch sagt, Menschen ohne Arbeit in den Mittelpunkt zu stellen, ihnen Förderangebote zu machen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr richtig!)

genauso richtig ist es heute, zu fragen, ob das Prinzip von Bedürftigkeitsprüfungen, teilweise von Sanktionen tatsächlich auch noch auf alle Menschen passt.

Ich habe absolutes Verständnis, wenn ein 60-Jähriger oder eine 60-Jährige, der oder die arbeitslos wird und fünf Jahre lang das volle Instrumentarium des Förderns und Forderns zu spüren bekommt, obwohl eigentlich alle wissen, dass es wahrscheinlich eine Perspektive in den ersten Arbeitsmarkt nicht mehr gibt, nach der Sinnhaftigkeit fragt. In so einem Fall beschäftigten wir den 60-Jährigen oder die 60-Jährige und deren Berater mit etwas, von dem alle wissen, dass es nicht sinnvoll ist. Meine Damen und Herren, das muss überprüft werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

Ich habe jedes Verständnis für die Alleinerziehende, die fragt, ob dieses System des Förderns und Forderns eigentlich richtig austariert wird. Das Problem der Alleinerziehenden ist oft nicht, dass sie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen will. Ihr Problem ist auch nicht, dass es kein Weiterbildungsangebot gibt, das sie gerne machen will. Ihr Problem ist, dass sie vielleicht das Kinderbetreuungsangebot nicht hat, damit sie das Weiterbildungsangebot wahrnehmen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dass diese Alleinerziehende sagt: „Überprüft bitte einmal das Sozialstaatsversprechen“, finde ich absolut berechtigt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wenn eine Rentnerin oder ein Rentner sagt: „Ich habe das ganze Leben gearbeitet und bekomme jetzt genauso viel wie Menschen, die das nicht getan haben“, dann ist es absolut berechtigt, wenn diese Menschen fragen, ob wir nicht dieses Sozialstaatsversprechen überprüfen müssen. In dieser Frage gibt es absolut Handlungsbedarf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, das Sozialstaatsversprechen muss dann aber mehr als ein Versprechen sein.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, da bin ich sehr gespannt, wann und ob wir die Vorschläge, die Sie heute mit sehr viel Verve im Hessischen Landtag dargestellt haben, irgendwann einmal auch im Gesetzblatt des Bundes finden werden. Nur das hilft den Menschen wirklich, wenn die Bundesregierung all die Maßnahmen, über die geredet wurde, auch tatsächlich umsetzt und sie im Gesetzblatt stehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Herr Schäfer-Gümbel, vom Versprechen allein wird noch kein Sozialstaat besser.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, daran werden wir Sie messen. Eine Debatte im Hessischen Landtag einmal mehr über das, was die SPD in der Bundesregierung nicht durchsetzt, das bringt nun wirklich niemandem etwas. Das bringt auch den Sozialstaat nicht weiter. Herr Schäfer-Gümbel, ich nehme Ihnen dieses Engagement für dieses Thema ab. Nur, die Verve des Auftritts, die Sie heute gezeigt haben, steht in keinem Verhältnis zu dem, was Sie real in der Bundesregierung bewirken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Weil Sie es angesprochen haben: Da sind mir Mitglieder der Landesregierung, die das tun, was sie sagen, sehr viel lieber als eine Partei, die auf Bundesebene immer nur ankündigt, aber nicht liefert. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Das Wort hat der Abg. Richter, AfD-Fraktion.

Volker Richter (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre hier Dinge, die ich sehr spannend finde. Sozialstaatsversprechen – das können Sie nur dann versprechen, wenn andere das Geld verdienen. Sie können hier als Politiker überhaupt nichts versprechen. Wenn da draußen die Unternehmen das Geld nicht erwirtschaften, dann kann die Politik nicht handeln.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Arbeitnehmer liefern das Geld und nicht die Unternehmen!)

Das ist eines der größten Probleme. – Auch dazu komme ich noch: Zu den Unternehmen gehören Arbeitnehmer, selbstverständlich. Da bin ich an einem Punkt, der ganz wichtig ist. Ich danke dem Kollegen von den LINKEN, der das richtigerweise sagt. – Da lehnen Sie sich zurück, prima.

Ich bin an dem Punkt, dass die Harz-IV-Gesetze damals von einer CDU-Regierung niemals so durchgesetzt worden wären, wie sie von einer SPD-Regierung durchgesetzt worden sind. Die SPD-Opposition hätte diese Harz-IV-Gesetze niemals durchgewunken.

Ich muss sagen, ich hatte damals mit meiner Selbstständigkeit zu tun, und ich hatte mit den Scheinselbstständigkeitsgesetzen zu tun, die damals so unausgegoren waren, dass ich gesagt habe: Die SPD kommt für mich als Partei nie wieder infrage.

(Beifall AfD)

Ich kann Ihnen sagen, dass diese Gesetzgebung dazu geführt hat, dass eine große Reihe von Kleinunternehmern diejenigen gewesen sind, die man gebeutel hat, und die Großen hat man laufen lassen. Sie haben es aber anders verkauft.

Wir stehen heute vor einer ähnlichen Problematik, weil die SPD einen weiteren Fehler gemacht hat. Die SPD hat sich so nahe an die Gewerkschaften herangerobbt – ich sage es einmal so –, dass die Gewerkschaften als eigenständige Position in dieser Gesellschaft gar nicht mehr vorkommen.

(Zuruf Elke Barth (SPD))

Ich sehe hier ein großes Problem; ich habe es vorhin schon angesprochen. Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften haben über Jahrzehnte den sozialen Frieden gesichert. Sie diskutieren heute über Mindestlöhne, die mit funktionierenden Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gar nicht notwendig wären. Wir müssten diese Diskussion nicht führen. Wir führen sie aus einem einzigen Grund: weil die SPD sich schlicht und einfach zu stark mit den Gewerkschaften verbrüder hat und die Gewerkschaften sich zu sehr politisiert haben.

(Beifall AfD)

Ich war lange genug Gewerkschafter. Ich habe die Umstellung aus der IG Druck und Papier in die IG Medien damals erlebt. Ich habe erlebt, wie unterschiedlich die Gewerkschaften agieren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist lange her!)

– Das ist lange her, aber es hat den Fehler im System begründet. – Der Fehler im System war dadurch begründet, dass die Gewerkschaften den Kern verloren haben, nämlich den Bezug zu ihren Arbeitnehmern.

(Beifall AfD)

Aus den Arbeitgeberverbänden sind sehr viele herausgegangen. Wir sehen das auch in Hessen. Dadurch funktioniert die Tarifautonomie nicht mehr, und Sie müssen auf diese Art und Weise mit Mindestlöhnen reagieren. Wir hätten dieses Problem nicht.

Ich wünsche mir wirklich stärkere Gewerkschaften, die nicht politisch diskutieren, die nicht politisch losgehen und wie irgendwelche Parteien demonstrieren, sondern die schlicht und einfach die Arbeitnehmer, für die sie da sind, vertreten. Das ist ihr Job, überparteilich und nichts anderes.

(Beifall AfD – Zuruf Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Ob der Arbeitnehmer in der AfD ist, ob der Arbeitnehmer in der CDU ist, ob der Arbeitnehmer bei den LINKEN ist, das hat die Gewerkschaft nichts anzugehen. Die Gewerkschaft hat sich um diese Belange zu kümmern. Aber da die

Gewerkschaft das seit Langem nicht mehr macht, verliert sie nach und nach immer mehr Mitglieder und ist nicht mehr in der Lage, die Löhne so durchzusetzen, wie sie sie durchsetzen müsste.

(Beifall AfD)

Das kommt am Ende bei einem Sozialstaatsversprechen heraus, wenn man – ich bin wieder bei der Mottenkiste – mehr oder weniger in den Sozialismus übergeht. Ich hatte in meiner ersten Rede – –

(Lachen DIE LINKE)

– Wir sind auf diesem Weg.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Harz IV ist Sozialismus? Das behauptet noch nicht einmal die CDU! – Glockenzeichen)

Schauen Sie sich an, wie stark die Gemeinden, die kommunale Selbstverwaltung, verschuldet sind. Wir haben darüber gesprochen. Übrigens hat auch DIE LINKE darüber gesprochen. Wenn wir jetzt in eine rezessive Phase kommen – ich erwähne es noch einmal –, dann haben wir alle ein massives Problem.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Dann können Sie mit diesem Sozialstaatsversprechen zwar hier punkten und vielleicht die Zuschauer in irgendeiner Form blenden. Aber überzeugen werden Sie niemanden mehr; denn wir sind insgesamt finanziell auch als Staat am Limit.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie wissen schon, dass es Haushaltsüberschüsse gibt?)

Wir lösen das nur – das ist mein Abschluss –, indem wir in Forschung und Technik mehr investieren und neue Industriezweige hervorbringen. Eine Reichensteuer mag Ihnen Zeit bringen. Aber mehr bringt sie nicht; denn wenn das Geld verbraucht ist, ist es verbraucht. Die Reichen haben das Geld schließlich nicht auf dem Konto liegen, sondern es ist in Maschinen, Grundstücke usw. investiert.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Volker Richter (AfD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren – damit bin ich auch am Schluss –, die Gewerkschaften mitsamt den Arbeitgeberverbänden zu stärken, wäre ein tolles Sozialstaatsversprechen. – Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Richter. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Debatte angekommen.

Was machen wir? Ausschuss, oder stimmen wir ab?

(Günter Rudolph (SPD): Abstimmung!)

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 20/173. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rock, bitte sehr.

(Zuruf: Lenders!)

– Herr Kollege Lenders. Ihr müsst euch entscheiden.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Die Zuständigkeiten haben sich ein bisschen verändert. – Herr Präsident, wir beantragen die Einzelabstimmung der Punkte.

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, das erfordert die intellektuelle Leistung aller.

(Zuruf: Namentliche Abstimmung!)

– Es gibt Einzelabstimmung, aber keine namentliche Abstimmung. – Wir stimmen über die Einzelpositionen ab.

Wer stimmt Punkt 1 zu? Den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP, SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Die AfD. Damit abgelehnt.

Wer stimmt Punkt 2 zu? – SPD und AfD. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Abgelehnt.

Wer stimmt Punkt 3 zu? – SPD und FDP. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und die fraktionslose Kollegin. Wer enthält sich? – DIE LINKE. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 4. Wer stimmt zu? – SPD, AfD und FDP. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer enthält sich? – Die fraktionslose Kollegin. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 5. Wer stimmt zu? – SPD, FDP und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Die AfD und die fraktionslose Kollegin. Damit abgelehnt.

Wer stimmt Punkt 6 zu? – SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und die fraktionslose Kollegin. Damit abgelehnt.

Wer stimmt Punkt 7 zu? – SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – AfD, FDP und die fraktionslose Kollegin.

(Alexandra Walter (fraktionslos): Ich war dagegen!)

– Sie waren dagegen. – Damit ist Punkt 7, und der Antrag in Gänze, abgelehnt. Punkt 23 ist erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Erste Lesung

Gesetzentwurf

**Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten
Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder-
und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB)**

– **Drucks. 20/127** –

Der Gesetzentwurf wird eingebracht vom Kollegen René Rock, Fraktionsvorsitzender der FDP.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich will noch einmal den Titel des Gesetzes etwas erläutern, weil er nicht aussagekräftig ist. Es geht um die Installierung eines Landeselternbeirats für unsere Betreuungseinrichtungen im Land Hessen.

Es war schon einmal Thema in der letzten Legislaturperiode. Warum setzen wir das erneut auf die Agenda? – Weil wir der Auffassung sind, dass sich an der Dringlichkeit dieser Initiative nichts geändert hat, und weil wir den Druck hoch halten wollen für dieses aus unserer Sicht wichtige Thema.

(Beifall Freie Demokraten)

Warum ist uns dieses Thema so wichtig? Lassen Sie mich einmal kurz zurückblenden. Vor zehn bis 15 Jahren war die Betreuungslandschaft in unserem Land eine komplett andere. Die Situation in den Familien ist in der Mehrheit komplett eine andere als heute. Mit der Möglichkeit der Ausweitung der U-3-Betreuung und der massiven Ausweitung der Ganztagsbetreuung in unseren Kindergärten hat es in den letzten Jahren eine signifikante Änderung der Situation der Familien in unserem Land gegeben. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Heute ist es so, dass über zwei Drittel aller Kinder, die in unserem Land in eine Kindertagesstätte gehen, bereits in eine sogenannte Ganztagskindertagesstätte gehen. Sie werden also über den Mittag hinaus betreut. In manchen Bereichen haben wir im letzten Krippenjahr ähnliche Zahlen wie in den Kindertagesstätten. Also 80 oder 90 % der Kinder gehen in eine Krippe. Wir sollten die Situation in Hessen heute mit der Situation vor wenigen Jahren vergleichen. Ich darf als Beispiel einmal meine Heimatstadt anführen. Da gab es vor 15 Jahren zwölf Krippenplätze. Sechs davon waren fest an das Krankenhaus vergeben. Es gab sechs Krippenplätze in einer Kommune mit 20.000 Einwohnern.

Heute gibt es annähernd 200 Krippenplätze. Es gibt ein riesiges Angebot an Ganztagsbetreuung. Das war vorher undenkbar. Die Betreuung an den Grundschulen wurde ausgebaut. Wir haben in den letzten zehn bis 15 Jahren eine komplette Veränderung dieser Struktur erlebt.

Deshalb müssen wir auch hinsichtlich der Frage reagieren, wie die Eltern die Erziehungspartnerschaft leben können. Denn die Eltern haben sich nicht verändert. Es gibt das Bedürfnis der Eltern, auf die Erziehung ihrer Kinder einzuwirken. Es gibt das Bedürfnis der Eltern, sicher sein zu können, dass ihre Kinder in diesen Betreuungseinrichtungen unterstützt werden. Sie wollen weiterhin Einfluss auf die Situation haben. Das sind Urinteressen der Eltern. Deshalb müssen wir der Partizipation und dieser Erziehungspartnerschaft einen viel größeren Rahmen geben. Wir müssen an dieser Stelle aktiv wirken. Wir müssen diesen Eltern diese Möglichkeiten geben.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Ein Schritt, nicht mehr als nur ein Schritt, soll dieses Gesetz sein, das wir zusammen mit der Fraktion der Sozialdemokraten vorschlagen. Es soll den Eltern die Möglichkeit geben, ein legitimes Sprachrohr auf der Ebene der Jugendämter zu haben, also auf der Ebene, auf der die Qualitätsstandards gesetzt werden. Das soll es aber auch bei uns im Hessischen Landtag geben, um sicherzustellen, dass die Interessen der Eltern von uns ausreichend in unseren politischen Vorhaben berücksichtigt werden können.

Es soll eine legitime Vertretung aller Einrichtungen, aller Kinder in diesen Einrichtungen und der Eltern geben, die die Kinder in diese Einrichtungen gegeben haben. Das wäre hinsichtlich der Frage der Partizipation der Eltern ein absoluter Fortschritt bei diesen politischen Diskussionsprozessen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Lassen Sie mich noch einen anderen Aspekt beleuchten. Sie wissen, dass ich in Hessen über 100 Kindertageseinrichtungen besucht habe. Dort bin ich auf eine Erzieherin getroffen, die mich gefragt hat –

(Unruhe – Günter Rudolph (SPD): Was soll denn das?)

– Ich glaube, das, was aus den Reihen der CDU kommt, spricht für sich. – Ich glaube, es ist wichtig, dass ich Ihnen das noch einmal mitgebe. Die Erzieherin, die auf mich zukam, war hoch engagiert und stellvertretende Leiterin einer Kindertageseinrichtung. Sie hat mich gefragt: Was sind Ihnen in Wiesbaden und was sind uns unsere Kinder eigentlich wert? – Was sind uns unsere Kinder wert?

Ich glaube, jeder hier, vielleicht mit einigen wenigen Ausnahmen, würde antworten: alles. Unsere Kinder sind uns alles wert.

(Beifall Freie Demokraten, Torsten Warnecke und Dr. Daniela Sommer (SPD))

Ich denke zuerst einmal an mein Kind. Aber wir müssen an jedes Kind denken. Deswegen ist die Frage der Qualität hinsichtlich der Chancen der Kinder entscheidend. Ich bin gespannt, ob der neue Sozialminister, der jetzt zuständig ist, einen anderen Ton als der alte Sozialminister anschlägt. Der ehemalige Sozialminister stand mit dieser Thematik auf Kriegsfuß. Das haben wir alle hier noch in Erinnerung.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Nach Ansicht der Freien Demokraten brauchen wir in dieser Legislaturperiode ein Drittel mehr Erziehungskräfte in diesen Einrichtungen. Das allein zusammen mit den Qualitätsverbesserungen würde über fünf Jahre in der Endausbaustufe rund 750 Millionen € mehr kosten. Das ist eine gigantische Summe, die man erst einmal aufbringen muss.

Vielleicht kommen jetzt Zwischenrufe aus der Regierung: Das ist unfassbar, das kann man nicht bezahlen. – Sie haben mit der kostenlosen Betreuung in unserem Land über Nacht ein Wahlkampfgeschenk in Höhe von 350 Millionen € zur Verfügung gestellt und haben damit versucht, die Wahl zu gewinnen. Da hat das Geld überhaupt keine Rolle gespielt. Sie haben es einfach besorgt.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist immer so!)

Aber ich möchte noch einmal an Sie appellieren, gerade an die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN. Wir reden über Chancen. Wir reden über die Chancen junger Menschen. Wie gesagt, ich habe über 100 Kindertagesstätten besucht. Ich habe Kindertagesstätten besucht, die in Milieus lagen, in denen es eine Wählerklientel wie z. B. bei den GRÜNEN gibt, die ein besseres Einkommen haben. Sie lassen dort ihre Kinder betreuen.

Ich habe einen signifikanten Unterschied in der Qualität der Einrichtungen gesehen, und zwar zwischen Milieueinrichtungen und denen, die in Brennpunkten lagen. Da gibt

es einen gigantischen Unterschied. Wer nicht in die Qualität investiert, der versündigt sich an diesen Kindern und tritt die Chancengerechtigkeit in unserem Land mit Füßen. Sie haben hier die Verantwortung. Handeln Sie.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vielleicht halten Sie es für die richtige Politik, dass die Leute, die sehr gut verdienen und in ihren Milieus leben, jetzt keine Gebühren mehr bezahlen müssen. Wenn Sie das für die richtige Politik halten, dann sorgen Sie dafür, dass auch die Kinder, die nicht in diesen Milieukindergärten sind, sondern in welchen, in denen es wirklich Herausforderungen gibt und in denen man resilient sein muss, wenn man am Ende das Abitur ablegen will, eine Chance bekommen. Investieren Sie in die Qualität. Sonst werden Sie sich als GRÜNE des Vorwurfs des Wohlstandspopulismus nicht mehr erwehren können. Denn das ist eine signifikante Frage nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Rock, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

René Rock (Freie Demokraten):

Ich fasse es in einem Satz zusammen. Sie haben drei Möglichkeiten. Die erste ist: Sie stimmen unserem Gesetzentwurf zu. Sie hätten damit Anteil an diesem Gesetz. Ihr Fraktionsname käme mit drauf.

Die zweite Möglichkeit ist, dass Sie es ablehnen und etwas Gleichlautendes einbringen. Das würde den gleichen Erfolg für die Menschen in Hessen bringen.

Die dritte Möglichkeit ist, dass Sie uns endlich sagen, wann Sie einen eigenen Gesetzentwurf einbringen werden. Dann könnten wir uns darauf einstellen. Ansonsten werden wir Sie mit diesem Thema nicht in Ruhe lassen. Es ist eines der wichtigsten Themen, das die Eltern in unserem Land umtreibt. Das werden wir auf den Punkt bringen. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Rock, vielen Dank. – Ich bin immer wieder darüber fasziniert, wie ein letzter Satz aussehen kann. Alle Achtung.

Das Wort hat Herr Kollege Scholz für die AfD-Fraktion.

Heiko Scholz (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen, liebe Jugend auf der Tribüne! Die Förderung junger Ehen und der Familie sowie die frühkindliche Bildung stehen für die AfD an vorderster Stelle. Art. 6 Grundgesetz ist uns somit ein Herzensanliegen. Abs. 2 lautet:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. ...

Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch regelt ausschließlich die Betreuung der Kinder und Jugendlichen

in Tageseinrichtungen kommunaler, kirchlicher und freier Träger. Die Betreuung der Kinder durch die Eltern in ihrer gewohnten Umgebung findet leider keinerlei Beachtung. Dabei ist erwiesen, dass gerade Kinder unter drei Jahren am effektivsten in ihren Familien gefördert werden, da sich ihr Lernen und ihre Entwicklung sehr stark beziehungsbezogen vollziehen.

(Beifall AfD)

Es fehlt leider in diesem Gesetz jeglicher Ansatz, der eine Unterstützung derjenigen Eltern vorsieht, die sich frei von jeglichen finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit und Erwerbspause entscheiden können.

Wir erwarten, dass das Land Hessen die elterliche Betreuung genauso wertschätzt und unterstützt wie Kitas und Tagesmütter.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Kommen wir zurück auf den Gesetzentwurf. Beide Vorlagen, erst der Vorstoß von der FDP, dann in Zusammenarbeit mit der SPD, wurden am 21. Juni 2018 abgelehnt. Sie haben diesen Text eigentlich unverändert wieder vorgelegt.

Die vielfältigen Anregungen und Bedenken aus der öffentlichen Anhörung, die ich sehr genau verfolgt habe, und den schriftlichen Stellungnahmen von Verbänden und Institutionen – auch der Landesarbeitsgemeinschaft Kita-Eltern – finden in Ihrem erneuten Vorstoß leider wenig, eher keine Beachtung. Dass Sie mich nicht falsch verstehen: Der Vorstoß der FDP ist sehr sinnvoll und richtig. Dieser Vorschlag hätte auch von der AfD kommen können.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos) – Zuruf)

– Moment, ich bin noch nicht fertig. Doch, doch. – Ein echtes Mitsprache- und Gestaltungsrecht steht den Eltern aus verfassungsrechtlicher und moralischer Sicht einfach zu. Daher begrüßen wir grundsätzlich eine Beteiligung der Eltern an den Entscheidungsprozessen, welche die Gestaltung der Betreuung, der Erziehung und – in Grenzen – auch der Bildung betreffen.

Ebenfalls halten wir eine Verankerung der Elternvertretung auf Jugendamtsbezirks- und Landesebene unter bestimmten Voraussetzungen für zukunftsweisend. – Damit aber genug der Zustimmung.

Die Wahl eines demokratisch legitimierten Landeselternbeirates, welcher die Interessen aller Eltern vertreten soll, ist nur dann gegeben, wenn wirklich alle 4.200 Einrichtungen bzw. möglichst alle in den 423 Kommunen miteinander vernetzt sind, Elternbeiräte auf Städte-, Gemeinde- und Jugendamtsbezirksebene flächendeckend gebildet worden sind und damit der notwendige Unterbau, die entsprechende Basis, gebildet worden ist.

Jetzt hat sich an der Situation bis heute nichts Gravierendes geändert. Es gibt eben noch sehr viele nicht funktionierende Elternbeiräte. Darüber müssen wir uns einig sein.

Am besten arbeiten erfahrungsgemäß Elternbeiräte in Einrichtungen privater und kirchlicher Träger, da hier das persönliche Engagement der Eltern besonders hoch ist. In Großstädten – und dort vor allem in den Brennpunktbezirken, Sie sprachen es gerade an, Herr Kollege Rock –, sieht es gar nicht so rosig aus. Hier sind Kitas und Krippen leider oft nur reine Aufbewahrungsstationen: Die Kinder werden früh hingebacht und abends wieder abgeholt. Ein Inte-

resse dieser Eltern an einer Mitarbeit oder Kooperation erwartet man oft vergebens. Auch das ist leider eine Realität, der wir uns einfach stellen müssen.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Dies liegt – das müssen Sie sich anhören – natürlich nicht selten an dem überproportionalen Migrationsanteil,

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Schwachsinn!)

der, wie an unseren Schulen, nachweislich teils zwischen 70 % und 100 % liegt.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos) – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

In Großstädten wie Frankfurt ist das die Regel.

Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ist es wichtig, in Gruppen mit möglichst geringem Migrationsanteil betreut zu werden. Wie sollen diese Kinder in unsere Gesellschaft integriert werden, wie bitte die deutsche Sprache fehlerfrei erlernen, wenn überwiegend Türkisch oder Arabisch gesprochen wird? Der Deutsche Philologenverband bzw. Herr Meidinger machte darauf schon 2017 aufmerksam.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Eltern. Für sie ist dieser Zustand ebenfalls integrationshemmend. An derartigen Einrichtungen wird es also schwer werden, gut funktionierende Elternvertretungen aufzubauen. Strukturprobleme sind da, um sie zu lösen, nicht, um sie zu verstärken. Da müssen wir ran.

Auch der Heterogenität der Elternschaft an vielen Einrichtungen – Sie sagten es auch schon –, bezogen auf das Bildungsniveau, sozialen Status, religiöse und politische, weltanschauliche Überzeugungen, ist Rechnung zu tragen.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

All diesen Interessenlagen gerecht zu werden und eine gewisse Professionalisierung der Elternvertretungen zu erreichen, ist eine echte Mammutaufgabe und kann nur unter professioneller Anleitung erfolgen.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Das muss auch für die Schulungen der Elternbeiräte gemäß Abs. 7 Ihres Entwurfs gelten. Sie wollen die Verantwortung dafür jedoch in die Hände der Landeselternvertretungen legen, und diese können dann nach eigenem Ermessen auch Dritte beauftragen – wer immer das auch ist, Sie werden dort nicht konkret.

Die inhaltliche Gestaltung dieser Schulungen setzt jedoch eine gründliche, vorausgehende und stetige Evaluation, z. B. durch Elternbefragungen, voraus. Hierbei ist vor allem sicherzustellen, dass diese Schulungen politisch neutral, ideologiefrei und mit einem hohen Qualitätsanspruch erfolgen. Wir erwarten dazu im Gesetzestext eine entsprechend klare Aussage.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Dann wäre noch zu klären, was denn „angemessene Mittel“ nach Abs. 5 wären, die man den Elternvertretungen zukommen lassen will. Eine solch unkonkrete Pauschalzusage können wir nicht mittragen. Den lapidaren Hinweis „nach Maßgabe des Haushalts“ erachten wir als unzureichend.

Die LAG Kita-Eltern Hessen e.V., mit der ich mich sehr genau befasst habe, wurde mit der Aufgabe betraut und finanziert – ich glaube, es ging in die Richtung 50.000 € –, um den notwendigen Unterbau und die entsprechend nachhaltigen Strukturen zu schaffen. Das gilt es unbedingt weiter zu unterstützen. Man sollte ihnen jedoch entsprechend Zeit geben, ein bis eineinhalb Jahre wären sicherlich angemessen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Heiko Scholz (AfD):

Ich komme zum Ende. – Der vorliegende Gesetzentwurf lässt noch viele Fragen offen, ist leider noch unausgereift und verfrüht. Die AfD lehnt diesen Gesetzentwurf in dieser Form ab. Wir sind aber bereit, an einem neuen Gesetzentwurf mitzuwirken und mitzuarbeiten.

(Beifall AfD und Alexandra Walter (fraktionslos) – Zuruf)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das war die erste Rede des Kollegen Scholz. Dazu herzlichen Glückwunsch.

(Beifall AfD, vereinzelt CDU, SPD und Alexandra Walter (fraktionslos))

Das Wort hat Frau Kollegin Böhm, Fraktion DIE LINKE.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja klar, wir wollen auch eine Landesvertretung der Eltern zu frühkindlicher Bildung. Das war schon in der letzten Legislaturperiode in der Diskussion. Darüber scheint auch kein Dissens zu bestehen; die Frage ist eher, wie diese Vertretung aussehen soll.

Eltern müssen mitreden können, wenn es um die Ausgestaltung der Kinderbetreuung geht, und sie müssen auch gegenüber der Landesregierung deutlich machen, dass sie eine Kita-Betreuung mit einer hohen Qualität erwarten und dass die Kitas sowie die Kommunen so ausgestattet werden müssen, dass die Kita-Betreuung gut und möglichst kostenlos ist.

(Beifall DIE LINKE)

Sie müssen auch ihre Interessen bezüglich der hessischen Umsetzung des Nicht-ganz-so-gute-Kita-Gesetzes deutlich machen können. Hier sind natürlich auch Erzieherinnen und Träger gefragt und müssen nicht nur angehört werden. Ich denke, das ist eine klare Position.

Ich habe einige Dinge gehört, die mich doch ein bisschen aus der Fassung gebracht haben. Ganz wichtig ist, dass Kinder von Kindern lernen. Diese hier geäußerten Theorien von der frühkindlichen Bindung sind sehr abstrus: Bindung kann man auch zu Erzieherinnen und Erziehern, zu Lehrkräften bzw. zu dritten Personen entwickeln. Es ist auch unser Interesse, eine gute Qualität in den Kindertagesstätten zu haben, sodass auch gerade über Bindung und Beziehung eine gute pädagogische Arbeit geleistet werden kann. Die Vorstellung, dass Bindung nur zu Eltern passiert

– ich weiß nicht, aus welcher Mottenkiste der Pädagogik das herausgeholt worden ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin froh, dass Kinder von Kindern lernen, weil Kinder von Kindern lernen, dass Kinder vielfältig und interessiert und neugierig auf die Welt sind. Ich finde auch gut, wenn Kinder von Kindern ein paar Worte Türkisch oder Arabisch lernen, neben dem Deutsch, das sie natürlich in der Kita lernen. Ich denke, das erweitert eher den Horizont. Ich würde es manchen Abgeordneten wünschen, in eine solche Kita gegangen zu sein, in der sie auch gelernt hätten, wie man mit Menschen anderer Herkunft umgeht, wie man miteinander umgeht und wie man eine soziale Gesellschaft aufbaut.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich denke, diese Lernprozesse sind in den Kitas wichtig. Da können Kinder eine Menge lernen. Ich bin froh, wenn wir Kitas mit ganz unterschiedlichen Kindern und ganz unterschiedlichen Eltern haben, die durchaus alle in der Lage sind, sich an der Mitwirkung der Eltern in Kitas zu beteiligen.

Wir haben jetzt diesen Gesetzentwurf, der uns vorliegt. Es wurde ja schon gesagt, er sei nur in Kleinigkeiten anders als der Änderungsantrag, den wir in der letzten Wahlperiode vorliegen hatten. Es gibt noch eine Begründung; aber es gibt jetzt nichts wirklich Neues. Ich kann gut nachvollziehen, dass – wie Herr Rock gesagt hat – jetzt ein Druck ausgeübt werden soll, dass diese Elternvertretung endlich eingeführt werden soll. Allerdings sollten wir schon darauf schauen, dass diese Elternvertretung sinnvoll und konstruktiv von der Basis her aufgebaut werden kann. In der Anhörung wurde damals ein schrittweises Vorgehen vorgeschlagen, um beim Aufbau flächendeckender Strukturen in Hessen eine gute Beteiligung hinzubekommen.

Die LAG Kita-Eltern Hessen, die vorhin schon genannt wurde, hat damals vorgeschlagen, dass eine mögliche Maßnahme etwa die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Elternvertretern, Experten, kommunalen und Trägerverbänden sowie Jugendamt und Ministerium wäre. Ich frage die Landesregierung: Ist diese Arbeitsgruppe bereits eingerichtet worden? Ist in dieser Frage etwas passiert? Sind in diesem Bereich weitere Schritte gegangen worden, oder soll dieses Thema auf eine lange Bank geschoben werden? – Ich bin gespannt auf die Antworten. Da teile ich auch die Bedenken von SPD und Freien Demokraten, die ja den Gesetzentwurf eingereicht haben, um das zu forcieren. Ich habe dafür ein gewisses Verständnis.

Es gibt allerdings auch einige Punkte, die ich inhaltlich an dem bisherigen Gesetzentwurf zu kritisieren habe. Ich denke, das kann man auch noch klassifizieren. Es fehlen zurzeit noch die Eltern, deren Kinder bei Tageseltern sind. Es wurden die Bedenken wegen der Zeiträume nicht ausgereäumt; sie werden auch weiterhin als problematisch angesehen. Das Hauptproblem, das ich mit diesem Gesetzentwurf habe, ist: Auf der kommunalen Ebene wird sehr schön ausgeführt, dass die Elternvertretungen vor Entscheidungen zu wesentlichen Angelegenheiten der Bildung, Erziehung und Betreuung, der Bedarfsplanung sowie zu wesentlichen Fragen, die die Kitas betreffen, angehört werden müssen. Aber auf der Landesebene ist diese Formulierung völlig lapidar. Da steht nur:

Die Landeselternvertretung vertritt die Interessen der Eltern gegenüber dem Land in allen wesentlichen die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen.

Hier hat mir auch die Begründung noch nicht weitergeholfen. Ich denke, hier ist es dringend erforderlich, dass es zu einer echten Elternmitwirkung kommt und nicht nur zu einer lapidaren Anhörung oder Meinungsäußerung der Eltern. Hier ist wirklich echte Mitwirkung erforderlich.

Man kann sicher auch einiges aus dem Schulgesetz herausholen und schauen, inwiefern uns das nützt, was die Kostenunterstützung von Eltern anbelangt. Gerade die Beteiligung an einer Landeselternvertretung ist natürlich für Kita-Eltern insgesamt eine kostenintensive Sache. Aber auch zu Fragen wie: „Was ist eine zustimmungspflichtige Maßnahme? Was wären anhörungsbedürftige Maßnahmen?“, erwarte ich, dass dieser Gesetzentwurf weiter qualifiziert wird und dass er wirklich auf den Weg gebracht wird.

Ich denke, unser aller Anliegen sollte es sein, dass es eine funktionierende und gut arbeitende Landeselternvertretung für die frühkindliche Bildung gibt. Deswegen ist auch meine Forderung an die Landesregierung, dass dies schnell in einen vernünftigen und sinnvollen Prozess eingebaut wird. – Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Böhm. – Das Wort hat der Abg. Becher, SPD-Fraktion.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem kleinen, grundsätzlicheren Blick einsteigen. Als jemand, der sich als neuer Abgeordneter auf diese Einbringung vorbereitet hat, kommt man in die Situation, noch einmal ein bisschen sorgfältiger die Protokolle der letzten Legislaturperiode zu lesen und genau hinzuschauen, um diese Debatte zu recherchieren. Vielleicht ist es gerade diesem neuen Blick geschuldet, dass mich ein gewisses Maß an Nachdenklichkeit und Erstaunen überfallen hat, nämlich wie hier ein Dissens leidenschaftlich gepflegt worden ist zu einem Thema, bei dem größte Einigkeit bezüglich des Ziels besteht.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Das Ziel bleibt unstrittig: Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Landeselternvertretung für Kindergärten. So ist es von der Regierungsseite erklärt worden. Dieses Ziel soll durch dieses Gesetz erreicht werden. Wenn man auf diesen Vorgang einmal einen Blick von außen wirft – vielleicht bin ich im Moment noch in der Situation, dass ein Rest von einem Blick von außen übrig ist; das verflüchtigt sich dann ja schnell –,

(Heiterkeit SPD)

dann wünscht man sich, dass eine Gesetzesinitiative, die den rechtlichen Rahmen dafür setzen will, Unterstützung findet und Einigkeit in diesem Haus erreicht werden kann.

Vielleicht liegt ja in meinem Erstaunen darüber, dass das bisher nicht gelungen ist, eine Chance für uns alle, noch einmal neu auf dieses Gesetz zu schauen. Ich bin überzeugt, dass es bei den Bürgerinnen und Bürgern erheblich

zur Akzeptanz von Politik beitragen würde, wenn gut benannte, gemeinsam erkannte Ziele dann auch dazu führen, dass man gemeinsame Anstrengungen unternimmt, um diese Ziele zu erreichen, statt sich im Parteienstreit zu verlieren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Uns ist das jedenfalls sehr wichtig, und deswegen nehmen wir das noch einmal auf. Wir nehmen etwas auf – das wird Sie nicht überraschen –, weil dieser Vorschlag bereits in unserem umfassenderen Gesetzentwurf zur Chancengleichheit und zur Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung eingebettet war. Das ist quasi ein Teilaspekt dessen, dessen Dringlichkeit wir vorher schon formuliert haben.

Vielleicht kann es uns allen auch noch einmal helfen, zu einer Einordnung zu kommen, wenn man sieht, dass das, was hier in Hessen ganz langsam – es wurde eben noch einmal gesagt – endlich organisch wachsen soll, schon lange bis zu einer Bundesebene gewachsen ist. Seit 2014 sind 13 von 16 Bundesländern gemeinsam und demokratisch legitimiert in der Bundeselternvertretung organisiert unterwegs – seit 2014.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Hessen fehlt.

Meine Damen und Herren, darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die Landeselterngemeinschaft jetzt dieses Mandat zur Heilung dieses Fehlers übertragen bekommen hat. Das organisatorische Defizit in Hessen wird hier offenbar, und wir können das jetzt gemeinsam beheben.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Wichtiger noch als diese organisatorische Perspektive sind mir die inhaltliche Bedeutung und die Dynamik, die dieses gesamte Feld der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege erfahren hat. Konzeptionell, pädagogisch, organisatorisch sind in den letzten Jahren Entwicklungen und Veränderungen nötig gewesen, weil es die gesellschaftliche Situation, die Situation von Kindern und ihren Familien herausgefordert haben. Ich kann mich hier den Ausführungen des Kollegen Rock nur anschließen, der das sehr genau auf den Punkt gebracht beschrieben hat.

Als jemand, der bis vor wenigen Monaten für die evangelische Kirche als freier Träger einen Verbund von 20 Kindertageseinrichtungen verantwortet hat – an dieser Stelle möchte ich einmal einflechten, dass wir das nicht besser machen als die kommunalen, sondern solidarisch mit ihnen; sie sind genauso gut bei diesem Thema unterwegs –,

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

habe ich am eigenen Leib diese Dynamik erfahren – mit mehr oder weniger sinnhaften Veränderungen –, mit der man sich beschäftigen musste. Freie Träger, Städte und Kommunen: Wir sind zum Teil überrollt worden, und vielleicht hat der gesellschaftliche Wandel in keinem anderen Bildungssektor dermaßen viele Herausforderungen in so kurzer Zeit hervorgebracht. Wir haben das alles ohne ausreichende Beteiligungsmöglichkeiten für die Eltern geschehen lassen. Das ist ein großer Fehler.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Den gilt es zu beenden. Deshalb liegt diese Gesetzesvorlage auf dem Tisch. Der Mehrwert wird eben nicht nur auf

Länderebene auftauchen, sondern eine organisierte Struktur und Stimme der Elternschaft auf Gemeinde-, Stadt- und Jugendamtsbezirksebene werden für alle Akteure vor Ort ein Qualitätsgewinn sein, weil Beteiligung auch ein Qualitätsmerkmal ist.

„Erziehungspartnerschaft“ muss gestaltet und gelebt werden. Eltern sind ein starkes Gegenüber, um sich in diesem Bereich konzeptionell weiterzuentwickeln. Diese Entwicklung sollten wir uns nicht verbauen. Es ist eine Ermöglichung in diesem Gesetzentwurf, keine Gängelung und keine Pflicht; auch das bitte ich zu beachten.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Verehrte Damen und Herren, ich bin tief genug in der Materie, als dass ich nicht auch die Komplikationen sehen könnte, die eben angesprochen wurden, eine Elternbeteiligung praktikabel zu organisieren.

Wir haben im Trägerverbund der evangelischen Kirche bei uns in Gießen das Prinzip, dass alle Rollen, also auch die der Eltern, in allen internen Gremien und bei allen Entscheidungen vertreten sein müssen, konsequent gelebt und erlebt. Ja, da ist ein häufiger personeller Wechsel durch Wegzug. Ja, da sind dann manchmal hauptamtliche Strukturen zu ehrenamtlichem Engagement nicht so ganz passend. Das ist nicht immer alles im Parallelschwingung. Das hat seine besonderen Herausforderungen. Aber, verehrte Damen und Herren, es ist auch unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen und die Unterstützung zu schaffen, durch die solche Beteiligung möglich wird.

(Beifall Lisa Gnadt (SPD))

Ich will hier anerkennen, dass mit der Förderung der LAG Kita-Eltern Hessen ein wichtiges Signal an die Eltern ausgegangen ist, dass sie als wichtiger Partner für die Weiterentwicklung der frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsangebote gesehen werden. Die Eltern machen da – auch das gehört hier gesagt – eine hoch engagierte und gute Arbeit – auch jetzt schon.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Aber man sollte doch bitte diesem Verein nicht die Bürde auferlegen, ein Netzwerk von unten aufzubauen, das uns als Voraussetzung für eine gesetzliche Regelung dienen soll. Da wird nach meinem Empfinden doch etwas auf den Kopf gestellt. Auch Netzwerkarbeit erhält einen wichtigen Impuls, einen Energieschub, wenn eine rechtliche Verbindlichkeit entsteht, mit der Eltern ihre Kompetenz eingebunden wissen. Das wollen wir tun.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich weiß auch um die Sorge der Elternvertretung, dass in der Gesetzesvorlage Fristen zu eng sind und Beteiligungsrechte unterdeterminiert bleiben. Da sollen und können wir gern noch mal hinschauen und, wenn nötig, nachbessern. Ich vermute, dass bei den Fristen so viel Spielraum nicht herauskommen wird. Ich frage auch, ob eine harte gesetzliche Festschreibung von Mitspracherechten wirklich klug ist. Jede Definition definiert auch die Ausschlüsse. Da sage ich: Seid klug wie die Schlangen – –

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Becher, Sie müssen zum Schluss kommen.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Lassen Sie uns das gern gemeinsam noch einmal anschauen.

Ich finde, wir sind in einer Situation, dass wir das Geländer, um diese Beteiligung auf den Weg zu bringen, mit diesem Gesetzentwurf wirklich anpacken sollten, um einen Anachronismus in Hessen, dass nämlich die Elternbeteiligung nicht bis auf Landesebene organisiert ist, zu überwinden. Ich hoffe, dass wir das in dieser Legislaturperiode schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Becher. – Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Kollegen Becher in diesem Hause. Ich gratuliere dir ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe als nächste Rednerin Frau Kollegin Anders, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der erneut vorgelegte Gesetzentwurf hat ein wichtiges und vor allem ein unstrittiges Ziel – Herr Becher, wir können da wenig Dissens erkennen –,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch Freie Demokraten)

nämlich die Beteiligung von legitimierten Elternvertretern von Krippen, Kindergärten und Horten auf Landesebene. Diese Beteiligung soll Eltern ermöglichen, in politische Prozesse eingebunden zu werden. Eltern sollen Gehör finden und ihre Interessen einbringen können. Wir GRÜNE teilen das Ziel einer Beteiligung von Elternvertretern auf Landesebene.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Torsten Warnecke (SPD))

Eltern sind wichtige Erziehungs- und Bildungspartner der Kindertageseinrichtungen. Die Kooperation zwischen den Eltern und den Einrichtungen ist entscheidend für die Bildungsbiografie von Kindern. Deswegen ist es wichtig, dass auch alle Akteure ernst genommen werden. Die Interessen der Eltern, die Interessen der Kinder und natürlich die des Fachpersonals müssen auf Landesebene gehört werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der von Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf beschreibt, wie die Strukturen für die Beteiligung der Eltern auf Landesebene aussehen müssen. Es braucht dafür eben demokratisch legitimierte Elternvertreter auf kommunaler und Jugendamtsbezirksebene. Hier liegen immer noch die Schwierigkeiten, weswegen wir dem Gesetzentwurf so nicht zustimmen können.

(Torsten Warnecke (SPD): Was?)

Um Landeselternvertreter wählen zu können, braucht es demokratisch legitimierte Gremien. Und diese Strukturen gibt es noch nicht. Es wird ein immenser Kraftakt sein, in über 4.200 Kitas diese Strukturen aufzubauen. Anders als bei den Schulen ist die Trägerschaft der Kitas um einiges

bunter und um einiges vielfältiger. Die Interessen der Eltern sind um einiges differenzierter als in der Schule, wo es einheitliche Curricula gibt. Nur wenige Städte haben überhaupt schon Stadtelternbeiräte – meistens ohne Elternvertreter der freien Träger. Für dieses Problem gibt es in dem neuen Gesetzentwurf immer noch keine Lösung. Wieder stellt sich die Frage: Wie werden die freien Träger denn vor Ort eingebunden?

In Ihrer Begründung zu Abs. 1 steht, dass die Elternbeiräte der Kindertageseinrichtungen der jeweiligen Stadt oder Gemeinde im Rahmen einer Vollversammlung eine Elternvertretung wählen. Das ist irreführend, da nicht klar ist, oder es nun die städtischen Einrichtungen oder auch die freien Träger betrifft.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

(René Rock (Freie Demokraten): Nein, das ist die erste Rede!)

– Bitte?

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein. – Ich weise darauf hin, was Herr Gerhard Merz schon vor einem Jahr gesagt hat. Ich darf ihn zitieren:

Ich kann noch nicht richtig erkennen, wie die freien Träger in dieses Spiel einbezogen sind. ... Ich kann auch noch nicht erkennen, wer nach § 27a Abs. 1 verantwortlich ist für die ... Vollversammlung. Das ist eine Frage, die meines Erachtens geklärt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Diese Frage bleibt immer noch unbeantwortet. Deswegen hat das Sozialministerium den Verein LAG Kita-Eltern Hessen mit finanziellen Mitteln ausgestattet, um genau darauf eine Antwort zu finden. Die Servicestelle, die installiert wurde, wird eine Bestandsaufnahme zu den Gremien machen, die es schon gibt. Sie wird herausfinden, was man tun muss, um es aufzubauen und zu erweitern. Das geschieht mit den Beteiligten vor Ort. Wir halten für sinnvoll, dass die, die damit arbeiten müssen, in diesen Prozess eingebunden werden.

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme kennen wir noch nicht. Die Situation in den über 400 Kommunen in Hessen ist unterschiedlich. Dazu darf ich gern die Projektkoordinatorin Kathrin Kraft des Vereins zitieren, die gestern gesagt hat: Es ist spannend, wie die Elternbeteiligung in Hessen gescheitert ist und wie unterschiedlich gut die Zusammenarbeit zwischen Elternschaft, Fachverwaltung und Politik funktioniert.

Also: Wir sehen, dass der sehr engagierte Elternverein gerade mal ein halbes Jahr bzw. ein Dreivierteljahr arbeitet. Diese Vernetzungsarbeit und die Beratung vor Ort müssen unbedingt noch flächendeckend ausgebreitet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Erst wenn es diesen Unterbau gibt, ist es sinnvoll, ein Dach daraufzusetzen. Erst dann sollten wir einen Landeseltern-

beirat und die anderen Gremien, die dafür erforderlich sind, gesetzlich festschreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Sehr verehrte Damen und Herren, ohne ein festes Fundament und ohne einen Unterbau nutzt uns das Dach eines Elternbeirats gar nichts. Deswegen werden wir GRÜNE sicherlich nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Ich fasse zusammen. Wir sind uns im Ziel einig: Kita-Eltern sollen in politische Prozesse eingebunden und an ihnen beteiligt werden. Wir sind uns im Ziel einig: Ein legitimer Landeselternbeirat soll in Hessen etabliert werden.

Der Weg dorthin bleibt streitig. Wir wollen erst das Fundament und den Mittelbau etablieren und dann das Dach daraufsetzen. Wir wollen arbeitsfähige Gremien und keine Scheinversammlungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelt CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Anders. Das war die erste Rede der Kollegin Anders. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Ravensburg, CDU-Fraktion.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem beginnen, worüber wir fast alle übereinstimmen, nämlich mit der Feststellung, dass die Kindertagesstätten und Krippen eine immer größere Rolle bei der Entwicklung unserer Kleinsten spielen und dass wir deshalb besonders auf die Qualität in unseren Kindertagesstätten achten müssen. Zum einen steigt die Zahl der betreuten Kinder, zum anderen nimmt die Betreuungszeit zu, auch wenn wir auf dem Land noch nicht die hohen Betreuungszahlen haben, Herr Rock, die Sie vorhin erwähnt haben, die wahrscheinlich für Offenbach-Land gelten.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Eltern auf die Qualität in den Kindertagesstätten verlassen können und sie die Möglichkeit haben, Einblick in das zu nehmen, was in den Kindertagesstätten passiert. Herr Rock, deshalb hätte ich mir gewünscht, dass Sie einmal erwähnt hätten, dass wir mit dem Kinderförderungsgesetz bereits flächendeckend in allen Kitas in Hessen die Elternvertretung etabliert haben.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Das heißt, Eltern haben längst Mitspracherechte in den Kindertagesstätten. Nun geht es darum, übergreifende Strukturen der Mitspracherechte von Eltern zu organisieren. Es ist aber nicht so einfach, dass man einfach die Elternvertretung an den Schulen übertragen kann.

Die Kollegin Anders hat es schon erwähnt. Rund 4.200 Kitas haben wir in Hessen. Zudem liegt eine völlig unterschiedliche Struktur vor. Das ist auch eine gute Sache.

Wir sind stolz auf unsere vielfältige Trägerstruktur in Hessen von kommunalen über konfessionelle Träger bis hin zu Elterninitiativen. Außerdem haben wir Betriebskindergär-

ten und somit eine breite Vielfalt von freien Trägern. Das wissen die Eltern in Hessen sehr zu schätzen.

Genau diese Trägerstruktur ist es aber auch, die die Einführung von Kita-übergreifenden Elternvertretungen auf kommunaler, auf Jungendamtsebene und natürlich dann als Oberbau auf landesweiter Ebene so komplex werden lässt.

Wenn man sich noch einmal die Zahl, die wir haben, vor Augen führt, dann erhält man eine Vorstellung davon, welche Herkulesaufgabe auf einrichtungsübergreifende Elternvertretungen zukommen würde.

Deshalb sind wir den Kita-Eltern Hessen sehr dankbar für ihre Initiativen, sich zu engagieren. Sie sind bereits jetzt ein kompetenter Gesprächspartner und gern gesehen bei unseren Anhörungen. Sie sind auf den Tagungen vertreten und rund um die Kinderbetreuung in Hessen jederzeit ansprechbar.

Sie sind hessenweit unterwegs. Sie werben für das Ziel, die Vernetzung der Kitas auf den verschiedensten politischen Ebenen voranzubringen. Ich sage aber auch ganz klar: Natürlich ist die kommunale Ebene als Allererstes gefragt. Wir begrüßen deshalb, dass das hessische Sozialministerium die Geschäftsstelle für die Kita-Eltern in Gießen mit Personal und Sachmitteln ausgestattet hat. Wir unterstützen ebenso die Entscheidung des Ministeriums, dass die Kita-Eltern künftig in die Arbeit des Landesjugendhilfeausschusses eingebunden werden sollen.

Die Vertreterin der Servicestelle Kita-Eltern als eine in der Jugendhilfe erfahrene Persönlichkeit soll in dieser Legislaturperiode als stellvertretendes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss gewählt werden, und zwar aus folgendem Grund. Dort werden nämlich in den Fachausschüssen alle relevanten Themen, die die Kinderbetreuung in Hessen betreffen, intensiv beraten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, über Ihren Gesetzentwurf bin ich jedoch verwundert. Er ist – das wurde hier schon gesagt – fast gleichlautend mit dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion unter Berücksichtigung des Änderungsantrags, den Sie damals gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingebracht haben. Diesen Gesetzentwurf haben wir abgelehnt.

In den damaligen Beratungen wurde sehr deutlich, dass es bisher kaum übergreifende Elternvertretungen in Hessen gibt. Es gibt wenige Stadtelterbeiräte, wie beispielsweise in Frankfurt, die aber lediglich die kommunalen Kitas vertreten. Herr Becher, ich weiß auch noch nichts von übergreifenden Elternvertretungen in den evangelischen Kindertagesstätten in Hessen.

In dieser Situation kommt ohne Abstimmung mit den Kommunen erneut der alte Gesetzentwurf wieder auf die Landtagstagesordnung. Das führt vor Ort nicht zu Akzeptanz und ganz sicherlich auch nicht zu einer begeisterten Umsetzung. Eine per Gesetz verordnete Wahl nach dem Motto: „Ab morgen haben wir stadtweite Elternbeiratswahlen, jetzt brauchen wir auch Vertreter, die kandidieren“, wird dem Ansinnen einer demokratischen Beteiligung von Eltern in der Kindertagesbetreuung nicht gerecht.

(René Rock (Freie Demokraten): Ach du lieber Gott!)

Nach intensiver Beratung und Abwägung der Argumente haben wir damals den Gesetzentwurf abgelehnt. Ich kann

nicht erkennen, dass sich die Situation im vergangenen halben Jahr wesentlich verändert hat.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen einen ganz anderen Weg gehen, um Eltern mehr Mitsprachemöglichkeiten auf den politischen Ebenen zu ermöglichen. Frau Böhm hat von einem Prozess gesprochen. Das finden wir richtig. Die Initiative muss aus der Elternschaft heraus kommen. Ferner muss sie den unterschiedlichen Strukturen der hessischen Kindertagesstättenlandschaft Rechnung tragen.

(Beifall Holger Bellino (CDU))

Deshalb begrüßen wir es, dass die Kita-Eltern mit den Kommunalen Spitzenverbänden und möglichst auch mit den Trägern Gespräche führen und jetzt erst einmal eine landesweite Abfrage gemacht haben, um festzustellen, wo es was in Hessen gibt und welche Strukturen dort genutzt werden können, um das zu organisieren.

Ich finde es richtig, auf vorhandene Strukturen aufzubauen. Es gibt übrigens einen stadtübergreifenden Elternbeirat, nämlich in Oberursel. Diesen gab es übrigens schon lange vor unserem Gesetz. Dieser ist dort auf freiwilliger Basis eingeführt worden. Es ist also niemand gehindert, das jetzt schon zu machen.

Wir sind jedenfalls gespannt auf die Auswertung dieser Umfrage und wollen die Ergebnisse auf jeden Fall in unsere Überlegungen einbeziehen.

Herr Rock, wir finden es sehr schade, dass Sie den hoch engagierten Kita-Eltern überhaupt keine Chance geben, ihre Arbeit umzusetzen, sondern bereits jetzt wissen, dass das scheitert und Sie wieder einen Gesetzentwurf einbringen müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Kollegin Ravensburg, Sie müssen zum Schluss kommen.

Claudia Ravensburg (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Wir sehen den Beratungen im Ausschuss mit Interesse entgegen. Wir sind gespannt, ob sich die Situation im vergangenen halben Jahr wesentlich verändert hat, sodass es gerechtfertigt wäre, den Gesetzentwurf so früh in dieser Legislaturperiode erneut einzubringen. Wir sind gespannt auf die Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Ravensburg. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Hochverehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir beraten heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches, der bekanntlich inhaltsgleich und ergänzt um den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP schon einmal

eingebraucht worden ist. Aus der Sicht der Landesregierung ist es schwer nachvollziehbar, warum dieser Gesetzentwurf nach so kurzer Zeit erneut in das parlamentarische Verfahren eingebracht wird. Deshalb kann ich für die Landesregierung auch nur erneut feststellen, dass der Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Landeselternbeirats zwar in die richtige Richtung geht, wir aber nach wie vor eine Regelung für verfrüht halten und wir deshalb an der Ablehnung Ihres Gesetzentwurfs festhalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Wann ist denn für euch der richtige Zeitpunkt?)

Wir zweifeln nach wie vor daran, ob es sinnvoll ist, bereits in diesem Jahr eine Regelung zu treffen. Eine Entscheidung der Landesregierung sollte auf einer Erhebung dessen, was real ist, aufbauen und mit Praktikerinnen und Praktikern entwickelt werden, damit für die Eltern und für die Einrichtungen passende Lösungen gefunden werden.

Die Etablierung einer Elternvertretung über die vorhandene Ebene der Einrichtungen hinaus ist aus unserer Sicht wünschenswert. Erziehungsberechtigte sollten auf jeder Ebene, auf der die Kindertagesbetreuung gestaltet wird, beteiligt sein. Sie wissen am besten, wo der Schuh drückt, was es in der Kindertagesbetreuung braucht, welche Bedarfe bestehen. Die Eltern sind unsere wichtigsten Partnerinnen und Partner, denn es geht um ihre Kinder.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind unverzichtbar, um die Kinderbetreuung vor Ort und auf der Landesebene weiterzuentwickeln.

Wir wollen die Elternvertretung aber nicht kurzfristig – mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August 2019 – per Gesetz vorschreiben und den Kommunen verordnen. Das ist aus unserer Sicht schlicht zu früh. Wir möchten zunächst eruieren, welche Regelung praktikabel ist. Zu diesem Zweck werden verschiedene Wege diskutiert, die Beteiligung sicherzustellen. Die Regelungen, die in den anderen Bundesländern gelten, unterscheiden sich erheblich. Wir wollen für Hessen den richtigen, den besten Weg finden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schritte haben wir zur Erreichung dieses Ziels bereits unternommen? Die durch die Landesregierung geförderte LAG Kita-Eltern Hessen hat im Herbst letzten Jahres eine Befragung bezüglich der bestehenden Elternvertretungen bei den hessischen Kommunen durchgeführt, um zu ermitteln, in welchen Kommunen es bereits Elternvertretungen über die Ebene der Einrichtungen hinaus gibt, ob sich hier nur Eltern kommunaler oder auch freier Träger organisieren und welche Formen der Vertretung gut funktionieren.

Die Auswertung dieser Befragung steht noch aus. Derzeit ist davon auszugehen, dass es in der überwiegenden Zahl der Städte bereits einrichtungübergreifende Elternvertretungen gibt; allerdings sind hier zumeist die kommunalen Träger repräsentiert, nicht die freien Träger. Die freien Träger machen aber etwa die Hälfte der Angebote in der hessischen Kindertagesbetreuung aus. In den kreisangehörigen Gemeinden, insbesondere in den kleineren Gemeinden, ist eher nicht davon auszugehen, dass es verfasste Strukturen der Elternbeteiligung gibt. Auf der Landkreisebene bestehen derzeit keine entsprechenden Elternvertretungen. Deshalb meinen wir, dass erst die Auswertung der Bestandsaufnahme eine gute Basis dafür bietet, unter Einbeziehung

der Erfahrungen aus der Praxis über die für Hessen passende Regelung für einen Landeselternbeirat zu entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war übrigens die genannte LAG selbst, die sich in der Anhörung dafür ausgesprochen hat, auf der Grundlage ihrer Bestandsaufnahme in einem partizipativen Prozess eine Landeselternvertretungsregelung zu erarbeiten. Ich denke, es ist wichtig und gut, diesem Rat zu folgen.

Wir wollen im Interesse sowohl der Eltern als auch aller anderen an der Kinderbetreuung Beteiligten eine größtmögliche Akzeptanz für die künftige Regelung schaffen. Wir dürfen außerdem nicht vergessen, dass die Anhörung im letzten Jahr gezeigt hat, dass noch nicht in jedem Fall mit Zuspruch zu rechnen ist. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf die Frage der Kosten. Hierzu fehlt aus unserer Sicht in Ihrem Gesetzentwurf nach wie vor eine seriöse Berechnung.

Wir halten es deshalb für besser, die Elternvertretungen Schritt für Schritt zu stärken und den Partnerinnen und Partnern für Ort und Zeit zu geben, um Kommunikationsstrukturen aufzubauen und Vertrauen zueinander zu fassen. Wir halten es für zielführender, miteinander zu reden, gemeinsam eine Lösung zu suchen, weil eine solche Regelung auf mehr Akzeptanz treffen wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse noch einmal zusammen, damit unsere Haltung ganz klar wird. Auch wir wollen über die Elternbeiräte in den Einrichtungen hinaus eine Landeselternvertretung gesetzlich etablieren.

(René Rock (Freie Demokraten): Wann?)

Wir wollen die Eltern als die wesentlichen Bildungs- und Erziehungspartner der Tageseinrichtungen für Kinder auch auf der Landesebene an der Willensbildung in diesem Bereich beteiligen. Also: ausdrückliche Zustimmung, Herr Kollege Becher, der Sie das infrage gestellt haben. Es gibt keinen Konflikt, was das Ziel angeht, aber wir wollen eine gut vorbereitete und partizipativ erarbeitete Einführung einer landesweiten Interessenvertretung der Eltern. Diese wesentlichen Voraussetzungen hierfür werden aber in Ihrem Gesetzentwurf nicht erfüllt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Klose. – In der zweiten Runde hat sich der Abg. Rock von den Freien Demokraten zu Wort gemeldet. Bitte schön.

René Rock (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Klose, es geht unter Ihnen genauso weiter wie unter Ihrem Vorgänger von der CDU. Das ist für mich persönlich eine große Enttäuschung; denn ich hatte auf neue Akzente gehofft. Die haben Sie heute aber nicht gesetzt.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Marius Weiß (SPD): Nur die Schuhe sind neu!)

Selbstverständlich haben wir uns mit den Eltern ausgetauscht, wir haben uns mit der LAG ausgetauscht, wir haben uns nicht nur in der Anhörung mit den Fachverbänden

ausgetauscht. Wir haben eine eigene Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt. Wir haben unseren Gesetzentwurf mit der Liga und mit allen Gremien, die es bei den üblichen Verdächtigen gibt, besprochen. Wir kennen die Ergebnisse der Anhörung, wir kennen die Vorschläge aus der Anhörung.

Auch wir hätten selbstverständlich Vorschriften formulieren können. Wir haben uns aber dafür entschieden, dass sich der frisch gewählte Landeselternbeirat selbst eine Satzung gibt, dass er selbst überlegt, wen er kooptiert. Er soll selbstverständlich die Möglichkeit haben, das unter Zuhilfenahme Dritter zu tun, weil er das neben seiner normalen Arbeit nicht in allzu großer Tiefe leisten kann. Aber er soll selbst entscheiden; denn das ist ein Element der Partizipation, das ist eine echte Teilhabe der Eltern, statt ihnen wieder vorzuschreiben, wie es sein soll. Wir nehmen die Eltern ernst und wollen, dass sie entscheiden können, wie sie die Zusammenarbeit ausgestalten wollen. Das ist die Zielsetzung unseres Gesetzentwurfs, und dazu stehen wir.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich finde es schon abenteuerlich, dass hier vorgetragen wird, es gebe womöglich nicht in jeder Kita einen Elternbeirat. Das ist abenteuerlich; denn wir haben eine gesetzliche Vorgabe: Die Einrichtung von Elternbeiräten ist gesetzlich verankert. – Es gibt in jeder Kita in Hessen einen Elternbeirat. Selbstverständlich kann man diese zu einer Wahl einladen, selbstverständlich können sich aus diesen Kita-Elternbeiräten Gruppierungen zusammenfinden, die auf höherer Ebene den Willen der Eltern bis hierher tragen. Die Lebenserfahrung, wenn man Kinder hat, zeigt doch: Dieselben Eltern, die in den Elternbeiräten der Kitas sitzen, engagieren sich später auch in den Schulelternbeiräten. Sie sind selbstverständlich bereit, für ihre Kinder Verantwortung zu übernehmen – und für die Kinder der Eltern, die dafür nicht die Zeit haben. Machen Sie doch nicht aus etwas ein Problem, wo es überhaupt kein Problem gibt.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wenn Sie etwas nicht wollen, dann sollten Sie sagen, dass Sie es nicht wollen. Wenn Sie etwas wollen, dann sagen Sie, wann Sie es umsetzen. Herr Klose, sagen Sie uns z. B.: „Wir brauchen zwei Jahre, um die Umsetzung gestalten zu können“. Wenn Sie das sagen würden, dann würden wir in zwei Jahren einen Gesetzentwurf der CDU, der GRÜNEN und der FDP einbringen; dem würden wir zustimmen und wären dankbar dafür, dass Sie das gemacht haben. Wir haben damit kein Problem. Sie sollten aber sagen, ob Sie einen Elternbeirat überhaupt wollen und, wenn ja, wann Sie ihn umsetzen wollen. Dann würden Sie glaubwürdig handeln. Das, was Sie hier gemacht haben, sieht aber wieder nur so aus, als ob Sie Themen zur Seite schieben und versuchen wollten, sich als Ministerium hinter ein-einhalb Stellen in der Verwaltung zu verstecken, die sich mit dem Engagement der Eltern beschäftigen. Ich finde es schon sehr schade, dass Sie hier eine solche Stellungnahme abgeben.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Als Sie 350 Millionen € kurz vor der Wahl in die Kommunen bringen wollten, waren Sie in der Lage, in kürzester Zeit die Beitragssatzungen aller Kitas in Hessen abzufragen. Sie waren in der Lage, als Sie das wollten, innerhalb von Wochen Gesetzesvorhaben umzusetzen. Das wollen Sie aber in diesem Fall nicht.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Wir werden Sie im Hessischen Landtag so lange stellen, bis wir eine Landesvertretung für die Eltern haben. Sie werden sich hier nicht davonmogeln können. Hessen ist eines der letzten Länder in Deutschland, das den Eltern eine Partizipation verweigert. Damit kommen Sie hier nicht durch. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Rock. – Als Nächster hat sich Herr Becher von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Frank-Tilo Becher (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich auf fünf oder sechs Begriffe eingehen; denn ich glaube, wir sind jetzt in einer Phase, in der man vielleicht auch noch einmal die jeweiligen Verständnisse klären muss, damit man überhaupt versteht, wer hier warum und wie argumentiert. Ich würde gerne an fünf Stellen meine Irritation ausdrücken. Freie Träger, kommunale Träger: Hier wird mehrmals eine Kluft aufgemacht, so, als würden wir uns zum ersten Mal begegnen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Das verstehe ich nicht. Wir haben gesetzliche Spielregeln. Sie gelten dort und dort. Es geht um die Elternbeteiligung und um die Frage, wie es um die Gebührenerhebung bestellt ist. Das ist überhaupt kein Problem. Ich weiß nicht, warum das immer so betont wird. Ich finde, wir sollten an den Stellen, an denen es nicht so ist, darauf drängen, dass es so kommt; denn wir sollten sozialraumorientiert schauen. Da, wo kommunale und freie Träger in einem Sozialraum sind, müssten wir dabei helfen, dass sie, wenn es nicht längst gelingt, zueinanderfinden; denn ich glaube, wir sollten ein sozialräumliches Verständnis von diesem Thema entwickeln. Das ist nämlich politisch geboten.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Der zweite Begriff, auf den ich eingehen möchte, nämlich die Unterschiedlichkeit – das ist eine hermeneutische Frage –, wird hier permanent als großes Gegenargument hervorgehoben. Man kann die Dinge so überkomplex betrachten, dass man handlungsunfähig wird. Das finde ich aber nicht hilfreich. Unterschiedlichkeiten können genau danach rufen, dass man einen Rahmen bildet, in dem diese Unterschiedlichkeiten zueinanderfinden können. Das ist nicht automatisch ein Argument dafür, dass man da jetzt noch warten muss. Das wollte ich zu dem Wort „Unterschiedlichkeit“ sagen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Der dritte Begriff, der in dieser Debatte eine große Rolle spielt, ist „Fundament“ – das Fundament, das nicht zu früh einen Überbau bekommen soll. Ich bitte Sie, das Fundament sind doch hoffentlich die Kitas mit ihren Elternbeiräten. Das haben wir doch. Wir müssen doch kein Fundament mehr schaffen. Das ist doch da.

(Beifall SPD)

Das andere werden wir vielleicht grundsätzlich erklären müssen. Bei dem Stichwort „Gesetz“ kann man denken, es geht immer um Verordnungen. Gesetze verordnen Dinge.

Nach meinem Verständnis sind Gesetze auch Ermöglichungen. Man könnte auch so herum darauf blicken.

Zu den Begriffen „Prozess“ und „Beteiligung“. Ich finde, Gesetze können auch Prozesse anstoßen und befördern. Sie schaffen einen neuen Rahmen und sollen Prozesse nicht abschneiden.

Beteiligung: Ich bin jemand, der sich sehr dafür ausspricht, dass man auf dem Weg zu einem Ziel möglichst viele Beteiligungsschleifen hat und gut unterwegs ist. Aber die Frage ist doch, auf welcher Schiene man das macht und warum man das Gesetz als ein Gelände versteht, das das ernsthafte Bemühen der Landesregierung zum Ausdruck bringt, dieses Ziel wirklich schnell zu erreichen, und als Signal für die Elternschaft sowie als Ermutigung für die LAG.

Das ist doch gar kein Gegensatz. Die LAG mit ihrer Arbeit ist ja diejenige, die mit helfen wird, dieses Gesetz zu füllen. Das ist kein Einschnitt, sondern es ist eigentlich eine Wertschätzung, wenn mit diesem Gesetz zum Ausdruck gebracht wird: Die Arbeit in der Richtung, die hier eingeschlagen wird, ist richtig, und sie bekommt jetzt sogar eine gesetzliche Grundlage. – Ich finde, da sind wir eigentlich gut unterwegs.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Letzter Punkt. Ich bin gespannt, wie die ganz großen gesetzlichen Alternativen aussehen werden. Ich befürchte ein bisschen, dass wir sehr lange warten werden. Ich kenne die Varianten nicht, ich habe auch noch nichts gehört. Ich habe noch nie jemanden gehört, der gefragt hat: Warum machen wir es nicht so? Warum ist das nicht so drin? – Ich habe nichts über die Alternativen gehört und glaube auch nicht, dass sie eigentlich rüberkommen werden. Deswegen befürchte ich, dass es letztlich doch eine Verhinderungsstrategie ist. Aber ich hoffe noch, dass ich mich da täusche und eines Besseren belehrt werde. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Becher. – Als Nächste hat Frau Abg. Anders von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt doch noch einmal auf einiges eingehen; denn ich glaube, so kann man das nicht stehen lassen: dass wir Angst vor Eltern, vor Beteiligung und vor Transparenz hätten. Das ist mitnichten der Fall.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich finde, das, was Sozialminister Klose beschrieben hat, ist wichtig, und es zeigt sehr wohl, dass es vielleicht auch um einen anderen Ton geht, dass es vielleicht auch um eine andere Richtung der Sozialpolitik in diesem Land geht, nämlich um Partizipation. Diese Partizipation ist für uns wichtig, um eben nicht über die Köpfe hinweg zu entscheiden – über die Köpfe von Eltern und über die Köpfe von Mitarbeitern von Kommunen und Kreisen hinweg.

Wir werden die Städte und Kommunen damit nicht alleinlassen, das jetzt einfach einmal flächendeckend umzusetzen. Das werden sie nicht einfach so hinkriegen, das kann

ich Ihnen sagen. Es gibt ganz viele Kommunen, die es bisher verweigern, Stadtelternbeiräte zu initiieren. Sie weigern sich, einzuladen. Sie wollen gar nicht mit allen Trägern gemeinsam reden.

(René Rock (Freie Demokraten): Ohne Gesetz geht es gar nicht!)

– Nein, natürlich geht es nicht ohne Gesetz, aber wir brauchen Gesetze, die auch praktikabel sind. Gesetze sind eben nicht nur dazu da, um einmal irgendetwas auszuprobieren. Gesetze sind auch keine Modellprojekte, die wir einfach einmal ausprobieren. Gesetze sollen nämlich so sein, dass man sie auch vor Ort umsetzen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe Janine Wissler (DIE LINKE) und René Rock (Freie Demokraten))

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Kollegin Anders, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rock?

Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein. – Wir haben mit der LAG Kita-Eltern Hessen einen guten Partner, der die Kommunen darin unterstützen wird und der finanzielle Mittel bereitgestellt bekommen hat, um genau diese wichtige Arbeit vor Ort zu machen. Da sind dicke Bretter zu bohren. Glauben Sie es mir, es ist vielleicht nicht überall so schön wie in der Stadt, aus der Herr Becher kommt, sondern es gibt einige Städte, in denen noch viel Entwicklungsbedarf besteht. Die lassen wir nicht alleine. Die unterstützen wir.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Das ist eine wichtige Arbeit, die in den nächsten ein bis zwei Jahren noch zu leisten sein wird. – Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Kollegin Anders. – Damit sind wir am Ende der ersten Lesung angekommen.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss.

Ehe ich weitermache, frage ich nach, ob es dabei bleibt, dass wir mit der Tagesordnung fortfahren? – Gut.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der SPD

Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Wohnraumschutzgesetz – WSchG)

– Drucks. 20/170 –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 40:**

Erste Lesung

Dringlicher Gesetzentwurf

Fraktion DIE LINKE

Gesetz gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum

– Drucks. 20/238 –

Als Erste hat sich Frau Abg. Barth für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bringt heute einen Gesetzentwurf über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum – kurz: Wohnraumschutzgesetz – ein. Bis vor einigen Jahren sind wir aufgrund der demografischen Entwicklung generell noch von einem Schrumpfen unserer Städte ausgegangen. Gerade die Städte wachsen jetzt aber wieder. Andere Bundesländer haben bereits die Konsequenzen gezogen und gehen inzwischen wieder gegen Zweckentfremdung von Wohnraum vor: Bayern seit 2009, Nordrhein-Westfalen seit 2012, Berlin seit 2014, usw. Auch wir wollen jetzt wieder handeln.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Gerade in begehrten Wohnlagen haben wir inzwischen eine erschreckende Entwicklung. Menschen werden durch immer schneller steigende Mieten aus ihren angestammten Wohnmilieus vertrieben, ganze Stadtteile verändern ihr Gesicht, und aus sympathischen Studentenvierteln werden schicke Quartiere mit teuren Eigentumswohnungen. Ja, wir müssen bauen, bauen, bauen, aber damit alleine ist es nicht getan;

(Beifall SPD)

denn Wohnungspolitik besteht aus vielen Instrumenten, und eines davon ist der Schutz bezahlbaren Wohnraums im Bestand. Hier ist die alte und zugleich neue Koalition in Hessen bisher ziemlich blank.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Es gibt drei Sachverhalte, gegen die wir endlich wieder vorgehen müssen: erstens die klassische Zweckentfremdung durch die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe; zweitens die Umwandlung von Mietwohnungen im Bestand in meist teure Eigentumswohnungen; drittens – auch ganz wichtig – Leerstand mit dem Ziel der Immobilienspekulation. Ich werde zu allen drei Punkten etwas sagen, und, meine Damen und Herren von der Koalition, ich habe auch schon in der Presse gelesen, was Sie zu unserem Gesetzentwurf sagen.

Erstens. Spätestens seit der Brexit-Entscheidung hat der Gewerbeimmobilienmarkt im Rhein-Main-Gebiet wieder erheblich angezogen.

Herr Kasseckert, wenn Sie in der Presse behaupten, dass wir momentan keine wesentliche Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe hätten, muss ich leider sagen: Da sind Sie wirklich von gestern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wie auch Sie, Frau Förster-Heldmann, wenn Sie sagen, es gebe ein Überangebot an Gewerberaum. – Das war vielleicht noch vor fünf Jahren so, aber der Markt hat sich doch schon längst gedreht. Die Frankfurter Wirtschaftsförderung konstatiert, dass momentan mehr neue Arbeitsplätze entstehen, als die Einwohnerzahl anwachsen würde. Im „Gewerbemarktbericht“ 2018 der IHK steht:

... der Boom auf dem Markt für Gewerbeimmobilien im IHK-Bezirk Frankfurt am Main hielt auch im Jahr 2017 an.

Das „Handelsblatt“ vom 15. Januar titelt:

Brexit lockt mehr Finanzinstitute nach Frankfurt als erwartet

Und es heißt weiter:

Mehr als 45 Finanzinstitute sind dabei, ihre Präsenz in Deutschland neu zu etablieren oder signifikant zu stärken ...

Und jetzt sage ich: Raten Sie doch einmal, wo?

(Beifall SPD)

Ich sage noch einmal: Sie sollten jetzt wirklich erkennen, die Welt hat sich weitergedreht. Wenn Wohnraum in angespannten Märkten neu gebaut wird, dann sind es in der Regel teure Eigentumswohnungen, und zwar genau dort, wo bisher oft einfache Mietwohnungen standen; aber mit ihnen verdient man eben nicht so viel Geld.

Damit wären wir beim zweiten Punkt, nämlich der Umwandlung von Mietwohnungen im Bestand in Eigentum. Als die Quadratmeterpreise für Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet vor einigen Jahren noch bei 3.000 € lagen, sprachen viele von einer „Blase“. Inzwischen liegen sie bei 5.000 bis 8.000 €, und auch da wird noch gekauft. Insofern ist es doch ganz klar, wie Investoren vorgehen, wenn sie in Boomstädten Immobilien erwerben. 8.000 Umwandlungsanträge wurden in Frankfurt in den letzten fünf Jahren gestellt; und hier ist es die Aufgabe des Staats, bezahlbaren Wohnraum zu schützen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

In § 556d des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist die Definition für angespannte Märkte geregelt, und in diesen Städten gilt auch die Mietpreisbremse. Die SPD will, dass genau dort die Gemeinden Satzungen erlassen, die ihnen einen Genehmigungsvorbehalt ermöglichen. Bei jeder Immobilie, die umgewandelt werden soll, muss dann hingeschaut werden. Natürlich kann im Einzelfall auch anders entschieden werden, deswegen ist es ja ein Genehmigungsvorbehalt; aber die Kommune hat dann eben ein hartes Instrument für ein Veto, wenn bezahlbarer Wohnraum vernichtet wird. Auch vorhandene Milieuschutzsatzungen werden damit wirksvoller.

(Beifall SPD)

Nun noch zum dritten, in manchen Bereichen wichtigsten Punkt, nämlich den spekulativen Leerständen. Es ist paradox: Trotz des Wohnungsmangels stehen in Frankfurt und in anderen Städten viele Wohnungen leer – in der Fischerfeldstraße, Allerheiligenstraße, Friedberger und Eschersheimer Landstraße. Wer mit offenen Augen durch Frankfurt geht, sieht es: Leerstand ist momentan eben nicht verboten. München hat mit dem Bayerischen Zweckentfremdungsgesetz 2017 knapp 300 Wohnungen wieder dem eigentlichen Zweck zugeführt. In Hamburg waren es knapp 200. In Frankfurt wurden von 1985 bis 2004 8.500 Wohnungen wieder dem Mietmarkt zugeführt; auch das habe ich in den Statistiken gefunden. Meine Damen und Herren, das wollen wir wieder haben.

(Beifall SPD)

Sie können gar nicht so viel bauen, wie gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum im Bestand verschwindet – ob durch auslaufende Belegrechte, steigende Mieten, Umwandlungen und vieles mehr. Nicht zuletzt haben wir doch zeit-

gleich mit den letzten Wahlen eine Verfassungsänderung beschlossen. In Art. 26d steht:

Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Errichtung und den Erhalt ... von angemessenem Wohnraum.

Also auch den Erhalt. Meine Damen und Herren, das kann und darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Letzter Satz. Bitte lassen Sie uns heute ein starkes Zeichen für den Erhalt bezahlbaren Wohnraums setzen. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Kollegin Barth. Das war eine Punktlandung. – Als Nächster hat sich Abg. Schalauske von der Linksfraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Lage am Wohnungsmarkt in Hessen ist dramatisch. Im Rhein-Main-Gebiet, an den hessischen Hochschulstandorten, aber auch in mittleren Städten herrscht ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Zunehmend mehr Menschen in Hessen sind von Wohnungskrise und Mietenwahnsinn betroffen – längst auch solche mit mittleren Einkommen. Vielerorts müssen Menschen mit geringem Einkommen davon mehr als die Hälfte für die Miete ausgeben; und vielerorts werden Menschen aus ihren Wohnungen und Stadtteilen verdrängt. Diese Situation ist und bleibt nichts anderes als ein Skandal, ein Skandal, mit dem wir uns als LINKE niemals abfinden werden.

(Beifall DIE LINKE)

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wohnen ist ein Menschenrecht; und die Versorgung mit Wohnraum ist zu wichtig, um sie dem Markt zu überlassen. Sie muss eine öffentliche Aufgabe sein.

(Beifall DIE LINKE)

Was hat die schwarz-grüne Landesregierung in den letzten Jahren getan, um die Wohnraumversorgung sicherzustellen? – Erschreckend wenig. Wie die jährlichen Anfragen unserer Fraktion belegen, hat sich die Zahl der Sozialwohnungen seit Anfang der Neunzehnhundertneunzigerjahre mehr als halbiert. Ende 2017 waren es nur noch 85.000 solcher Wohnungen, die verfügbar waren. Gleichzeitig steigt die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte immer weiter in die Höhe, also die Zahl derjenigen, die nicht mit einer Sozialwohnung versorgt werden können. Mittlerweile ist sie mit über 51.000 Haushalten so hoch wie nie. Nirgendwo wird das Missverhältnis zwischen der sozialen Realität und dem schwarz-grünen Blindflug in Sachen Wohnungspolitik deutlicher als anhand dieser Zahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Auch sonst enthält der Koalitionsvertrag im Bereich Wohnen in erster Linie Ankündigungen, Absichtserklärungen und schöne Worte. Echte Ideen und verbindliche Konzepte: Fehlanzeige. Angesichts der drängenden Not vieler Mieterinnen und Mieter ist der Plan, den Sie sich auf den Regie-

rungsbänken für die nächsten Jahre vorgenommen haben, nicht mehr als ein Armutszeugnis. Aber, immerhin, an einer Stelle scheinen Sie sich zu bewegen. In Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten soll für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Zukunft ein Genehmigungsvorbehalt gelten. Dieser Schritt ist zu begrüßen. Aber selbst wenn dieser tatsächlich umgesetzt wird – bisher wissen wir weder, wann, noch, in welcher Form –, bleibt diese einzelne Maßnahme weit hinter dem zurück, was notwendig wäre.

Eine von den vielen sinnvollen Maßnahmen, die wir dringend brauchen, wäre ein umfassendes Verbot von Wohnraumzweckentfremdung, so wie es in Hessen bis zur Abschaffung im Jahr 2004 durch die CDU gegolten hat und in vielen Bundesländern – darauf ist schon hingewiesen worden – wie Hamburg, Berlin oder Bayern weiterhin oder wieder gilt. Natürlich ist ein solches Wohnraumzweckentfremdungsverbot kein Allheilmittel gegen die Wohnungskrise. Es würde den Kommunen aber ein wichtiges Instrument an die Hand geben, mit dem sie erstens aktiv gegen Wohnraumzweckentfremdung, zweitens gegen spekulativen Leerstand und drittens gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorgehen und so den Bestand an Wohnraum effektiv schützen könnten.

Um welche Größenordnung es hierbei geht, lässt sich anhand einiger Zahlen verdeutlichen – es sind ja auch schon Zahlen genannt worden –: In Frankfurt konnten in den rund 30 Jahren, in denen es dort eine entsprechende Satzung gab, fast 9.000 Wohnungen aus einer zweckfremden Nutzung zurückgewonnen werden. Vor drei Jahren hat ein Vertreter eines Frankfurter Mietervereins geschätzt, dass in Frankfurt aktuell bis zu 1.000 Wohnungen zurückgewonnen werden könnten. Meine Damen und Herren, das ist doch eine sehr relevante Größenordnung und ein wichtiger Schutz von bezahlbarem Wohnraum.

(Beifall DIE LINKE)

Unsere Fraktion, in Person meines Kollegen Hermann Schaus, hat in den letzten Jahren mehrfach einen eigenen Gesetzentwurf zum Verbot von Wohnraumzweckentfremdungen vorgelegt, der in den Anhörungen immer auf breite Zustimmung gestoßen ist – außer natürlich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Immobilienwirtschaft. Das ist kein Wunder. Nichtsdestotrotz haben CDU und GRÜNE diesen Entwurf immer abgelehnt. Damit haben die Regierungsfractionen in der Vergangenheit leider bewiesen, dass es der Koalition an einem politischen Willen für eine konsequente soziale Wohnungspolitik leider mangelt.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Angesichts dieser Blockadehaltung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen wir es ausdrücklich, dass die SPD nun einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

(Beifall Torsten Warnecke (SPD))

Er ist in vielen Punkten fast wortgleich aus Bayern übernommen, und er enthält auch Punkte, die wir positiv finden und entsprechend in unseren Gesetzentwurf übernommen haben. Das ist etwa die Festsetzung einer möglichen Geldbuße von bis zu 500.000 € für den Fall, dass Wohnraum ohne eine entsprechende Genehmigung zweckentfremdet wird.

Der Gesetzentwurf bleibt aber in einer Reihe von Punkten hinter den eigentlichen Erfordernissen zurück. Deswegen sagen wir: Der SPD-Entwurf ist ein Schritt in die richtige

Richtung, geht aber angesichts der realen Probleme leider nicht weit genug. Deshalb haben wir uns entschlossen, unseren Gesetzentwurf auf der Grundlage der Vorarbeiten der vergangenen Legislaturperiode zu überarbeiten, und haben einen eigenen Dringlichen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich will Ihnen vier Punkte nennen, von denen ich glaube, dass unser Gesetzentwurf entschiedener ist als das, was die SPD vorgelegt hat.

Erstens der Anwendungsbereich des Gesetzes: Es ist nicht einzusehen, warum die Möglichkeit, eine Zweckentfremdungssatzung aufzustellen, nur denjenigen Kommunen vorbehalten werden soll, in denen die Mietpreisbremse gilt. Stattdessen fordern wir, dass alle Kommunen, die einen erhöhten Wohnungsbedarf haben, eine entsprechende Satzung aufstellen sollen und alle weiteren Gemeinden dies tun können, wenn sie es denn für notwendig halten.

(Beifall DIE LINKE)

Zweitens möchten wir, dass die Dauer des zulässigen Leerstands, so wie in Bayern und in Berlin, auf drei Monate begrenzt wird.

Drittens erscheint es uns unbedingt notwendig, die Bedingungen, unter denen eine Genehmigung für eine Zweckentfremdung von Wohnraum erteilt wird, möglichst konkret und eng zu fassen, um Umgehungsstrategien von Investoren und Wohneigentümern zu verhindern.

Viertens wollen wir den Kommunen eine wirkliche, wirkungsvolle Handhabe geben, um gegen Wohnraumzweckentfremdung vorzugehen. Hier braucht es auch eindeutige Vorgaben, als es der SPD-Entwurf vorsieht. Wir wollen deswegen ein striktes Rückführungs-, Räumungs- und Wiederherstellungsgebot verankern, das die Verfügungs- bzw. die Nutzungsberechtigten verpflichtet, den zweckentfremdeten Wohnraum rasch wiederherzustellen.

Für den Fall, dass sich diese weigern, wollen wir den Kommunen eine Ultima Ratio geben, nämlich eine Treuhänderin oder einen Treuhänder einzusetzen, um die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, natürlich auf Kosten der Eigentümer.

(Manfred Pentz (CDU): Zwangsenteignung!)

Wir glauben, dass erst mit diesem Drohpotenzial die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wirkungsvoll zu bekämpfen und auch zu unterbinden und gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung vorzugehen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es braucht ein richtig scharfes Schwert, um sich mit den privaten Investoren anzulegen, um diese einzuhegen. Es braucht noch viele weitere Maßnahmen, um die Wohnungsversorgung wieder stärker in die öffentliche Hand zu übernehmen, um damit etwas zur Entlastung der Mieterinnen und Mieter in Hessen beizutragen.

(Beifall DIE LINKE – Manfred Pentz (CDU): Zwangsenteignung!)

– Die wahre Enteignung war der Verkauf von vielen öffentlichen Wohnungsbeständen durch die Kommunen in Hessen. Herr Pentz, da ist die Bevölkerung enteignet worden.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Schalauske. – Als Nächster hat sich der Abg. Schulz von der AfD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dimitri Schulz (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kollegen, meine Damen und Herren! Wir finden es gut, dass Sie, liebe SPD, den bezahlbaren Wohnraum schützen wollen. Es stimmt, dass richtige Instrumente zum Schutz bezahlbaren Wohnraums fehlen. Da sind wir uns einig.

Nur, wie kann man etwas schützen, was nicht existiert, zumindest nicht im Rhein-Main-Gebiet? Sollen wir nicht erst bezahlbaren Wohnraum schaffen und dann über Instrumente reden, wie wir diesen schützen wollen? – Wenn Sie etwas schützen wollen, dann geben Sie Ihren Genossen in Berlin den Tipp, das Einkommen der Bürger zu schützen.

(Beifall AfD)

Es bringt doch nichts, über bezahlbaren Wohnraum zu philosophieren, wenn dem Bürger am Ende des Monats nichts übrig bleibt von seinem hart verdienten Geld. Letztlich liegt doch die Ursächlichkeit in dem Versagen Ihrer Politik. Sie versuchen, mit einem neuen und unzulänglichen Eingriff wieder zu korrigieren.

(Beifall AfD)

Sieben der zehn größten Städte Hessens werden von einem SPD-Oberbürgermeister regiert. Das zeigt doch, dass die SPD nicht weiß, wie man bezahlbaren Wohnraum schafft, und nichts Besseres im Sinn hat, als bei den LINKEN abzuschreiben.

(Beifall AfD)

Da Sie es nicht schaffen, andere Lösungen zu finden, wollen Sie es auf dem Rücken der Wohnungseigentümer ausgetragen, wodurch diese de facto um ihre Altersvorsorge gebracht werden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ach du lieber Gott, wer denn, die internationalen Konzerne?)

Wir sind jedoch für Eigenheime, unter anderem auch deshalb, weil dadurch eine Altersvorsorge für den hart arbeitenden Bürger geschaffen wird. Darum sprechen wir uns klar gegen die Wiedereinführung dieses Gesetzes aus.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie haben offensichtlich das Gesetz nicht verstanden!)

Für den Preisanstieg von Wohnraum ist nämlich meist der Staat, d. h. Sie selbst, verantwortlich.

Neue Gesetze, behördliche Auflagen, Bauwerks- und Planungskosten, steuerliche und baurechtliche Vorgaben und Auflagen von Kommunen haben den Hausbau stark verteuert, beispielsweise bei der Dämmung. – Auf diesen kurzen Nenner bringt es die Studie „Kostentreiber für den Wohnungsbau“, die von den sieben führenden Verbänden der Bau- und Immobilienbranche in Auftrag gegeben wurde.

Unsere Aufgabe muss es sein, Anreize für inländische Investoren zu schaffen.

(Beifall AfD – Zuruf Hermann Schaus (DIE LINKE))

Zudem müssen wir stärker die Bauland-Offensive Hessen unterstützen; denn vielerorts finden Investoren keine geeigneten Grundstücke.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Die Bauland-Offensive Hessen! – Zurufe DIE LINKE)

Bauflächen sowie Baugenehmigungszeiten müssen sich verändern, zusätzlich benötigt es bezahlbaren und preiswerten Baugrund. Es müssen Neuerschließungen von Bauland geschaffen werden, in den Städten sowie auf dem Land.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wie machen wir das?)

Für den ländlichen Raum müssen neue und bessere Infrastrukturen geschaffen werden. Es muss unkomplizierter werden, Wohnraum zu schaffen.

Das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum schafft keinen Quadratmeter neuen Wohnraum.

(Beifall AfD)

Deswegen ist die AfD-Fraktion der Meinung, dass dieses Gesetz auch weiterhin außer Kraft gesetzt bleiben soll, und lehnt diesen Gesetzentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zuruf DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Schulz. Das war Ihre erste Rede hier in diesem Haus. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Als Nächster hat sich der Abg. Lenders der Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

(Tobias Eckert (SPD): Der sagt jetzt, dass die SPD recht hat!)

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich gedacht, wir hätten in diesem Parlament schon alles zum Zweckentfremdungsgesetz gesagt, was dazu zu sagen ist. So kann man sich irren.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Noch nicht von jedem!)

Meine Damen und Herren, um das einmal vorwegzuschicken: 10 €, 20 € oder gar 33 € Kaltmiete in Frankfurt – das ist für den Normalverdiener einfach nicht mehr bezahlbar. Dass wir da gegensteuern müssen, an diesem Punkt, hoffe ich, sind wir uns in diesem Haus einig.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Frau Barth, das muss man sagen, es ist leider Gottes nicht nur ein Frankfurter Problem. Mittlerweile haben wir das in allen Ballungsräumen und größeren Städten, überall da, wo die Menschen in die Metropolen zurückkehren. Das ist auch deren gutes Ansinnen. Meine Damen und Herren, da sehen wir solche Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

Herr Pentz, weil Sie der LINKEN eben die ganze Zeit „Zwangseinteignung“ zugerufen haben: Vorsicht an der Bahnsteigkante. Sie haben letztes Jahr mit den Kollegen von den GRÜNEN das Wohnraumaufsichtsgesetz verabschiedet, das nichts anderes ist als ein Zweckentfrem-

dungsgesetz. Also vorsichtig bei dem, was Sie da gemacht haben, und bei Ihrer Wortwahl; immer mal hinsehen, was man selbst schon so auf den Weg gebracht hat.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich verstehe auch, dass die SPD hier ein vernünftiges Instrument gefunden hat, um die GRÜNEN zu ärgern, weil die GRÜNEN immer gerne für das Zweckentfremdungsgesetz eingetreten sind. Ob das Gesetz allerdings geeignet ist, den Wohnungsnotstand im Rhein-Main-Ballungsraum zu lindern, da habe ich meine argen Zweifel. Denn am Ende ist ein Zweckentfremdungsgesetz ein wahnsinniger Eingriff ins Eigentumsrecht.

Aus diesen Gründen hat das Bundesverfassungsgericht klare Vorgaben gemacht. Sie haben – darüber kann man zumindest diskutieren – den Geltungsbereich an die Mietbegrenzungsverordnung angepasst. Zumindest liegen dort Daten zugrunde, die auch regelmäßig neu erhoben werden. Ob das allerdings ausreicht, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen, hierzu sollten wir sicherlich eine Anhörung abwarten. Es ist ein Anhaltspunkt, über den man reden oder streiten kann.

Ich glaube aber, dass das Verfassungsgericht uns als Aufgabe mitgegeben hat, zu überprüfen, wie es sich tatsächlich mit der Umwandlung von Wohn- in Gewerbeflächen – das ist ein großer Teil Ihres Gesetzentwurfs – verhält.

Meine Damen und Herren, Kollegin Barth hat darauf abgehoben, aber wir haben gerade im Rhein-Main-Ballungsraum nach wie vor die Situation, dass wir 7 bis 8 % Leerstand bei den gewerblichen Flächen haben, gerade bei den Büroflächen. Das wird auch zunehmen. Neue Formen wie Coworking-Space haben zur Folge, dass man für mehr Büroarbeitsplätze weniger Raum benötigt. Deswegen ist alleine das ein Indikator: Selbst wenn das Gesetz eine Mehrheit finden würde, werden Sie es in diesem Bereich nicht zur Anwendung bringen können, weil Ihnen das Verfassungsgericht klare Vorgaben gemacht hat.

Meine Damen und Herren, dann haben Sie einen anderen Teil dafür verwendet, zu sagen: kein Wandel von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Dazu muss man sagen, dass das auch Personen mit kleinem und mittlerem Einkommen betrifft, die in der Situation stehen, dass ihre vielleicht aus der Bindung fallenden Wohnungen jetzt auf dem Wohnungsmarkt zum Verkauf angeboten werden. Dort gibt es viele Mieter, die solch eine Wohnung kaufen wollen, um sich vor steigenden Mieten abzusichern, um ein Stück weit Altersvorsorge zu betreiben.

Wir sind in Deutschland nach wie vor ein Volk von Mietern und nicht ein Volk von Eigentümern.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich glaube, wir sollten stärker das Instrument des Eigentums betonen.

(Kopfschütteln DIE LINKE)

Deswegen habe ich an dieser Stelle mit dem Gesetzentwurf erhebliche Probleme.

Meine Damen und Herren, schauen wir auf die Konsequenzen, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehen haben. Damit geht Bürokratie einher. Begehungsrechte sind wiederum ein Eingriff in die Eigentumsrechte. Bei Verstößen gegen die Auskunftspflicht sehen Sie 50.000 € Buß-

geld vor, bei Verstößen gegen das Gesetz an sich 500.000 € Strafe.

Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird per Satzungsrecht auf die Gemeinden übertragen. Das muss man sich einmal vorstellen: Eines der grundlegendsten Grundrechte der Menschen wird dem Satzungsrecht der Gemeinden übertragen. Ob das noch rechtsstaatlichen Prinzipien oder den Verfassungsvorgaben entspricht, da habe ich meine großen Zweifel.

(Beifall Freie Demokraten und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ganz problematisch wird es dann natürlich an der Stelle: Wer will als privater Investor bei solchen Vorgaben eigentlich noch Häuser und Wohnungen bauen? Wenn ich entscheiden muss, ob ich mein privates Geld bei solchen Vorgaben in den Wohnungsbau investiere oder an anderer Stelle, dann werde ich mich entscheiden, mein Geld irgendwo anders in die Hand zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen aber die privaten Investoren, um die Herausforderungen am hessischen Wohnungsmarkt zu lösen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Es ist ein Problem, dass wir hier immer wieder die privaten Investoren verschrecken. Das geht noch so lange gut, wie wir einen Zinsmarkt haben, der es scheinbar noch attraktiv gestaltet, ins Betongold zu investieren. Aber wehe, der Zinsmarkt ändert sich einmal. Dann bekommen wir an dieser Stelle ein richtiges Problem.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Ich hätte mich gefreut, wenn die SPD-Fraktion weiterhin bei ihrer Maßgabe geblieben wäre – der Kollege Michael Siebel und auch der Fraktionsvorsitzende Schäfer-Gümbel haben es immer wieder gesagt –: Wir werden das Problem nur lösen, wenn wir bauen, bauen, bauen.

(Beifall Freie Demokraten)

An dieser Stelle haben die Sozialdemokraten recht.

(Beifall Nancy Faeser (SPD))

Deswegen fehlen mir auch die Ansätze der Landesregierung. Wo bleibt die Bauoffensive? Wo sind die Baugrundstücke, die wir so dringend brauchen? Wo ist die Offensive, wann kommen Ergebnisse?

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten, Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, Ihr Koalitionsvertrag bietet überhaupt keinen Anlass, Hoffnung zu haben, dass wir irgendwo ein Stück weiterkommen.

(Beifall SPD)

Wir brauchen auch neue Ideen. Wir haben einen neuen Bauminister. Respekt, er hat es zumindest erkannt. Ich meine, unter uns: Ein schlechteres Zeugnis kann man einer Kollegin nicht ausstellen, als dass man eine gesamte Abteilung aus ihrem Ministerium ins eigene Ministerium holt und sagt: Jetzt werden wir das Problem einmal angehen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Aber da hat jeder seine eigenen Interessen.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Herr Kollege Lenders, Sie müssten langsam zum Schluss kommen.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Ich würde mir wünschen, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir mit seriellem Bauen, industriellem Bauen, Steueranreizen und Deregulierung weiterkommen und wie wir es am Ende schaffen, das nötige Bauland auszuweisen. Da hat ein neuer Staatsminister alle Chancen. Geben wir sie ihm, hören wir ihm zu. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Lenders. – Als Nächster hat Herr Abg. Kasseckert von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(René Rock (Freie Demokraten): Sag mal, was du wirklich denkst!)

Heiko Kasseckert (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Der Kollege Rock hat mich aufgefordert, zu sagen, was ich wirklich denke. Dem will ich gerne nachkommen.

(Holger Bellino (CDU): Das macht er doch immer!)

– Genau, das mache ich eigentlich immer. – Deshalb will ich vorweg sagen: Wenn wir das große Problem der Wohnungsnot lösen wollen, dann lösen wir es nicht mit kleinen Schritten. Insofern kann ich in einigen Punkten dem zustimmen, was Herr Lenders vorgetragen hat. Die einzige Lösung gegen Wohnraumknappheit, gegen den Wohnraummangel ist der Zubau von Wohnungen, sind keine zusätzlichen Verschärfungen für Investoren, keine Restriktionen, die Investoren abschrecken. Deshalb werden wir selbstverständlich beide Gesetzentwürfe ablehnen.

Wir haben in der Metropolregion – auch da sind wir uns, glaube ich, in der Analyse einig – in den letzten Jahren ein starkes Wachstum. Von 2011 bis 2016 haben wir allein in der Metropolregion Frankfurt einen Zuwachs von etwa 6,3 %. Das sind 150.000 neue Einwohner, die Wohnungen suchen, und die Tendenz ist steigend.

Wir haben eine Fertigstellung von 9.000 bis 10.000 Wohnungen in dieser Zeit. Wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass wir uns mit den kleinen Maßnahmen eines Zweckentfremdungsgesetzes maximal im unteren dreistelligen Bereich bewegen – die Zahlen hat Frau Barth vorhin selbst genannt –, dann muss uns klar sein, dass dies auf keinen Fall die Lösung des Problems sein kann.

(Zuruf Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen dieses Themas intensiv zur Brust genommen. Wir haben intensiv darüber verhandelt, und wir haben schon in der vergangenen Legislaturperiode die ersten Weichen dafür gestellt. Die ersten Weichen bedeuten, dass wir mit rund 2,2 Milliarden € Fördermitteln verschiedene Instrumente in die Hand nehmen werden, um genau das zu schaffen, was notwendig ist: nicht nur Wohnraum, sondern auch Bauland zur Verfü-

gung zu stellen, damit Investoren in der Lage sind, Wohnraum an der richtigen Stelle zu schaffen.

Wir werden in diesem Zusammenhang natürlich auch darüber nachdenken, auf der einen Seite bezahlbaren Wohnraum in der Pflicht staatlicher Gesellschaften zu aktivieren. Ich glaube, dass das notwendig ist. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass auch die staatlichen Gesellschaften, die Wohnungsbaugesellschaften der Städte und auch des Landes, sich in dem Markt bewegt haben, der eigentlich auf dem freien Markt geregelt ist, und ihre Kernaufgabe, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, mitgemacht, aber nicht in den Fokus gestellt haben.

Das wird eine Aufgabe sein, die wir in den nächsten Jahren aktivieren wollen. Staatliche Wohnungsbaugesellschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen wieder stärker in bezahlbaren Wohnraum investieren.

Aber auch das ist ganz klar ein Ziel der Union: Wir wollen auf der anderen Seite in die Schaffung des Eigentums investieren. Ich glaube, auch das hat Herr Lenders angesprochen: Wir wollen für Mieter die Möglichkeit schaffen, in Eigentum zu investieren.

(Beifall Holger Bellino (CDU))

Wir wollen Mietern Möglichkeiten schaffen, mit Immobilien Altersvorsorge zu betreiben. Deshalb wird ein Teil der Fördermittel in Zukunft sicherlich auch auf solche Instrumente verwendet werden müssen.

Wenn wir über das Bauen reden, müssen wir auch über das Planungsrecht reden. Selbstverständlich müssen wir über das Planungsrecht reden. Einige von uns bzw. von Ihnen sitzen auch in den unterschiedlichen Gremien der Regionalversammlungen oder des Regionalverbandes.

Wir können uns einmal die aktuelle Zahl des Regionalverbandes ansehen. Das weiß ich noch aus meiner Zeit. Ich habe damals den ersten Regionalen Flächennutzungsplan auf die Reise geschickt. Er hat für die Metropolregion 2.500 ha Angebotsflächen zur Verfügung gestellt. Im achten Jahr danach sind heute nur 16 % tatsächlich entwickelt.

Das heißt, wir müssen darüber nachdenken, was für die Kommunen die Hürde ist, dass sie das Bauland nicht entwickeln. Woran liegt das? Es liegt nicht an dem Angebot an möglichen Flächen. Möglicherweise liegt es daran, dass das Bauen in der letzten Konsequenz für eine Kommune bzw. für den kommunalen Haushalt zu teuer ist. Vielleicht liegt es auch daran, dass das Baurecht zu kompliziert ist. Bauen nach dem Baurecht dauert zu lange, um es am Ende zur Wirkung zu bringen. Wir haben im Koalitionsvertrag niedergeschrieben, dass wir uns intensiv anschauen werden, wo wir Vereinfachungen schaffen können, wo wir Bürokratie abbauen können und wo wir das Planungsrecht vereinfachen können.

Wenn wir über das Wohnen in der Metropolregion reden, bedeutet das, dass wir nicht nur über den Ballungsraum reden, sondern dass wir für die ganze Region darüber nachdenken müssen, was uns natürlich fordert, dass wir auch den Verkehr näher an die Region holen müssen. Wir müssen in den öffentlichen Personennahverkehr investieren. Es gibt selbstverständlich verschiedene Alternativen. Sie haben in den letzten Tagen beispielsweise die Diskussion über den Bau von Seilbahnen in der Metropolregion verfolgen können. All diese Themen werden uns in den nächsten Jahren hinsichtlich dieser Frage beschäftigen.

Ich glaube, am Ende ist eines klar. Ich komme an den Anfang meiner Rede zurück. Die Probleme können wir nicht in kleinen Schritten lösen. Die Probleme können wir nur mit dem Zubau und dem Neubau von Wohnungen lösen.

Die Quote der Zweckentfremdung, die wir in unserer Region haben, liegt im Übrigen weit unter dem, was wir in der Bundesrepublik haben. Sie liegt in etwa bei der Hälfte, ich glaube, bei 1,4 %.

Frau Barth, dieser Gedanke sollte Ihnen vielleicht auch noch mit auf den Weg gegeben werden: Die Wohnungen, von denen Sie reden und die Sie dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen wollen, sind mit Sicherheit keine in einer Qualität, bei der wir über bezahlbaren Wohnraum sprechen. Deshalb ist dieses vorgeschlagene Gesetz aus unserer Sicht für die Lösung des Problems ungeeignet. Deshalb werden wir beide Gesetzentwürfe ablehnen und werden in den nächsten Tagen mit eigenen, sicherlich sehr für die Zukunft tragenden Vorschlägen an Sie herantreten. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Ihr könntet wenigstens eine Anhörung machen!)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank. – Als Nächste hat sich Frau Förster-Heldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes habe ich die Bitte, ob man mir ein Glas Wasser bringen kann. Wir sitzen schon sehr lange hier und haben keine Mittagspause. Das halte ich alles aus. Aber ich bräuchte gerade einmal etwas zu trinken. Vielen Dank dafür.

Ich habe festgestellt, dass wir, wenn es um die Wohnungspolitik geht, in ganz vielen Bereichen einer Meinung sind. Herr Bellino, wir sind auch einer Meinung – – Ach, er hört es nicht einmal.

Wir sind auch einer Meinung, wenn wir darüber reden, dass die Mieterinnen und Mieter geschützt werden müssen und dass wir mehr bezahlbare Wohnungen brauchen.

Nur bei der Wahl der Mittel gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Ich finde, in den Redebeiträgen wurde ganz deutlich, wie groß dieses Delta ist. Ich bin der absoluten Überzeugung, dass wir in unserem Koalitionsvertrag Gutes stehen haben und dass wir in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht haben.

Herr Kasseckert, sehen Sie es mir nach. Es ging nicht allein darum, darüber zu reden. Vielmehr wurden konkret Dinge umgesetzt. Das möchte ich hier schon einmal festhalten: Von dieser Koalition wurde eine ausgesprochen gute Grundlage für eine aktive Wohnungspolitik in der Zeit nach 2013 gelegt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Schauske (DIE LINKE): Davon haben die Mieterinnen und Mieter aber nichts mitbekommen!)

Wir haben hier schon mehrfach festgestellt, warum diese Fehleinschätzung in den letzten Jahren passiert ist. Warum

hat man diese Entwicklung in den Jahren um 2000 herum noch falsch eingeschätzt?

Herr Schalauske, Sie konnten es sich nicht verkneifen, auf Wohnungsverkäufe hinzuweisen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Sie haben in Berlin auch 60.000 Wohnungen verkauft.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Er nicht!)

– DIE LINKE hat in Berlin nach dem Jahr 2000 noch 60.000 Wohnungen verkauft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber nicht er!)

Diese Koalition hat genau erkannt, dass es wichtig ist, alle Player in der Immobilienbranche zusammenzubringen. Das sind gerade auch diejenigen, die den Bestand halten. Das sind aber auch die privaten Investoren und vor allem auch die privaten Wohnungsbesitzer. Sie haben nämlich das Gros, also den überwiegenden Teil am Wohnungs- und Mietmarkt. All diese Player brauchen wir. Mit diesen Playern müssen wir zusammenarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Eines ist auch vollkommen klar: All diese Player können sich auf diese Koalition verlassen. Denn die Förderung für sozialen Wohnungsbau wurde immer weiter aufgestockt und wird auch jetzt wieder auf 2,2 Milliarden € bis 2024 aufgestockt werden. Diese Verlässlichkeit braucht der Wohnungsmarkt in Hessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Es werden aber keine bezahlbaren Wohnungen gebaut)

Natürlich haben wir den Anspruch, Stadt und Land im Auge zu behalten. Es geht auch darum, welche Bedarfe wo vorhanden sind. Deswegen ist es nicht sinnvoll, einzelne Maßnahmen umzusetzen und zu sagen: Das ist etwas, wo wir noch etwas tun könnten. – Möglicherweise könnte man das schon. Aber wirklich wichtig ist die Fülle der Maßnahmen, die in den letzten fünf Jahren von Priska Hinz umgesetzt wurden.

(Tobias Eckert (SPD): Deswegen darf sie das auch weiter machen! Nein, es ist ja anders!)

Der Inhalt des Koalitionsvertrags wird jetzt umgesetzt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich finde nach wie vor, die Forderung der Architektenschaft ist wirklich nicht immer nachvollziehbar. Einige habe ich tatsächlich überzeugen können. Ich finde es nämlich durchaus sinnvoll, den Wohnungsbau auf mehrere Schultern zu verteilen, das also breit anzulegen. An der Leistungsbilanz der letzten fünf Jahre kann man ablesen, dass da wirklich die Grundvoraussetzungen geschaffen wurden.

(Tobias Eckert (SPD): Warum verändern Sie es dann?)

Ich will weitermachen und will Ihnen noch einmal sagen, warum wir hinsichtlich der Kleinteiligkeit in diesem Gesetzentwurf unterschiedlicher Meinung sind. Denn es gibt eine ganze Menge Maßnahmen, die jetzt schon greifen und die demnächst noch mehr greifen werden.

(Zuruf SPD: Welche denn?)

Ich beziehe mich da auf die Änderung der Hessischen Bauordnung. Das war eine der ersten Gesetzesänderungen, die ich hier mit begleitet habe. Ich habe Minister Tarek Al-Wazir schon sehr bewundert. Ich fand, das grenzte an betreutes Regieren. Er ist mit vehementer Überzeugungskraft in wirklich kleinteiligen Debatten meinem Empfinden nach auch auf die schrägsten Argumente eingegangen. Manchmal hatte es keinen Erfolg. Manche sind einfach unbelehrbar, oder sie haben die Komplexität des Sachverhalts nicht verstanden.

Bei der ganzen Angelegenheit ist die Änderung der Förderrichtlinien wichtig. Da kommt zum Tragen, dass Studierende und andere Menschengruppen, die besondere Bedarfe haben, in den Förderrichtlinien berücksichtigt sind.

Wir haben einen Genehmigungsvorbehalt für Umwandlungen, es wurde bereits erwähnt. Wir haben die Kündigungsfrist ausgeweitet. Wir haben ein Modell der Konzeptvergabe, bei dem sich das Land aktiv mit den Kommunen daran beteiligen kann, dass es mehr Qualität in der Entwicklung von Bauflächen gibt. Wir haben den Vorrang von Eigenheimförderung zurückgenommen

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Sie wollten doch das Wohneigentum fördern! Jetzt bin ich verwirrt!)

und sind bei der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe. Wir haben die Mietpreisbremse im Bund transparenter und schärfer gestellt. Zudem haben wir, gerade in Hessen, die Förderung von gemeinschaftlichem genossenschaftlichem Wohnen – das ist ganz besonders wichtig, weil wir festgestellt haben, dass der Bedarf immer mehr in Richtung kleiner Wohnungen geht. Deswegen ist es wichtig, Wohnungsformen bzw. Gemeinschaftsformen zu entwickeln, bei denen mehrere Menschen in einem eigenen kleinen Sozialverband wohnen können, weil wir dann wieder den Flächenverbrauch pro Person etwas zurückschrauben können. Auch das wird eine Zukunftsaufgabe sein.

Wir haben die Nassauische Heimstätte gestärkt und werden jetzt darüber nachdenken, sie weiter zu stärken. Die Bauland-Offensive wurde erwähnt. Die Kappungsgrenzenverordnung sei auch genannt; das Wohnungsaufsichtsgesetz gibt den Kommunen die Möglichkeit, die Umwandlung in Ferienwohnungen zu verhindern.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Förster-Heldmann, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ungern, ich hätte noch so viel zu sagen, nämlich dass der sozial-ökologische Aspekt ganz wichtig ist. Jetzt lasse ich alles weg, was ich noch sagen wollte. Neben den vielen wichtigen Dingen in dem Delta, in dieser Diskussion, die Sie heute aufgemacht haben, von hier nach dort – ich möchte keine Namen nennen –, sage ich Ihnen: Wir liegen ganz richtig mit dem, was wir in den letzten fünf Jahren geleistet haben und was wir in den nächsten fünf Jahren noch leisten werden. Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist in diesem Bereich jetzt nicht wirklich viel gewesen!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung hat sich nun Herr Tarek Al-Wazir zu Wort gemeldet.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zuallererst als generelle Feststellung: Wir haben im Ballungsraum ein Problem auf dem Wohnungsmarkt insgesamt. Das hat zwei Gründe, einen guten und einen weniger guten. Der gute ist: Wir sind eine attraktive Region, wir sind wirtschaftlich erfolgreich mit vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen, und das heißt natürlich auch, dass –

(Zuruf)

– Ich finde es spannend, dass ihr euch jetzt schon meldet, obwohl ich noch gar nichts gesagt habe, aber gut, geschenkt. – Deswegen ist völlig klar, dass eine attraktive Region auch eine Zuzugsregion ist.

Das Zweite ist, dass wir teilweise spekulative Übertreibungen haben. Das hat auch etwas damit zu tun, dass Menschen denken, dass man in diesen Tagen vorhandenes Vermögen in Betongold, wie der Kollege es formuliert hat, ganz gut anlegen kann. Das führt dazu, dass Grundstückspreise steigen, das führt dazu, dass Verkaufspreise steigen, und in der Folge führt es eben auch dazu, dass Mietpreise steigen. Ich will es an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Darüber müssten wir uns eigentlich alle einig sein, dass wir das gleiche Ziel haben, nämlich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ich glaube, das kann man an dieser Stelle einmal festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir alle wollen, dass jeder und jede – egal ob jüngere Familie, Studierende oder Rentnerinnen und Rentner – in Hessen eine Wohnung zu einem angemessenen Preis finden. Wir müssen uns wohl auch alle darüber einig sein, dass jede Wohnung, die im Ballungsraum unnötig leer steht – insbesondere dann, wenn damit spekuliert wird –, ein Ärgernis ist.

Die spannende Frage besteht darin, wie es gelingt, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – das ist das große Ziel. Dazu will ich ausdrücklich sagen: Hier haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gemacht. Wichtig ist, die Landesregierung hat sich in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gemacht.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Weit gekommen sind Sie aber nicht! – Zuruf SPD)

– Sie ist damit ziemlich weit gekommen. Im Gegensatz zu Rot-Rot in Berlin haben wir nicht 60.000 Wohnungen verkauft, Herr Kollege Schalauske.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man erst einmal hinbekommen. Wenn Sie schon so dazwischenrufen, Herr Schalauske: 60.000 Wohnungen hat Rot-Rot damals für 400 Millionen € verkauft, die sind jetzt 7 Milliarden € wert.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Ihre Antwort besteht darin, jetzt eine Enteignungsdebatte zu beginnen. Das ist keine erfolgreiche Politik.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Ich sage es nur einmal, aber egal. Am Ende wollen wir über die Frage reden, was wir hier in der Vergangenheit getan haben und was wir in der Zukunft tun werden, um das Problem, das es unzweifelhaft gibt, anzugehen und am Ende dafür zu sorgen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Die Kappungsgrenzenverordnung ist angesprochen worden, nämlich die Frage, wie man in angespannten Wohnungsmärkten dafür sorgen kann, dass bei bestehenden Mietverträgen nicht übermäßig erhöht wird. Die ist 2014 eingeführt worden, und die Koalitionspartner sind sich einig, dass sie weiterhin gelten soll und verlängert wird.

Die Mietenbegrenzungsverordnung, besser bekannt als Mietpreisbremse, eingeführt 2015: Wir sind uns einig, dass sie weiter gelten soll und dass sie natürlich auch Veränderungen aufnehmen soll. Dies wird sehr wahrscheinlich – die Regierungsanhörung läuft gerade – zu einer Ausweitung der Orte führen, an denen die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen gilt. Auch da sind sich die Koalitionspartner einig, dass es die sogenannte Mietpreisbremse in Hessen weiter geben soll.

Wir haben die Kündigungssperrfristverordnung in Hessen, nach der in bestimmten Bereichen, in denen der Wohnungsmarkt sehr angespannt ist – gerade zur Vermeidung von Spekulation bei Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum –, eine verlängerte Kündigungsfrist von fünf Jahren gilt. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass diese Frist in angespannten Gebieten auf acht Jahre verlängert werden soll.

Wir haben die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt, gegen den heftigen Widerstand mancher.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Sagen Sie ruhig, dass es gegen unseren Widerstand war, das ehrt uns!)

Wir sind uns einig, dass es die Fehlbelegungsabgabe weiter geben soll, um ausdrücklich den Gemeinden auch finanzielle Mittel für den sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wir haben die soziale Wohnraumförderung weiterentwickelt, und wir werden dies auch weiter tun. Die Frage, wie viel Geld in diesem Koalitionsvertrag bereitsteht, haben wir sehr deutlich beantwortet. Es war in der letzten Legislaturperiode so, und es soll auch in dieser Legislaturperiode so sein, dass kein Antrag auf geförderten Wohnraum am Geld scheitern soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Dann kommen wir in bestimmten Bereichen zum eigentlichen Problem: Es ist oft keine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Fläche, Herr Kollege Eckert. Da haben wir mit der Bauland-Offensive Etliches gestartet, und da werden wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen –

(René Rock (Freie Demokraten): Und ist schon etwas angekommen?)

– Ja, da ist schon einiges angekommen, Herr Kollege Rock, stellen Sie sich nur vor. Wollen Sie Beispiele hören?

(René Rock (Freie Demokraten): Gerne!)

– Gehen Sie einmal nach Heusenstamm und sehen sich das alte Telekom-Gelände an, um einmal ein Beispiel zu nennen. Auch das werden wir weiter machen.

(René Rock (Freie Demokraten): Kann man dort schon wohnen?)

Da brauchen wir alle Akteure. Da brauchen wir auch die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft, mit den Kommunen. Deswegen ist dieses Thema zu wichtig für die üblichen parteipolitischen Spielchen, wenn ich das an dieser Stelle einmal so sagen darf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Tobias Eckert (SPD): Wann kommt denn endlich einmal etwas zum Gesetzentwurf?)

Ich komme zum Gesetzentwurf. Sie sagen jetzt, dass Sie das Zweckentfremdungsgesetz wieder einführen wollen. Es geht darum – das ist ausdrücklich richtig –, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der bisher nicht zum Wohnen zur Verfügung steht. Jetzt ist die spannende Frage: Ist der Weg, den Sie vorschlagen, eigentlich geeignet? Oder gibt es nicht bessere Wege, die vielleicht zum gleichen Ziel führen, vielleicht sogar schneller?

Deswegen zur Frage, was das Problem ist. Haben wir eine relevante Umwandlung von Wohnraum in Büroraum, wie Kollegin Barth es hier gesagt hat? – Meine Antwort lautet: Nein, die haben wir nicht. Wir haben keine relevante Umwandlung von Wohnraum in Büroraum, wie das vielleicht noch in den Achtziger- und Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts der Fall war, weil wir in Frankfurt immer noch ungefähr 800.000 m² leer stehenden Büroraum haben. Wir arbeiten daran – –

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Minister, ich darf Sie auf die abgelaufene Redezeit hinweisen.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vielen Dank. – Wie ich jetzt gelernt habe, gibt es nach einer Sekunde Überschreitung sowieso fünf Minuten mehr. Das habt ihr jetzt von eurer Geschäftsordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Was soll denn das? – Anhaltende Zurufe SPD und DIE LINKE)

– Es tut mir leid. – Es geht an dieser Stelle im Gegenteil darum, dass wir die Umwandlung von ungenutztem Büroraum in Wohnraum verstärken. Das haben wir mit der Novelle der Hessischen Bauordnung im letzten Jahr gestartet, und das findet auch ganz real statt. Gehen Sie beispielsweise einmal in die Bürostadt Niederrad. Schauen Sie sich einmal an, was dort alles umgewandelt wird. Das, was früher einmal Büroraum war, wird jetzt zu Wohnraum. Schauen Sie sich einmal die ehemaligen KWU-Gebäude am Kaiserlei in Offenbach an; da findet genau das Gleiche statt.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Wir haben in einer solchen Situation an dieser Stelle nicht das Problem, das Sie beschreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Haben wir relevanten Leerstand in Frankfurt? – Die Antwort ist: Wir haben ihn nicht. Im Gegenteil: Das IWU sagt, dass wir in Frankfurt eine Leerstandsquote von 1,4 % haben. Normalerweise geht man davon aus, dass man für einen funktionierenden, fluktuierenden Wohnungsmarkt eine Leerstandsquote von ungefähr 3 % hat, weil ja immer Umrüge und Sanierungen stattfinden – mit allem, was dazugehört. Unsere Werte sagen, dass wir in Frankfurt deutlich darunter liegen. Das heißt: Auch an dieser Stelle haben wir das Problem so nicht.

Wir hatten ein Problem, nämlich die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen. Ich nenne jetzt einmal das Stichwort: Airbnb. Da ist eine Gesetzesnovelle gemacht worden, und die Stadt Frankfurt hat von dieser Ermächtigung auch Gebrauch gemacht und geht gegen das Problem vor. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich, dass man an dieser Stelle das Problem angegangen ist; denn es gab da ein relevantes Problem – und darauf gibt es dann auch Antworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt. Er ist mir an dieser Stelle auch wichtig: Wir haben ein Problem von spekulativem Leerstand,

(Elke Barth (SPD): Ja!)

nämlich dann, wenn Häuser gekauft werden, in denen Mietwohnungen sind und die Käufer darauf spekulieren, daraus Eigentumswohnungen zu machen. Wenn dann eine Wohnung leer ist – aus welchem Grund auch immer sie leer geworden ist; das muss sozusagen nicht immer durch Herauskehren erfolgen, das es auch gibt; manchmal geschieht es einfach, weil Leute ausziehen –, wird sie nicht weitervermietet, weil man darauf wartet, dass alle Wohnungen leer sind. Man kann ein Haus mit leeren Wohnungen dann viel „leichter“ und zu einem höheren Preis verkaufen.

Genau deswegen – damit die Milieuschutzsatzungen besser wirken – wollen wir den Kommunen ein Instrument an die Hand geben. Dieses Instrument ist – das ist schlicht der Punkt –, dass es dann den Genehmigungsvorbehalt bei einer solchen Umwandlung gibt. Wenn man den Kommunen dieses Instrument an die Hand gibt – davon bin ich überzeugt –, wird das sehr viel besser wirken als das, was Sie hier vorschlagen und womit Sie mit einem riesigen Aufwand vergleichsweise wenig erreichen. Wir wollen eher dafür sorgen, dass der Grund für die spekulativen Leerstände, die es gibt, entfällt. Wenn die Käufer wissen, dass sie am Ende mit ihrem Umwandlungsziel nicht weiterkommen, dann wird es den spekulativen Leerstand nicht geben, weil es dann bei Mietwohnungen bleibt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tobias Eckert (SPD): Genau da liegen die Probleme!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich darf trotzdem freundschaftlich darum bitten, dass Sie zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Genau. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Thema wird uns die ganze Legislaturperiode begleiten; da bin ich mir ganz sicher. Aber ich glaube schon, dass es am Ende immer wichtig ist, dass wir das machen, was die größtmögliche Wirkung entfaltet, und genau daran wollen wir arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Wir kommen zur zweiten Runde. Es hat sich für die SPD Frau Barth gemeldet.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht in eine zweite Runde gehen, aber es gab jetzt doch einige Redebeiträge, die mich so stark irritiert oder verärgert haben, dass ich noch einmal ans Mikrofon gekommen bin.

(Zurufe: Oh, oh, oh!)

Frau Förster-Heldmann, ich finde das jetzt wirklich ein starkes Stück: In der Wahl der Mittel hätten wir unterschiedliche Einschätzungen, oder es habe keinen Sinn, einzelne Maßnahmen umzusetzen. Teilweise bestreiten Sie dann auch, dass die Sachverhalte, die ich – –

(Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt doch gar nicht!)

– Nein, ich habe Sie eben zitiert. Ich habe mitgeschrieben. Sie können das auch selbst im Protokoll nachlesen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Protokoll ist noch nicht geschrieben!)

Teilweise bestreiten Sie die Sachverhalte, die wir mit unserem Gesetz regeln wollen – der Minister zum Teil dann aber auch wieder nicht. Ich kann Ihnen jetzt ein Zitat aus Ihrem Wahlprogramm nicht ersparen:

In einst populären, gewachsenen Stadtvierteln schreitet die Verdrängung voran: Kündigung nach Aufteilung und Umwandlung in Eigentum, „kalte“ Entmietung per Baustelle und Modernisierung sind an der Tagesordnung. Es gibt spekulativen Leerstand, und durch Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen wird Wohnraum dem Mietmarkt entzogen. Hier gilt es gegenzusteuern.

(Beifall SPD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe GRÜNE, was sagen Sie denn jetzt Ihren Wählern, die Sie vielleicht wegen solcher Pläne gewählt haben?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber hat der Minister doch gerade gesprochen! Haben Sie nicht zugehört? Oder haben Sie das schon vorher aufgeschrieben?)

Aber es gibt ja den schönen Spruch: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

(Zurufe: Oh, oh, oh!)

– Ja, ich weiß, es gibt immer eine Zeit zwischen Wahlprogramm und Koalitionsvertrag.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber dann sagen Sie wenigstens, Sie konnten sich dort nicht durchsetzen, aber Sie sehen es eigentlich so wie wir.

(Beifall SPD)

Herr Al-Wazir, ich finde es mutig, dass Sie auf die Kappungsgrenzenverordnung, die Mietpreisbremse, eingegangen sind. Das ist ja nun doch eine Verordnung, die von Ihrer Vorgängerin eingeführt wurde, die jedoch einige Fehler enthalten hat, was auch die Gerichte festgestellt haben. Ich bin auch gespannt, wie die Debatte weitergeht.

Sie weiten die Mietpreisbremse vermutlich von 16 auf 28 Kommunen aus, was ja nichts anderes heißt, als dass es inzwischen noch zwölf Kommunen mehr gibt, in denen wir angespannte Wohnungsmärkte haben. Damit bestätigen Sie übrigens, dass das Problem, das wir haben, durch Ihre erfolgreiche Politik in den letzten Jahren überhaupt nicht gebremst werden konnte. – Das zum einen.

Die Stadt Frankfurt ist übrigens äußerst irritiert, dass inzwischen zehn Stadtteile aus der Kappungsgrenzenverordnung herausgenommen werden sollen, was ich übrigens für einen Anachronismus halte;

(Beifall SPD)

denn bei steigenden Mieten ist es bekannterweise so, dass sich das Ganze dann immer weiter ausweitet und dass es ausstrahlt. Wenn heute nur in der Innenstadt oder im Westend die Wohnungen unbezahlbar geworden sind, dann suchen die Leute eben im nächsten Stadtviertel. Dass jetzt also mehr Stadtviertel ausgenommen werden sollen – in Bad Homburg übrigens neuerdings auch unser Villenviertel Dornholzhausen –, finde ich völlig absurd.

Eine andere Sache, die ich auch noch absurd finde, ist das Bild, das hier von den privaten Investoren gemalt wird, dem scheuen Reh, das um Himmels willen nicht verschreckt werden soll. Welcher kleine Häuslebauer kann sich denn hier im Ballungsraum überhaupt noch etwas leisten? Sie haben doch von den Grundstückspreisen gehört. Es war gerade jetzt erst wieder eine Aufstellung in der „Frankfurter Neuen Presse“. Daraufhin musste ich meine Rede umschreiben, weil ich noch von niedrigeren Preisen ausgegangen bin.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Oh, in Bad Homburg?)

Ich behaupte einmal: Wenn der Mieter seine Wohnung, die ihm von seiner Wohnungsbaugesellschaft angeboten wird, kaufen will, wird die Stadt, die lediglich einen Genehmigungsvorbehalt hat, sicherlich nicht dagegen einschreiten.

(Beifall Tobias Eckert und Torsten Warnecke (SPD))

Meine Damen und Herren, aber was Sie ignorieren, ist doch, dass die Flucht in Betongold inzwischen völlig andere Blüten treibt.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Barth, kommen Sie bitte zum Schluss.

Elke Barth (SPD):

Ja, ich bin relativ am Ende.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben inzwischen Investoren aus dem Ausland – Russen und Chinesen –,

(Robert Lambrou (AfD): Und Griechen!)

die hier einfach ihre Gelder parken und die deshalb Wohnungen leer stehen lassen. Wir haben Versicherungskonzerne, die ihr Immobilienportfolio aufwerten möchten. Ich hatte Ihnen das Allerheiligenviertel in Frankfurt noch genannt.

Meine Damen und Herren, wir werden an unserem Gesetzentwurf festhalten. Wir freuen uns auf die Anhörung. Ich bin der Meinung, es ist wirklich ein wichtiger Mosaikstein, um bezahlbaren Wohnraum wenigstens im Bestand zu erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächster hat sich Herr Lenders von der FDP gemeldet.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man sollte mit einem solchen Gesetzentwurf vernünftig umgehen, offen in ein Anhörungsverfahren eintreten, die Argumente auf sich wirken lassen sowie hier und da mal abwägen.

Von der CDU-Fraktion haben wir im Statement ihres Sprechers schon gehört, dass sie pauschal den Gesetzentwurf ablehnt, ohne in die Anhörung hineinzugehen. Aber vor allen Dingen – ich habe es gesagt – haben wir es mit einem neuen Staatsminister zu tun, der das erste Mal zum Wohnungsbau gesprochen hat. Ich habe gesagt: Hören wir ihm mal zu. – Ich habe versucht, das aufmerksam zu machen, und musste dann feststellen: Zum eigentlichen Gesetzentwurf hat er nichts gesagt.

(Vereinzelte Zustimmung SPD)

Sie sind am Ende ein bisschen darauf eingegangen nach dem Motto: Wir haben eigentlich gar nicht das Problem, dass Wohnungen in gewerbliche Immobilien umgewandelt werden. – Von einem Staatsminister könnte man erwarten, dass er sagt, welche Auswirkungen nach seiner Einschätzung dieses Gesetz haben würde und welche Wirkungen es in die eine oder andere Richtung entfalten könnte; das kann man für gut oder schlecht halten. Dazu hat er aber nichts gesagt.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Es gab auch keine rechtliche Würdigung. Ich erwarte von einem Mitglied der Landesregierung, ein bisschen eine rechtliche Würdigung vorzunehmen. Wir haben es mit einem Gesetzentwurf zu tun, der sich viel mit dem Eigentumsrecht, mit elementaren Rechten von Bürgerinnen und Bürgern beschäftigt.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Was ist das denn?)

Dazu sagt ein Staatsminister nichts.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – René Rock (Freie Demokraten): Nur Blabla!)

Meine Damen und Herren, was Staatsminister Al-Wazir zum Wohnungsbau genannt hat – Ziele der Landesregierung –, war dann ein „Weiter so wie bisher“: Weiter so, wir waren so erfolgreich in den letzten fünf Jahren – das ist den wenigsten aufgefallen – unter Schwarz-Grün, dass wir diese Politik fortsetzen wollen.

(René Rock (Freie Demokraten): Nichts passiert! – Weitere Zurufe Freie Demokraten)

Herr Al-Wazir, Sie müssen uns irgendwann einmal erklären, warum das Bauressort von Staatsministerin Hinz zu Ihnen gewandert ist. Erklären Sie uns das einmal. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächste hat sich Frau Förster-Heldmann noch einmal zu Wort gemeldet.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Eigentlich habe ich Hunger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf: Wir auch! – Weitere Zurufe)

aber wenn ich gefragt werde, will ich gern antworten. Ich bin gefragt worden: Was sagen Sie eigentlich Ihren Wählerinnen und Wählern? – Frau Barth, Sie wissen, ich bin direkt gewählt worden. Ich bin auch Mitglied eines Aufsichtsrates eines kommunalen Wohnungsunternehmens. Ich bin ständig im Gespräch. Ständig antworte ich mit Blick auf Anforderungen von Mietern, von Menschen, die sich insgesamt mit Wohnungspolitik beschäftigen, und ich habe auch einen Austausch mit denjenigen, die verantwortlich sind – auch mit meiner Beteiligung – für unser Wahlprogramm. Da wird eigentlich deutlich – Sie haben es selbst gesagt –: Hier gilt es, gegenzusteuern.

Was der Minister in seinen deutlichen Worten eben gesagt hat, ist praktisch die Summe dessen, was an Gegensteuerung jetzt geplant ist.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Förster-Heldmann, lassen Sie eine Frage des Kollegen Naas zu?

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein.

(René Rock (Freie Demokraten): Was „nein“? – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Schade!)

Die Diskussion, die eben geführt worden ist, kann ich nicht verstehen. Bei manchen frage ich mich: Wo leben Sie? Wenn Herr Lenders sich hierhin stellt und fragt: „Wo ist denn das Bauland? Wo ist denn die Offensive?“, sage ich –

(Widerspruch)

– Dann war es jemand anderes, Entschuldigung.

(Elke Barth (SPD): Sie wollten doch gegen Entfremdung vorgehen! Sie wollten doch dagegen vorgehen!)

Jemand hat das gefragt, und dann habe ich gesagt: Fahren Sie doch einmal nach Offenbach – Sie müssen gar nicht in meine Heimatstadt Darmstadt fahren –, da wird an jeder Ecke gebaut; das ist kaum noch auszuhalten, aber notwendig. Wir machen es auch, obwohl wir weniger Flächen als andere Kommunen haben; das ist das Problem bei uns. An allen Ecken und Enden wird gebaut – mit den Fördermaßnahmen des Landes Hessen und dessen Unterstützung; das ist ganz wichtig bei dem Thema.

Wenn wir über Wahlprogramme und Kernumsetzungen von problematischen Dingen reden, muss ich sagen: Wir fühlen uns mit dem Koalitionsvertrag, der im Übrigen nahezu einstimmig von den GRÜNEN verabschiedet worden ist, sehr wohl,

(Elke Barth (SPD): Umso schlimmer!)

weil wir mehrere Maßnahmen haben, die genau das bekämpfen sollen. Im Ergebnis werden wir das auch so schaffen.

(Tobias Eckert (SPD): Also wollen Sie kein Zweckentfremdungsverbot?)

Wenn Sie das Beispiel Bayern nennen, entgegne ich: Die Umwandlung bzw. Zweckentfremdung bezieht sich auf die Ferienwohnungen.

(Elke Barth (SPD): Das ist doch schon geregelt! – Tobias Eckert (SPD): Das war vor der Wahl schon! – Elke Barth (SPD): Vor der Wahl!)

Diese Maßnahme haben wir bereits umgesetzt. Jetzt haben wir auch die Möglichkeit, hier in Hessen darüber nachzudenken – wir in Darmstadt haben festgestellt, dass das möglicherweise 150 Wohnungen betrifft –, dieses Umwandlungsverbot jetzt auch in städtische Satzungen aufzunehmen. Sie sehen, wir arbeiten an allen Ecken und Enden.

Herr Lenders, Folgendes muss ich Ihnen persönlich sagen:

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Vorsicht an der Bahnsteigkante! – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten): Nur raus!)

Die Art und Weise, wie Sie die Ministerin angegriffen haben und versuchen, hier sozusagen eine Pseudospaltung hinzubekommen, finde ich nicht gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Holger Bellino (CDU) – Zurufe Freie Demokraten: Oh!)

Ich finde das deswegen nicht gut, weil ja alle – unter anderem auch Ihre Kollegen und Sie selbst – im Wahlkampf auf sämtlichen Podiumsdiskussionen gesagt haben – –

(Tobias Eckert (SPD): Sie haben nicht gesagt, ob Sie ein Zweckentfremdungsverbot wollen oder nicht!)

Da haben Sie den Architekten nach dem Mund geredet. Die Einzige, die immer gesagt hat: „Überlegt euch gut, was ihr da eigentlich fordert“, war ich.

(Zuruf Freie Demokraten: Mann, Mann, Mann!)

Das habe ich auch eben schon gesagt.

(Tobias Eckert (SPD): Aber Sie machen es ja nicht!)

Alle haben den Architekten nach dem Mund geredet und haben gesagt: Wir wollen ein Bauministerium, weil wir das so denken. – Jetzt wird das umgesetzt. Man hat einen Staatssekretär, der dafür zuständig ist. Jetzt passt Ihnen das auch nicht, und Sie sagen: Das kann ja nur eine Abstrafung der vorherigen Amtsperson sein.

(René Rock (Freie Demokraten): Wie soll man das sonst verstehen? – Weitere Zurufe SPD und Freie Demokraten)

Ich sage Ihnen: Was seit 2013 in der Koalition geleistet worden ist, ist in all den Jahren zuvor – auch unter Ihrer Verantwortung – nicht geleistet worden. – So, und jetzt gehe ich in die Mittagspause.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe SPD und Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Naas gemeldet.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz intervenieren auf die Vorrede der Kollegin Förster-Heldmann. Ich finde es schon sehr verwunderlich, dass Sie sich hierhin stellen und noch einmal für bezahlbaren Wohnraum werben – Sie haben eben von der Wohnungsbaugesellschaft in Darmstadt gesprochen und gesagt, dass Sie dort im Wohnbauverein aktiv sind –, wenn da Mieterhöhungen von 20 % bis 25 % anstehen.

(René Rock (Freie Demokraten): Oh! – Elke Barth (SPD): Hört, hört!)

Da haben sich nämlich Ihre Mieter an uns gewendet. Sie haben sich massiv an uns gewendet.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, DIE LINKE und einzeln AfD)

Das sind Luxussanierungen. Das Erste wäre, dass man dort schaut, wo man herkommt, dass die Wohnungen nicht teurer werden, etwa am Spessarttring in Darmstadt – das ist die entscheidende Frage –, denn da sind nämlich im Moment Mieterhöhungen gang und gäbe.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, DIE LINKE und einzeln AfD)

Das sind Mieterhöhungen, die wirklich nicht notwendig wären,

(Zuruf Freie Demokraten: Wohlstandspopulismus!)

wo die Mieter sehr zufrieden waren, wo Studenten wohnen, die in Darmstadt studieren, und wo es wirklich notwendig ist, die Mieten so zu belassen. Ich würde Sie sehr darum bitten, vor Ihrer eigenen Haustür zu kehren. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, SPD, DIE LINKE und einzeln AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Förster-Heldmann, wenn Sie darauf reagieren möchten, kommen Sie bitte nach vorne.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Sie schon dieses tolle Beispiel – –

(Zurufe: Stopp, stopp, stopp! – Mikro!)

Sie haben schon grob reingehauen. Dann mache ich das halt auch mal.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Das haben Sie die ganze Zeit gemacht! Austeilen, aber nicht einstecken können!)

Das ist typisch FDP, auf einer blöden Debatte, wie ich finde, sozusagen auszurutschen und das zu verallgemeinern. Das, finde ich, ist echt unterirdisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wenn Sie sich in Darmstadt auskennen würden, würden Sie wissen, dass der Bauverein mit seinen Mieterhöhungen in der Regel unter den gesetzlich zulässigen Prozentsätzen und unter dem liegt, was auch die Nassauische Heimstätte und die ABG in Frankfurt machen.

(Zuruf Freie Demokraten: Stimmt doch gar nicht!)

– Doch, das stimmt sehr wohl. Sie können sich die Statistiken anschauen. Egal. Fisch – wie meine Kollegin früher immer gesagt hat.

Eines muss sicher sein: Dieser spezielle Fall im Rhönring ist mit einer intensiven Beteiligung und mit einem langen Vorlauf passiert.

(Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Dort sind Vorgaben des Denkmalschutzes umgesetzt worden. Der hessische Denkmalschutz hat an dieser Stelle Forderungen gestellt.

Die 25 %, die Sie jetzt angeben, stimmen so nicht. Ich werde Ihnen ein Papier dazu nachliefern, weil mir die exakten Fakten im Augenblick fehlen.

Der ganze Prozess ist im Rahmen einer Mieterbeteiligung vollzogen worden. Es gab einen Mieter, der sich persönlich profilieren wollte. Dieser hat alle aufgewiegelt und ist zu allen Parteien gegangen.

(Zurufe)

– Da wäre ich mir nicht so sicher, Herr Hahn. Herr Hahn hat gesagt, es sei kein FDP-Mensch gewesen. Da wäre ich mir nicht so sicher.

Es war aber so, dass er genau diesen Punkt verallgemeinert hat, vereinfacht hat und das pauschal abgeurteilt hat, und das ist nicht richtig.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. – Wohnungspolitik ist mehr als solche einfachen Fakten und Daten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächster spricht Herr Schalauske von den LINKEN.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war und ist eine wirklich aufschlussreiche Debatte. Ich bin ausdrücklich dankbar für den Redebeitrag von Frau Förster-Heldmann. Das Bild, das Sie von Mieterinnen und Mietern haben, ist wirklich unter aller Kanone. Das hat Ihr Redebeitrag deutlich gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD und Freie Demokraten)

Wenn Sie in irgendeiner Art und Weise Verantwortung für Wohnungsbaugesellschaften tragen sollten, dann sollten Sie sich die Frage stellen, ob Sie da an der richtigen Stelle sind – nach dem, was Sie gerade im Hessischen Landtag gesagt haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD und Freie Demokraten)

Es liegen sehr konkrete Gesetzentwürfe von zwei Oppositionsfraktionen vor. Statt sich konkret mit diesen Gesetzentwürfen zu beschäftigen, begibt sich der zuständige Minister darin, minutenlang parteipolitische Spielchen zu betreiben, sodass er am Ende nicht einmal mehr zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen kommt.

(Beifall DIE LINKE, SPD und Freie Demokraten)

Vielleicht ist das aber auch Ihre Absicht. Der CDU-Kollege Kasseckert hat gesagt, Sie würden die Gesetzentwürfe ohnehin ablehnen. Das sagen Sie hier und jetzt, noch bevor überhaupt eine Anhörung stattgefunden hat. Das zeigt doch, wie ernsthaft Sie sich mit unseren Vorschlägen auseinandersetzen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt AfD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das zeigt, wie Sie mit Gesetzentwürfen aus den Reihen des Hessischen Landtags umgehen. Sie müssen sich selbst einmal fragen, ob das eines Parlaments würdig ist.

Außerdem möchte ich mit einem politischen Märchen aufklären, das die FDP immer wieder in die politische Debatte trägt. Sie sagen, das Kapital sei ein scheues Reh, und man solle es doch bitte nicht verschrecken. Schauen wir uns einmal das scheue Reh an. Die Immobilienpreise schießen in den Himmel. Es werden noch und nöcher hochpreisige Luxuseigentumswohnungen gebaut. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise boomt die Immobilienindustrie. Das Kapital und Superreiche suchen immer weiter profitable Anlagemöglichkeiten. Wissen Sie, was, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ihr scheues Reh, das Kapital, hat sich ziemlich fett gefressen, weil es ständig mit Betongold gefüttert wird. Das geht zulasten der Mieterinnen und Mieter. Deswegen brauchen wir ein Gesetz gegen Zweckentfremdung und Leerstand.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir in dieser Debatte etwas gelernt haben, dann das, dass alle Mieterinnen und Mieter in Hessen wissen müssen, dass sie von dieser Rechtsaußenpartei hier im Landtag nichts, aber auch gar nichts zu erwarten haben;

(Beifall DIE LINKE)

denn diese Partei bedient einzig und allein die Interessen der Immobilienwirtschaft. Lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen, liebe Hessinnen und Hessen.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Punkt ist ja richtig. Das Problem des Leerstands von Büroflächen mag geringer geworden sein, als dies noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist. Das ist aber doch kein Argument, keine Maßnahmen gegen den Leerstand zu Spekulationszwecken und gegen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu ergreifen. So ist es übrigens im grünen Wahlprogramm angekündigt worden. An dieser Stelle hat Frau Barth vollkommen recht. Diese Maßnahmen brauchen wir, und das ist Grundlage der Gesetzentwürfe.

Natürlich ist der Hinweis, dass mehr Maßnahmen notwendig sind, kein Argument gegen ein Gesetz gegen spekulativen Leerstand, Zweckentfremdung und falsche Umwandlung.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich brauchen wir mehr und entschlossenere Schritte. Sie können sich darauf verlassen, dabei werden wir die schwarz-grüne Landesregierung in den nächsten Monaten kritisch begleiten, weil die vergangenen Jahre gezeigt haben, dass Sie das auch bitter nötig haben.

(Beifall DIE LINKE)

Um dem Mietenwahnsinn in Hessen ein Ende zu setzen, brauchen wir nicht nur parlamentarische Debatten und gute Gesetze. Mit unseren Gesetzentwürfen wollen Sie sich ja leider nicht auseinandersetzen. Es braucht vor allem Druck aus der Gesellschaft und auf der Straße. In diesem Sinne gilt für uns: Wohnraum für alle. Stadt für alle.

In Freiburg wollten die GRÜNEN kommunale Wohnungsbestände verkaufen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da, wo Sie Verantwortung tragen, verscheuern Sie die Wohnungen, Herr Kollege Schalauske! Das ist Fakt!)

Dies ist nur durch den Druck der Mieterinnen und Mieter verhindert worden. Insofern sollten Sie lieber einmal kleinere Brötchen backen.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Auf meiner Rednerliste steht Herr Gagel von der AfD.

Klaus Gagel (AfD):

Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Ich bin ziemlich entsetzt über die Debatte, die hier im Hessischen Landtag geführt wird.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Und wir über Ihre Position!)

Ich bin echt entsetzt, wie hier über ein so wichtiges Thema diskutiert wird, angefangen von der CDU über die SPD. Ehrlich gesagt, haben Sie alle gar keine Ahnung von dem Thema. Null Komma null.

(Beifall AfD – Zurufe)

Wissen Sie auch, warum? – Weil Sie nur am Symptom herumdoktern. Sie haben das Symptom Wohnungsmangel entdeckt. Und was machen Sie dann?

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

– Jetzt halten Sie doch mal die Klappe. – Was zeigen denn Ihre beiden Gesetzentwürfe?

(Unruhe – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das geht nicht!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Gagel, das war wirklich unparlamentarisch. Ich bitte Sie, solche Worte hier nicht zu verwenden.

Klaus Gagel (AfD):

Gut.

(Zuruf: Das müsste man normalerweise rügen!)

Sie zeigen letztlich, dass Sie an einem Symptom herumdoktern und dies mit sozialistischer Mängelverwaltung irgendwie kurieren wollen.

(Beifall AfD)

Das müssten insbesondere Sie von der Linkspartei doch wissen. Das hat schon in der DDR nicht funktioniert. Es wird auch hier bei uns nicht funktionieren. Das große Problem, das wir auf dem Wohnungsmarkt haben, ist doch die seit 2015 mehr oder weniger unkontrolliert stattfindende Migration.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Da haben wir es wieder, das Thema! – Zurufe)

– Da lachen Sie. Ich erkläre es Ihnen jetzt einmal, damit Sie es einmal kapieren.

(Unruhe – Glockenzeichen – Jan Schalauske (DIE LINKE): Die Menschen gegeneinander ausspielen!)

Sie alle haben zwei Millionen Menschen ins Land gelassen.

(Unruhe – Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie haben keine Ahnung vom Thema!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe, meine Damen und Herren.

Klaus Gagel (AfD):

Sie haben das gemacht. Sie haben zwei Millionen Menschen unkontrolliert ins Land gelassen. Diese sind auf eine Wohnungsinfrastruktur hier im Land gestoßen.

(Lena Arnoldt (CDU): Reden Sie doch mal zum Thema!)

Was passiert denn, wenn Sie zwei Millionen Menschen unkontrolliert ins Land lassen?

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Meinen Sie denn, diese Menschen brauchen keinen Wohnraum?

(Beifall AfD – Unruhe)

Wir diskutieren hier doch am Ende des Tages über das Ergebnis einer vollkommen verfehlten Politik, und zwar angefangen von der CDU bis ganz nach links. Es ist alles falsch.

(Manfred Pentz (CDU): Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Am Ende des Tages doktern Sie an einem Symptom herum, das sich Jahre später zeigt. Das Symptom heißt nämlich Wohnungsknappheit. Ich kann Ihnen einmal genau erklären, wie das funktioniert.

(Zurufe DIE LINKE – Manfred Pentz (CDU): Achtung! Jetzt kommt der Fachmann! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Und wie war das vor 2015? Da gab es nichts?)

– Ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

(Vereinzelt Lachen)

Sie müssen es schon einmal aushalten, dass ich Ihnen das jetzt so erzähle.

(Manfred Pentz (CDU): Ich bin tiefenentspannt! – Zurufe)

Ich bin selbst auch privater Investor am Wohnungsmarkt.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, ich bitte trotz der hitzigen Debatte um ein bisschen mehr Ruhe und kurz vor der Mittagspause um ein wenig Konzentration.

Klaus Gagel (AfD):

Es geht hoffentlich nicht von meiner Redezeit ab, wenn Sie die ganze Zeit sprechen.

(Zurufe)

Auch ich bin privater Investor am Wohnungsmarkt.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und vereinzelt CDU)

– Ja, das bin ich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie pro domo? – Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

– Ich erkläre Ihnen genau, wie das geht. Das zeigt mir etwas Schönes: Ich kann an Ihren Reaktionen sehen, dass das Sprichwort „Getroffene Hunde bellen“ stimmt.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Wissen Sie, was die hessischen Mieterinnen und Mieter wissen müssen? – Sie sind durch Sie verraten worden. Das ist die Wahrheit bei dieser ganzen Sache. Ich erkläre es Ihnen jetzt noch einmal in Ruhe. – Wie viel Redezeit habe ich noch, bitte?

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Noch eine Minute.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Klaus Gagel (AfD):

Ich habe noch eine Minute und zwei Sekunden Redezeit. – Da kommt das Amt und fragt bei privaten Wohnungsvermietern an: „Habt ihr eine Vierzimmerwohnung? Wir haben eine sechsköpfige Familie von irgendwoher. Wir zahlen alles.“ Und da ist eine Familie, die finanziert sich aus versteuertem Einkommen, fragt beim Vermieter an und sagt: „Eigentlich haben wir nicht genug Geld.“ Wer steht in Konkurrenz zu wem? – Das Amt, das die Migranten im Rücken haben, und die Familie, die ihre Miete aus zu versteuerndem Einkommen finanzieren muss.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Das ist der Mechanismus, der die Preise in den Großstädten treibt. Das ist das, was Sie nicht kapieren. Aber ich hoffe, die Wähler werden es Ihnen beim nächsten Mal zeigen.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Zur Geschäftsordnung, Herr Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verlauf der Debatte in den letzten Minuten hat deutlich gemacht, dass wir im Hessischen Landtag so nicht miteinander umgehen können.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und vereinzelt Freie Demokraten)

Wir brauchen hier auch keine Brüllerei sowie Äußerungen wie „Klappe halten“ und Ähnliches. Deshalb bitte ich, Frau Präsidentin, dass wir einen Protokollauszug anfertigen lassen und die Rede des Abgeordneten der AfD in die nächste Sitzung des Ältestenrates geben. Denn auch das, was inhaltlich gesagt wurde, wie man mit Menschen umgeht, war respektlos. Wer Respekt von anderen einfordert, der muss ihn erst einmal selbst vorleben, damit er glaubwürdig bleibt. Das hat der Redner der AfD dezidiert nicht getan. Deshalb ist das ein Vorgang, den wir in der nächsten Sitzung des Ältestenrats besprechen sollten. Ich bitte, mit der Einladung zur nächsten Ältestenratssitzung einen Protokollauszug, der diese Rede enthält, zu versenden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Zur Geschäftsordnung, Herr Herrmann.

Klaus Herrmann (AfD):

Bei der Gelegenheit sollten wir aber auch das Hereingebülle und das Geschrei während der Rede thematisieren. Das sollten wir bei der Gelegenheit nicht vergessen.

(Manfred Pentz (CDU): Schuld sind immer die anderen!)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, wir schauen uns diesen Teil des Sitzungsprotokolls im Ältestenrat an.

Es ist verabredet, dass die Gesetzentwürfe nach der ersten Lesung im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen weiter beraten werden.

Die Fraktionsgeschäftsführer haben verabredet, dass wir in eine zweistündige Mittagspause eintreten. Soll das so bleiben? – Dann treffen wir uns um 16:52 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen guten Appetit.

(Unterbrechung: 14:54 bis 16:54 Uhr)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren! Wir fahren – kurz nach der vorgesehenen Uhrzeit, also noch pünktlich – mit der Plenarsitzung fort.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Ihnen zu Protokoll geben, dass eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bahnlärm wirksam und nachhaltig verringern – Anwohner an Bahnstrecken in Hessen entlasten, Drucks. 20/246. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 41. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

Außerdem eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend Alternativtrasse Mittelrheintal und Lärmschutzmaßnahmen, Drucks. 20/251. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 42 und kann, wenn niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 41 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Außerdem wurden während der Sitzungsunterbrechung an Ihren Plätzen die Walvorschlüsse zu den Wahlen unter den Tagesordnungspunkten 6 und 7 ausgelegt.

Jetzt fahren wir in der Tagesordnung fort und kommen zu **Tagesordnungspunkt 27:**

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Hessen handelt für mehr Steuergerechtigkeit
– Drucks. 20/179 –**

Es sind zehn Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Die erste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Arnoldt, CDU.

Lena Arnoldt (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Steuerkriminalität und Steuervermeidung sind Strategien, die Auswirkungen auf uns alle haben; denn sie schädigen das Gemeinwesen. Funktionierende Verwaltungen, gut ausgestattete Sicherheitsbehörden, Katastrophenschutz, Rechtsprechung, Verkehrsangebote, Sozialleistungen und vieles andere mehr: All diese Bereiche, von denen wir Bürgerinnen und Bürger in Hessen täglich profitieren, sind auf einen liquiden Staat angewiesen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher muss auch jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Funktionalität unseres Systems und an der Gesellschaft partizipieren. Steuerbetrug ist deshalb aus unserer Sicht nicht nur unsolidarisch, sondern ein Raubbau an un-

serer Gesellschaft. Steuerbetrüger lassen die Allgemeinheit, lassen unseren Staat im Stich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grunde engagiert sich die Hessische Landesregierung intensiv für ein Höchstmaß an Steuergerechtigkeit. Ein hervorzuhebendes Engagement ist dabei z. B. die enge Kooperation zwischen dem BKA und hessischen Ermittlungsgruppen bei der Auswertung der Panama Papers. 280.000 Dokumente wurden bereits ausgewertet, und Informationen zu mehr als 1.500 Offshorefirmen wurden an Steuerbehörden hierzulande und im Ausland weitergegeben.

Neben der federführenden Auswertung der Panama Papers hat die hessische Steuerverwaltung zudem die Auswertung der Paradise Papers übernommen. In mühsamen, komplexen und auch langwierigen Verfahren werden nun Millionen von Daten akribisch analysiert. Hessen ist demnach bei der Auswertung dieser Datenleaks an vorderster Front. Das zeigt, dass auch seitens des Bundes die große fachliche Expertise und das technische Know-how der hessischen Steuerverwaltung anerkannt werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine eindeutige Bestätigung der hervorragenden Arbeit unserer Steuerverwaltung. An dieser Stelle möchte ich mich daher im Namen meiner Fraktion herzlich für die großartigen Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung, der Ermittlungsgruppen und der weiteren Arbeitsbereiche im Innen- und Außendienst der Steuerverwaltung bedanken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle machen Hessen und ganz Deutschland jeden Tag gerechter, und dafür sind wir dankbar. Um dieses Team noch schlagkräftiger und noch zukunftsfester zu machen, haben wir im Doppelhaushalt 2018/2019 nicht nur 100 neue Stellen für Betriebsprüferinnen und -prüfer, sondern auch 700 neue Anwärterinnen- und Anwärterstellen veranschlagt. Zudem schaffen wir 50 weitere Spezialistenstellen an zentralen Finanzämtern, um besonders komplexen und trickreichen Fällen von Steuerbetrug und internationaler Steuerkriminalität sowie Geflechten von Vermeidungsstrategien zielgerichtet entgegenzuwirken.

Unser Konzept der Ermittlungsgruppen, in denen Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen als Team an besonderen Fällen arbeiten, ist dabei richtungsweisend und ein Grundstein der hessischen Steuerverwaltung. Um die Kompetenzen unserer Ermittlungsteams zu optimieren und sie so noch besser auf den Einsatz bei komplexen Sachverhalten vorzubereiten, hat die Landesregierung unlängst ein ergänzendes Traineeprogramm lanciert. In diesem 24-monatigen Programm erwerben BWL-Bachelorabsolventen detaillierte Kenntnisse über die Steuerverwaltung, vom Innendienst im Finanzamt bis zu den Verwaltungsbereichen der Oberfinanzdirektion in Frankfurt. Anschließend folgt eine vollumfängliche Ausbildung zur Betriebsprüferin bzw. zum Betriebsprüfer.

Bereits heute trägt unsere Betriebsprüfung maßgeblich zum Steueraufkommen bei. Jährlich produzieren die Kolleginnen und Kollegen ein steuerliches Mehrergebnis von unglaublichen 2 Milliarden €.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in meinen Augen wirklich bewundernswert; und das Traineeprogramm wird diese Ergebnisse weiter verbessern. Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal eine Sache klarstellen: Wenn vereinzelte Abgeordnete der Opposition an die Presse gehen und den Finanzminister als „Fehlbesetzung“ diffamieren, dann kann man angesichts der eben genannten Ergebnisse ja wirklich nur von einer politischen Verzweiflungstat mittlerer Ordnung sprechen.

(Beifall CDU)

Sicher werden Sie in Ihren Redebeiträgen auf die angeblich „verlorenen“ 470 Millionen € aus Cum-Ex-Geschäften eingehen –

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Aber hallo!)

ein Thema, ein alter Hut, das Sie schon vor einigen Wochen versucht haben auszuschlachten. Dass es sich dabei um plumpen und unredlichen Populismus handelt und um den Versuch, schlechte Stimmung zu verbreiten, lässt sich ganz leicht aufzeigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren doch in Wahrheit hessische Betriebsprüfer, die den Cum-Ex-Betrug 2009 überhaupt erst aufgedeckt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Warum steht dann über die Cum-Ex-Geschäfte kein Wort in Ihrem Antrag?)

Während die von Ihnen skandalisierten 470 Millionen € noch Gegenstand laufender Cum-Ex-Verfahren sind, deren Ergebnis noch gar nicht absehbar ist, und das geltend gemachte Insolvenzrisiko der betroffenen Unternehmen gerade Folge der Steuerförderung ist, hat die hessische Steuerverwaltung bereits längst 770 Millionen € aus Cum-Ex-Geschäften zurückgeholt, um die der Staat und die ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler betrogen wurden. Warum schreiben Sie das eigentlich nicht einmal in der Presse?

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung, unter der Führung unseres Finanzministers, kämpfen täglich um jeden Euro; und mit Ihren Aussagen reden Sie deren Leistung schlecht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Das ist eine Unverschämtheit! Das ist Quatsch!)

Die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen vielmehr unsere Unterstützung. Der Kampf gegen Steuerbetrug ist eine Gemeinschaftsarbeit von uns allen. Wir alle sollten lieber dankbar sein und uns freuen, dass die Landesregierung und insbesondere die Steuerverwaltungen erfolgreich für die Steuergerechtigkeit in Hessen kämpfen und keinen erschlichenen Euro verloren geben. Denken Sie darüber doch einmal nach.

(Lachen Marius Weiß (SPD))

Meine Damen und Herren, auch wenn SPD und LINKE immer wieder verzweifelt versuchen, die Tatsachen zu verdrehen und aus der wertvollen Arbeit unserer Steuerverwaltung politischen Profit zu ziehen, ist festzuhalten, dass Hessen in Sachen Steuergerechtigkeit immer ganz vorne mit dabei ist.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Anspruch gilt übrigens auch für den Bereich der Digitalisierung. Deswegen tragen wir in Hessen auch im

technischen Bereich Siebenmeilenstiefel und erproben beispielsweise in einer Forschungsstelle am Finanzamt Kassel II in Hofgeismar die Nutzung von künstlicher Intelligenz zur schnellen und exakten Auswertung umfangreicher Datenmengen. Damit leistet die schwarz-grüne Landesregierung einen großen Beitrag zur Modernisierung der Steuerverwaltungen im 21. Jahrhundert und zur Digitalisierung der Steuerfahndungen.

Dazu gehört auch, dass durch Regelungen im Jahressteuergesetz ab 2019 Betreiber von Internetmarktplätzen in Haftung genommen werden können, wenn Händler die Umsatzsteuer nicht abführen. Umsatzsteuerbetrüger im Onlinehandel verursachen jährlich einen Schaden im hohen dreistelligen Millionenbereich und erschleichen sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber aufrichtigen Händlern. Das wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirkung dieses Gesetzes ist enorm – so sind beim Finanzamt Neukölln allein seit dem Beginn der Debatte um das Gesetz 28-mal so viele steuerliche Registrierungen von Firmen mit Sitz in Hongkong, Taiwan und China eingegangen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Die schwarz-grüne Landesregierung und die hessische Steuerverwaltungen leisten bei der Bekämpfung von Steuerkriminalität eine beispielhafte Arbeit. Wir bleiben, nach innen und nach außen gerichtet, auf allen Ebenen aktiv, um die Steuergerechtigkeit zu wahren und zu schützen. Wir werden unsere Maßnahmen auch in der 20. Legislaturperiode weiter fortsetzen und intensivieren. Denn es gilt: Mit uns gibt es in Hessen keinen Platz für Steuer- oder Wirtschaftskriminalität.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Arnoldt, das war fast eine Punktlandung.

(Holger Bellino (CDU): Ja, die erste Gewalt hält sich an die Redezeit!)

Als Nächste hat sich Frau Schardt-Sauer von den Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Hessen handelt für mehr Steuergerechtigkeit“, so der Titel des Antrags von CDU und GRÜNEN. Zu sehr vielen Punkten des Antrags finden sich Pressemitteilungen des Finanzministers. Diese Pressemitteilungen werden dann mit absolut richtigen Feststellungen kombiniert. Flapsig könnte man feststellen: Die Koalition fungiert als Hilfs-PR-Abteilung des hessischen Finanzministeriums.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Marius Weiß (SPD): Eigen-PR kann er ganz gut!)

– Das ist auch die Aufgabe einer jeden Landesregierung.

(Michael Boddenberg (CDU): Lassen Sie sich nicht aus dem Konzept bringen!)

Ich will gleich zu Beginn meiner Rede für die Freien Demokraten sagen: Wir teilen inhaltlich die meisten Feststellungen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt CDU)

– Oh, das kann ich in den nächsten fünf Jahren wahrscheinlich an einer Hand abzählen. – Was soll man aber auch gegen die Aussage „Steuerkriminalität ist eine Straftat“ sagen? Dazu fällt mir nichts ein, zumal als Juristin.

Wir Freie Demokraten unterstützen selbstverständlich die Anstrengungen Hessens, durch eine starke Finanz- und Steuerverwaltung für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen. Wir haben in der Landesregierung bereits 2013 das Fundament gelegt und Maßnahmen zur personellen Stärkung auf den Weg gebracht. Dieser Weg war richtig; und er sollte auch weitergegangen werden. An dieser Stelle sei aber daran erinnert, dass das sogenannte Fünfpunkteprogramm zur verstärkten Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität im Jahr 2013 ein gemeinsames Programm von Steuerverwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaft war.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Hört, hört!)

Wer Steuerkriminalität wirksam bekämpfen will, braucht neben der Finanzverwaltung auch eine starke und kompetente Polizei und Staatsanwaltschaft in diesem Bereich.

(Beifall Freie Demokraten)

Dazu findet sich aber selbst bei sorgfältigster Lektüre keine Aussage in diesem sehr ausschweifenden Antrag. Da ich neben der Finanzpolitik auch die Rechtspolitik meiner Fraktion vertreten darf, interessiert es mich aber schon brennend, ob eine Mitwirkung der Justiz besteht und die Justiz vielleicht nur bei dem Jubel um den Finanzminister vergessen wurde. Oder hat sich seit 2013 etwas in der grundsätzlichen Zusammenarbeit von Steuerverwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaft geändert? Macht das die Steuerverwaltung vielleicht alles alleine, nachdem wir sie jetzt beweihräuchern?

Dem ist mitnichten so, im Gegenteil. Die verfahrensbeteiligten Polizeibeamten und Staatsanwälte haben einen wichtigen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit in Hessen geleistet.

(Beifall Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

Das gilt auch für die Großverfahren, die schon genannt wurden. Wir hatten auch andere Momente. Ich denke, man sollte auch das gebührend erwähnen. Ich will daher für die FDP auch diesen Akteuren in der Frage der Umsetzung der Belange des Rechtsstaats danken.

(Beifall Freie Demokraten)

Werte Kolleginnen und Kollegen, von den Punkten 1 bis 9 ist das so ein Antrag, zu dem man eigentlich nur Ja sagen kann.

(Holger Bellino (CDU): Das machen wir auch!)

Leider verfehlt dieser Antrag das für die Menschen in diesem Land wirklich wichtige, zentrale Thema. Ein Halbsatz in dem Antrag ist dabei zentral, in Punkt 1:

Die konsequente Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs führt zu Steuergerechtigkeit, sichert die notwendigen Einnahmen für den Staat

– jetzt kommt der Halbsatz –

und ermöglicht eine Begrenzung der Steuerlast.

(René Rock (Freie Demokraten): Ah!)

Werte Damen und Herren, aus Sicht der Freien Demokraten wäre es angezeigt, dass Hessen seine Möglichkeiten entschlossener nutzt und sich auch einmal tatsächlich für eine Begrenzung der Steuerlast aller Bürgerinnen und Bürger in Hessen einsetzt.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich möchte hierzu auf drei Möglichkeiten eingehen.

Das ist zum einen die kalte Progression. Die Steuerbelastungen der Bürgerinnen und Bürger sind im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Darunter leiden – heute schon oft zitiert – die sogenannten kleinen und mittleren Einkommen. Es kann doch einfach nicht richtig sein, dass sich bei jeder Lohnerhöhung am allermeisten der Finanzminister freut. Es ist an der Zeit, bei dem Thema kalte Progression zu handeln, diese deutlich zu verringern und somit den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrer Leistung all das anhäufen, über das wir hier reden, mehr Einkommen zu belassen. Das wäre Steuergerechtigkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Dann nehmen Sie ein zweites Beispiel – es ist heute auch schon erwähnt worden, aber davon wird es nicht besser, dass es ein Dauerbrenner ist –: der Solidaritätszuschlag. Ende 2019 läuft der sogenannte Solidarpakt II aus. Der Grund entfällt somit. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es höchste Zeit, den Soli zum 01.01.2020 abzuschaffen, und zwar für alle und komplett.

(Beifall Freie Demokraten)

Werte Kollegen, gerade von der CDU, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Die CDU stimmt dem stets in ihren Wahlprogrammen zu, führt das sehr prosaisch aus. Nur nach der Regierungsübernahme ist das ein bisschen so wie „Und täglich grüßt das Murmeltier“, es passiert nichts. Der Solidaritätszuschlag hat sich in diesem Land irgendwie verfestigt, es passiert nichts.

(Beifall Freie Demokraten)

Hier wäre Volker Bouffier als starke hessische Stimme und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU gefragt.

Lassen Sie mich noch eine dritte konkrete Möglichkeit, Steuergerechtigkeit für alle Hessinnen und Hessen zu vollziehen, benennen: Die Grunderwerbsteuer. Wir Freie Demokraten wollen eine Entlastung der Bürger. Auch das war heute interessanterweise Thema: Wohneigentum entweder vermieten oder nutzen. Wir wollen eine Entlastung der Bürger beim Erwerb von Wohneigentum. Die Wohnungseigentumsquote ist in Deutschland unstrittig, auch gerade im europäischen Vergleich, eindeutig zu niedrig.

(Beifall Freie Demokraten)

Aus unserer Sicht sollten viel mehr Menschen die Möglichkeit haben, Wohneigentum zu erwerben. Dazu sollte bei der Grunderwerbsteuer ein Freibetrag von bis zu 500.000 € für natürliche Personen eingeführt werden. Der Freibetrag soll für den Erwerb von Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Erst darüber kommt es zu der Entstehung der Steuer. Mit diesem vorgeschlagenen Freibetrag würde die Grunderwerbsteuer in den meisten Fällen auf null sinken, also gar nicht anfallen.

Dadurch wollen wir den Menschen erleichtern, ihren Traum vom eigenen Haus oder von der eigenen Wohnung

zu verwirklichen und zugleich auch für das Alter vorzusetzen. Denn: Wer im Alter keine Mieten oder steigende Mieten zahlen muss, hat mehr Freiräume.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn die Regierungskoalition mehr Steuergerechtigkeit will, dann sollte sie sich wirklich für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, und zwar dergestalt, nicht nur darüber zu reden, sondern es auch zu tun.

(Beifall Freie Demokraten)

Da reicht kein Griff in die Mottenkiste der Pressemitteilungen des hessischen Finanzministers, gestalten ist gefragt. Sie sollten sich fragen, wo Sie die Bürger tatsächlich entlasten können, wo Handlungsbedarf in dem Bereich Wohnungseigentum besteht und wo es konkrete Möglichkeiten gibt, Stellschrauben zu verändern. Wir erwarten Vorschläge, Kreativität, Gestaltungswillen und nicht Verwaltungswillen dieser Landesregierung. Da ist Kreativität gefragt, aber die Legislaturperiode ist ja noch lang. Wir sehen mal, wie sich das entwickeln wird.

Wir sehen die Kreativität auch nicht darin, illegal erworbene Daten zu kaufen. Spannend ist, wie sich bei dieser Frage die GRÜNEN inhaltlich flexibel oder beweglich zeigen. Wir Freie Demokraten haben diesen Weg

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Schardt-Sauer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

und das Prinzip, das dahinter steht, stets abgelehnt. Unser rechtsstaatlicher Kompass ist klar. Diesen Kurs halten wir. Wir bleiben dabei und werden deshalb bei Punkt 10 – ich habe ja gesagt, die Punkte 1 bis 9, ungeteilte Zustimmung gibt es nicht – nicht mitgehen. Das ist eine Verirrung im Rechtsstaat, die tragen wir nicht mit. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächste hat sich Frau Dahlke von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im politischen Diskurs bedienen wir uns alle gerne der Bildsprache. Es gibt Studien, die besagen, dass 80 % unseres Denkens unbewusst bleiben und dabei von Metaphern geprägt werden. Eines meiner Lieblingsbeispiele für dieses sogenannte Political Framing betrifft, was wir alle jeden Tag tun, nämlich Steuern zahlen.

Es gibt Menschen, die bezeichnen Steuern als Steuerlast. Das haben wir eben auch wieder gehört. Es gibt aber auch Menschen, die sagen stattdessen: Steuern sind der Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Polizistinnen, Lehrer, Hochschulen, Kliniken, Parks, Spielplätze, zuverlässige Gerichte, eine funktionierende Infrastruktur, all das gibt es nicht umsonst. Wer Steuern vermeidet oder bei der Steuererklärung aktiv betrügt, der ist kri-

minell und kein Steueründer, wie es gelegentlich immer noch verharmlosend heißt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Steuerkriminalität ist nicht nur ein Akt fehlender Solidarität mit den Mitmenschen, der Gesellschaft und dem Staat – das sage ich auch gerne noch einmal –, sondern eine Straftat.

Wie groß dieser Schaden durch nicht gezahlte Steuern ist, muss man sich klarmachen. In der Europäischen Union gehen durch Steuervermeidung und Steuerbetrug jährlich geschätzt 1 Billion € verloren. Das ist eine Eins mit zwölf Nullen.

Wir stehen in der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und natürlich auch den großen und kleinen Unternehmen, die ehrlich ihre Steuern zahlen, dass die Höhe der Besteuerung fair und nach Leistungsfähigkeit festgesetzt wird und dass der Besteuerungsanspruch auch gegenüber großen, internationalen Konzernen konsequent durchgesetzt wird. Denn starke Schultern sollen mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, dass Steuerbetrug eine Straftat ist, das wird mittlerweile auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen. Aber Worte reichen natürlich nicht, sondern müssen mit konkreten Maßnahmen hinterlegt und umgesetzt werden. Hier gilt: Steuerpolitik ist eine langfristige Aufgabe, die beharrlich weitergeführt werden muss. Deswegen finde ich es gut und richtig, dass die hessische Finanzverwaltung ihr Personal noch weiter aufstocken und noch besser ausbilden will. Jeder Euro, der für mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder und -fahnderinnen sowie Spezialisten im Innendienst ausgegeben wird, ist gut investiertes Geld. Denn oft können – das ist leider die Wahrheit – die Behörden mit den hoch bezahlten Spezialisten in Beratungsfirmen nicht auf Augenhöhe mithalten; denn die sind Experten darin, jede aggressive Steuervermeidungsstrategie zu suchen und zu kennen.

Am wenigsten effizient ist eine Verwaltung, die nur bis zum Ende des eigenen Schreibzimmers schaut. Es ist daher auch gut und richtig, dass in Hessen Expertinnen und Experten ämterübergreifend an besonderen Fällen arbeiten und ihr Fachwissen bündeln. Den Beamtinnen und Beamten, die die gekauften Steuerdaten auswerten und die damit jeden Tag für mehr Steuergerechtigkeit sorgen, gebührt unser ausdrücklicher Dank und Respekt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt SPD)

Wenn wir Steuerkriminalität umfassend bekämpfen wollen und für mehr Steuergerechtigkeit sorgen wollen, dann reicht es aber nicht aus, dass die hessischen Finanzämter zusammenarbeiten. Die Schlupflöcher können nur wirklich geschlossen werden, wenn die Zusammenarbeit länderübergreifend und auch europaweit funktioniert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Zum Beispiel müssen übergreifende Regeln gelten, wenn gegen Share Deals vorgegangen werden soll, bei denen Unternehmen immer noch die komplette Grunderwerbsteuer vermeiden können, weil die Regeln historisch so ge-

wachsen sind. Auf Initiative der Hessischen Landesregierung wurde eine Reform dieser Steuer auf Bundesebene eingeleitet. Ich hoffe sehr, dass es in dieser Legislaturperiode bundesweit gelingt, Share Deals deutlich einzuschränken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Einige Staaten in der EU haben das Geschäftsmodell entwickelt, sich zum attraktiven Unternehmensstandort zu machen, indem sie Steuern im niedrigen einstelligen Prozentbereich erheben. Das lädt insbesondere die großen internationalen Konzerne mit Niederlassungen in verschiedenen Ländern dazu ein, systematisch zu tricksen und ihre Gewinne dahin zu verschieben, wo die niedrigsten Steuern gezahlt werden müssen. Ich finde, diese Steuervermeidung untergräbt die Solidarität in Europa. Es darf nicht sein, dass sich immer noch Staaten der Europäischen Union von internationalen Konzernen gegeneinander ausspielen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es ist auch gut, dass es das Country-by-Country-Reporting gibt, bei dem Steuerbehörden von großen internationalen Firmen erfahren, wie viel Steuern sie in welchen Ländern bezahlt haben. So können wir sehen, wenn Konzerne wie Starbucks, Apple oder Google ihre Gewinne so verschieben, dass sie in den Ländern, in denen sie gute Geschäfte machen, so gut wie keine Steuern zahlen.

Ich sage: Transparenz ist eines der wirksamsten Mittel gegen Steuervermeidung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Staaten, die diesen Steuerbetrug als Geschäftsstrategie systematisch ermöglichen, müssen auf einer schwarzen Liste für Steueroasen geführt werden. Das ist übrigens auch wieder ein schönes Beispiel für Framing. Eigentlich müsste man statt „Steueroasen“ sagen: „Zentren der Steuervermeidung“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD – Stephan Grüger (SPD): Zentren des Steuerbetrugs!)

Dabei ist die schwarze Liste für diese Länder, die es bei der EU schon gibt, ein erster Schritt. Allerdings fehlen ein paar wichtige Länder auf der Liste, und andere Länder wurden wieder heruntergenommen, weil sie ein paar vage Zusagen gemacht haben.

Als GRÜNE wollen wir ein transparentes Register mit klaren Kriterien und keine intransparenten Absprachen. Wenn ein Land auf der Liste steht, dann dürfen Banken, Kanzleien und Unternehmen keine Geschäfte in diesen Ländern machen, und Verstöße müssen verfolgt werden.

Kleine Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten können sich den Steuern nicht entziehen. Es herrscht definitiv kein fairer Wettbewerb, wenn Amazon weniger Steuern zahlt als der Buchhändler um die Ecke. Die Einzigen, die davon langfristig profitieren, sind die multinationalen Konzerne, die dadurch ihre Renditen steigern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Amazon, Starbucks, Facebook und Co. betonen gerne ihre soziale Verantwortung. Das erste Element sozialer Verantwortung sollte aber darin bestehen, dass sie auch ihren fairen Anteil an Steuern zahlen. Würden alle Steuern vermeiden und hinterziehen, wie diese Konzerne das tun, könnte die Gesellschaft gar nicht funktionieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich denke, wer europaweit verkaufen darf, muss auch europaweit gleichwertig besteuert werden. Das wäre die logische Fortsetzung des Binnenmarkts, und das würde kleinen und mittleren Unternehmen helfen, in anderen Mitgliedstaaten tätig zu sein, wenn sie das denn wollen.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Wenn also die EU Steuerdumping entschlossen bekämpft, ist das ein guter Beitrag dafür, dass auch die großen Konzerne und alle Vermögenden ihren gerechten Beitrag zum Solidarsystem leisten.

Grundsätzlich kann man sich auch fragen, ob es gerecht ist, dass Arbeit deutlich höher besteuert wird als der Einsatz von Kapital und die Belastung der Umwelt. Aus grüner Sicht ist ein Steuersystem gerecht, bei dem alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit die Gemeinschaft finanzieren. Das bedeutet für mich auch, dass die Verursacher der Finanzkrise auf europäischer Ebene z. B. über eine Finanztransaktionssteuer an deren Folgekosten beteiligt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das würde nicht nur spekulative Finanzgeschäfte eindämmen, sondern auch unser Finanz- und unser gesamtes Wirtschaftssystem stabilisieren und Vertrauen schaffen.

Schlussendlich ist es auch das Ziel einer gerechten grünen Steuerpolitik, dass bei der Besteuerung die Folgen für die Umwelt berücksichtigt werden. Umweltschäden, die durch Konsum entstehen, sollten sich im Preis von Waren und Dienstleistungen wiederfinden. Das Umweltbundesamt hat z. B. wiederholt empfohlen, soziale und ökologische Ziele bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammengefasst kann ich sagen: Mehr Steuergerechtigkeit entsteht durch das Schließen von Lücken in der Steuergesetzgebung, eine besser aufgestellte Verwaltung für einen effizienten Steuervollzug, durch Transparenz, Zusammenarbeit und ökologisch verursachungsgerechte Steuern. Wir sind in Hessen mit unserer nachhaltigen, soliden Finanzpolitik auf einem guten Weg. Bei Europa gilt es, im Mai das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, ich darf als Nächsten Herrn Weiß von der SPD ans Rednerpult bitten.

Marius Weiß (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Arnoldt, ich muss sagen, ich fand sowohl Ihren Auftritt hier als auch den Antrag, den Sie ein-

gebracht haben, ziemlich mutig. Denn ich finde, man kann am Anfang ein bisschen an historische Tatsachen erinnern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht sonderlich glaubwürdig, wenn die Partei der schwarzen Kassen und der zwangspsychiatrisierten Steuerfahnder sich jetzt das Image der obersten Bekämpferin der Steuerhinterziehung geben will.

(Lebhafter Beifall SPD und LINKE)

Das ist nicht sonderlich glaubwürdig. Ich finde es schon einigermaßen unerhört, wenn ausgerechnet diese Partei meint, Hinweise an andere Fraktionen zu einem respektablen Umgang mit der Steuerverwaltung geben zu müssen.

(Beifall SPD)

Die Jahre 2002 bis 2005 waren die Hochzeit des hessischen Steuerfahnderskandals. In dieser Zeit haben 48 Steuerfahnder aus dem Finanzamt Frankfurt V einen Hilferuf an Ministerpräsident Roland Koch geschickt, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. In dieser Zeit wurde als Ergebnis der Amtsverfügung 2001/18 die Abteilung Steuerfahndung beim Finanzamt Frankfurt V aufgelöst. In dieser Zeit mussten die 48 Unterzeichner des Brandbriefs an Ministerpräsident Koch die Abteilung Steu-fa ganz verlassen. In dieser Zeit schrieb der Steuerfahnder Rudolf Schmenger insgesamt vier Briefe an Ministerpräsident Roland Koch, in denen er von den Zuständen im Finanzamt berichtete.

Genau in dieser Zeit war der heutige Finanzminister Leiter der Grundsatzabteilung und des Büros des Ministerpräsidenten Roland Koch in der Staatskanzlei.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ausgerechnet diese hessische CDU und dieser Minister unternehmen heute zum wiederholten Male den Versuch, sich als Vorreiter im Kampf gegen Steuerhinterziehung darzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in etwa so glaubwürdig, als würden sich hier die GRÜNEN für den Erhalt der Industriearbeitsplätze einsetzen oder die AfD für eine humane Flüchtlingspolitik.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Steuerhinterziehung ist kriminell. Das ist eine Straftat, die die Allgemeinheit schädigt. Das ist ein Akt fehlender Solidarität mit der Gesellschaft. Das ist ein asoziales Delikt, das es mit allen Mitteln aufzuklären gilt.

Die Staaten der Europäischen Union haben durch Steuerhinterziehung laut einer aktuellen Studie der University of London im Auftrag der sozialdemokratischen S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments 825 Milliarden € Verluste durch Steuerhinterziehung. Das entspricht ungefähr dem Fünffachen des jährlichen Haushalts der Europäischen Union oder 1.650 € pro Bürger der Europäischen Union.

In Deutschland sind es 125 Milliarden €, die dem Staat laut dieser Studie durch Steuerhinterziehung entgehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit könnte man viele Grundrenten des Hubertus Heil finanzieren.

(Beifall SPD)

Wir brauchen endlich eine EU-weite Minimalbesteuerung auf Unternehmensgewinne von mindestens 18 %. Wir

brauchen EU-weit die Abschaffung fragwürdiger Steuerregelungen. Wir brauchen die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Europäischen Union. Anders als sein Vorgänger treibt Olaf Scholz das jetzt voran. Wir brauchen eine schwarze Liste in der Europäischen Union, die alle Steueroasen erfasst, auch die in der Europäischen Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen aber auch eine schlagkräftige und gut aufgestellte Steuerverwaltung, die solche illegalen Steuerpraktiken schnell und effektiv aufdecken und bekämpfen kann.

(Beifall SPD)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Finanzverwaltung leisten herausragende Arbeit. Wir danken ihnen ausdrücklich dafür.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Sie sind hervorragend qualifiziert und genießen einen so guten Ruf, dass sie auch bei privaten Arbeitgebern begehrt sind.

Alles Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann aber nicht kompensieren, dass in der hessischen Steuerverwaltung ca. 1.000 Stellen fehlen. Das Land Hessen hat, gemessen an seiner Wirtschaftskraft, die dünnste Personaldecke in der Steuerverwaltung wie auch in der Finanzverwaltung.

Des Weiteren entfällt sowohl auf die Steuerfahnder in Hessen als auch auf die Beschäftigten in der Finanzverwaltung bundesweit das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Steuerfahnder bzw. pro Beschäftigten. Dazu passt auch, dass Hessen bei der Dauer der Bearbeitung der Steuererklärungen bundesweit auf dem vorletzten Platz liegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist das Resultat. Das liegt in der Verantwortung von 20 Jahren CDU-Finanzministern in Hessen.

(Beifall SPD)

Sechs Wochen vor der Landtagswahl haben Sie 50 Stellen für Spezialisten zur Stärkung der Finanzämter eingerichtet. Im Wahlkampfhaushalt 2018/2019 haben Sie die Zahl der Betriebsprüfer und der Anwärterinnen und Anwärter erhöht. Das ist gut. Das ist aber nicht ausreichend und kommt viel zu spät.

Wir bräuchten ein über Jahre hinweg geltendes Entwicklungskonzept für eine moderne Finanzverwaltung, mit der man die Defizite beseitigen kann und die Steuerverwaltung zukunftsfähig macht. Das wäre eine echte Stärkung der Steuerverwaltung. Aber davon ist bei Ihnen nichts zu erkennen. Wie immer befasst sich die CDU mit der Vergangenheit oder dem Status quo, statt auch nur über die kurzfristige Zukunft zu sprechen.

In so einen Entschließungsantrag hätte beispielsweise hineingehört, wie die Landesregierung mit den veränderten Anforderungen der neuen Grundsteuer ab dem nächsten Jahr umgehen will. Laut Steuer-Gewerkschaft sind dafür 300 bis 400 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung notwendig. Woher die kommen sollen, dazu steht in dem Entschließungsantrag kein Wort.

Frau Arnoldt, im Übrigen finden sich auch keine Worte zu Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften. Stattdessen wird viel Altbekanntes noch einmal aufgewärmt. Wir freuen uns, dass die hessische Steuerverwaltung federführend die Auf-

arbeitung der Panama Papers übernimmt. Aber das tut sie seit fast eineinhalb Jahren. Auch die zusätzliche Auswertung der Paradise Papers ist seit vier Monaten bekannt.

Ärgerlich finde ich Ihre Selbstbeweihräucherung bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Das Bundeskabinett hat den entsprechenden Gesetzentwurf bereits am 1. August 2018 beschlossen. Im Übrigen geschah dies passenderweise in einer Sitzung, in der Vizekanzler Olaf Scholz den Vorsitz hatte.

Die Bundesländer sind für die Kontrolle und die Erhebung der Umsatzsteuer zuständig. Deshalb haben Bund und Länder eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt und eine nationale Regelung zum Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel erarbeitet, die im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union steht. Der hessische Finanzminister möchte sich das nun alleine ans Revers heften. Ich finde, das ist nicht sonderlich kollegial gegenüber seinem Kollegen im Bund.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem letzten Punkt Ihres Entschließungsantrags haben Sie aufgeführt, was in der Tat das Letzte ist. Sie sprechen sich dafür aus,

alle rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität ... weiter zu nutzen. Dazu gehört auch die Beteiligung Hessens an Ankäufen von Steuerdaten durch andere Länder, ebenso wie ein Ankauf federführend durch Hessen selbst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schon ein starkes Stück. Beides haben diese Landesregierung und dieser Finanzminister über Jahre trotz unserer Aufforderung dazu abgelehnt. Finanzminister Schäfer war weder bereit, selbst Steuer-CDs zu kaufen, die dem Land angeboten wurden, noch sich an den Kosten des Ankaufs durch andere Länder zu beteiligen.

Andere Bundesländer wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen haben Steuerdaten angekauft. Davon hat auch der hessische Fiskus profitiert. Trotzdem hat sich Minister Schäfer geweigert, sich an den Kosten für den Ankauf zu beteiligen. Auch der jetzige Ministerpräsident Volker Bouffier hat den Ankauf der Steuer-CDs in der Vergangenheit grundsätzlich abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie weit es mit der Glaubhaftigkeit solcher schwarz-grünen Jubelanträge wie diesem bestellt ist, dann ist er spätestens mit diesem letzten Absatz gegeben.

(Beifall SPD und Jan Schalauske (DIE LINKE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN, zum Schluss möchte ich Folgendes sagen: Wenn Sie sich in dieser Legislaturperiode dazu entschlossen haben, endlich mit einer effektiven Stärkung der hessischen Finanzverwaltung ernst zu machen, wäre das gut. Aber dann machen Sie das auch. Denn wir werden Sie an Ihren Taten messen und nicht an solchen Anträgen wie dem, den Sie heute vorgelegt haben. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, als Nächster hat sich Herr Vohl von der AfD zu Wort gemeldet.

Bernd-Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Steuerbetrug ist strafbar. Das ist klar. Steuerbetrug muss verfolgt werden. Das ist auch klar. Da sind wir uns alle einig.

Sie haben aber über Ihren Entschließungsantrag geschrieben, es solle mehr Steuergerechtigkeit für Hessen geben. Dann reden wir über Steuergerechtigkeit. Denn unser Land hat ein massives Gerechtigkeitsproblem. Unser Land ist ein Musterstaat beim Abkassieren bei den Bürgern und vor allem bei den mittelständischen Betrieben.

(Beifall AfD)

Maß und Mitte, wie sie einst Ludwig Erhard einforderte, sind in der Fiskalpolitik völlig verloren gegangen. Nehmen wir die Verwendung der Steuergelder auch in Hessen einmal genauer unter die Lupe. Dann zeigt sich, dass die durch die staatliche Umverteilung verursachten Eingriffe in das Privateigentum längst nicht mehr maßvoll und gerechtfertigt sind. Trotz hoher staatlicher Überschüsse liegt die Gesamtbelastung des normalen Bürgers inzwischen bei nahezu 50 %. Rechnen Sie indirekte und direkte Steuern zusammen, liegt sie zwischen 75 und 80 %.

Es ist an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, wenn noch nach mehr Umverteilung gerufen wird. Der Steuerzahler muss sich jetzt schon geprellt vorkommen.

Bemerkenswerterweise hat die Steuerlast unter der CDU-Kanzlerin Merkel einen neuen Höchststand erreicht. 2016 haben sämtliche Steuereinnahmen in Deutschland 23 % der Wirtschaftsleistung ausgemacht.

Die schwarz-grüne Landesregierung Hessens ist mit einer selbst deklarierten Vorreiterrolle bestrebt, den Steuerwettbewerb einzudämmen sowie Steueroptimierungen zu bekämpfen.

Der damit bei den Bürgern vermittelte Eindruck ist jener: Die Bemühungen sind grundsätzlich moralisch gut und gerecht. – Bei näherer Betrachtung gibt es jedoch keine ökonomische oder ethische Rechtfertigung für diese Ausbeutung der Landesregierung gegenüber ihren Bürgern. Im Gegenteil: Sowohl Gerechtigkeit als auch Wohlstand werden signifikant durch Steuerwettbewerb und finanzielle Privatsphäre begünstigt.

Länder, die die größte steuerliche Attraktivität aufweisen, sind meistens kleine, offene Volkswirtschaften und zeichnen sich durch überdurchschnittlich hohe Lebensqualität aus. Umgekehrt schneiden die großen OECD-Staaten und vor allem die G-20-Staaten besonders schlecht ab. Es ist aus Sicht meiner Fraktion stärker in den Blick zu nehmen, dass Steuergerechtigkeit eben auch Besteuerungsgerechtigkeit zur Voraussetzung hat.

(Beifall AfD)

Gerade der Wirtschaftsstandort Hessen sollte hierbei gestärkt werden durch einen Abbau fiskalischer Gängelei – und nicht etwa durch eine Zunahme von Bürokratie und Generalverdächtigungen gegen Bürger und Unternehmer dieses Landes.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Das bundesdeutsche Steuersystem ist außer Rand und Band. Die Einnahmen der staatlichen Raubritter stiegen im vergangenen Jahrzehnt um 43 %, obwohl die Wirtschaftsleistung nur deutlich geringer zunahm. Das liegt daran, dass immer mehr Haushalte echte Aufsteiger sind, aber leider zu ihren eigenen Lasten. Ein Alleinstehender mit einem Einkommen von etwas mehr als 50.000 € muss dem Finanzamt von jedem zusätzlichen Euro 42 % überlassen. Der eineinhalbfache Durchschnittslohn bedeutet heute was? – Höchststeuersatz. Vor einem Jahrzehnt musste dafür wenigstens das Doppelte des Durchschnittsverdienstes auf dem Gehaltszettel stehen.

(Zuruf DIE LINKE: Das waren noch D-Mark!)

Nimmt man die steigenden Sozialabgaben hinzu, greift der Staat die Hälfte des erarbeiteten Lohns komplett ab.

Halten wir also fest: Was unser Gemeinwesen wirklich gefährdet, sind nicht angeblich aggressive Steuervermeidungsstrategien, wie sie CDU und GRÜNE in ihrem Antrag ausführen, vielmehr der sich wie Mehltau über die Wirtschaft und Zivilgesellschaft legende aggressive Fiskalkleptokratismus – ein schönes neues Wort – schwarz-grüner Staatswissenschaftler, die die höchste Belastung für den produktiven hessischen Mittelstand noch mit einem engmaschigen Netz an Kontrolle und Bespitzelung auf die Spitze treiben wollen. Sie werden noch so lange an der Steuerschraube drehen, bis das Gewinde bricht. Vorrang sollten endlich wieder die Senkung der Steuersätze sowie der Abbau unnötiger Steuerarten genießen.

(Beifall AfD)

Ich will das beliebte Beispiel der einst für die kaiserliche Flotte eingeführten Sektsteuer gar nicht weiter strapazieren. Sie wissen, was ich in dem Fall meine.

Wie wäre es mit einer mutigen Politik, die demjenigen, der etwas erwirtschaftet, die Früchte seiner Arbeit zu großen Teilen lässt? Wo derart Schindluder mit der Steuergerechtigkeit getrieben wird wie in Deutschland, da droht am Ende nicht nur die soziale Marktwirtschaft auf der Strecke zu bleiben, sondern auch der Wohlstand seiner Bürger und die Sicherheit des sozialen Netzes.

(Beifall AfD)

Gerechter wäre es, durch weniger Steuern und Abgaben die Vermögensbildung von Arbeitnehmern zu fördern. Aber an den staatlichen Umverteilungswahn wagt sich niemand heran. Eine gewaltige Sozialindustrie sägt nicht an dem Ast, auf dem sie sich, gemütlich gepolstert, breit gemacht hat. Zu viele Politiker verteilen gerne Wohltaten von vermeintlich eigenen Gnaden auf Kosten derselben Bürger, denen sie die Gnadenmittel vorher abgeknöpft haben.

(Beifall AfD)

Der Hochsteuerstaat Deutschland funktioniert nach genau diesem Bild: Wir holen den Leuten das Schwein vom Hof, geben ihnen ein Kotelett zurück und sagen: Nun seid aber mal schön dankbar.

Die Ungerechtigkeit unserer seit Jahrzehnten aus dem Ruder gelaufenen Steuerpolitik einmal anzugehen, das wäre wirklich ein echtes Thema für einen Gerechtigkeitskampf, den ich mir von der Landesregierung wünschte und bei dem Sie auf unsere Unterstützung zählen könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede des Abg. Vohl.

(Beifall AfD, vereinzelt CDU, Freie Demokraten, Torsten Warnecke und Stephan Grüger (SPD))

Als Nächster hat sich Herr Abg. Schalauske von der LINKEN gemeldet.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich das eben Gehörte noch einmal rekapituliere, dann kann ich nur feststellen, dass das neoliberale Steuerprogramm der Rechtsaußenfraktion nichts anderes ist als eine Gefahr für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen, die auf einen ausgebauten Sozialstaat angewiesen sind.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen AfD)

Sie behaupten, die einfachen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, und dabei fahren Sie nicht weniger als einen fundamentalen Angriff auf die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens, auf ausgebauten Schulen, Krankenhäuser und eine öffentliche Infrastruktur.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf AfD: Genau das Gegenteil ist der Fall!)

Zum Thema Steuergerechtigkeit wollen Sie nur die Reichen und Vermögenden in unserem Land weiter entlasten und werden damit die Bürgerinnen und Bürger in der breiten Masse stärker belasten.

Aber gut, kommen wir zu dem steuerpolitischen Antrag, den die Regierungsfractionen hier vorgelegt haben. Wenn wir einmal überlegen: Erst vor wenigen Wochen und Monaten machten die sogenannten Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte – wobei, was ist das eigentlich für ein Begriff, ist das nicht ein Euphemismus, wenn wir hier schon von „Geschäften“ sprechen, ist das nicht vielmehr brutalste Abzocke? –, machte diese Abzocke erneut große Schlagzeilen.

In Europa sind bis zu 55 Milliarden € ergaunert worden, womöglich auch, weil die deutsche Bundesregierung zu spät warnte. Deutschland allein ist ein Schaden von bis zu 32 Milliarden € entstanden. Ich frage Sie: Wie viele Schulen, wie viele Krankenhäuser hätten wir mit diesem Geld sanieren können?

(Beifall DIE LINKE)

Folgerichtig nennt der Finanzwissenschaftler Christoph Sprengel diese Abzocke durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte den größten Steuerraub der Geschichte. Um ihn zu zitieren: Der Staat wurde ausgenommen wie eine Weihnachtsgans. – Diese Steuerraube, diese Abzocke muss ein Ende haben.

Nun ist es erfreulich, dass die hessische Steuerverwaltung bei der Verfolgung der Cum-Ex-Abzocke Steuern in Höhe von 700 Millionen € zurückholen konnte. Okay, aber die Kehrseite benennen Sie nicht: Über 470 Millionen € sind noch offen, und die konnten bisher eben nicht eingezogen werden. Dazu war in Ihrem Antrag leider nichts zu lesen.

Die Verquickung von Cum-Ex-Abzocke und Politik wird manchmal auch ganz konkret an Personen deutlich. In Wiesbaden gibt es einen angeklagten Erfinder dieser Betrügereien, und der wird ausgerechnet von FDP-Mann Wolfgang Kubicki, einst immerhin als Finanzminister von Jamaika gehandelt, vor Gericht vertreten. Okay, das ist sein gutes Recht in einem Rechtsstaat, aber man kann es ja auch einmal politisch kommentieren. Aber noch einmal: Zu Cum-Ex steht nichts in Ihrem Antrag. Da fragen wir uns, warum Sie dieses Thema nicht dort hineinschreiben.

Interessant ist auch, was der Finanzminister zum Thema Cum-Cum-Abzocke heute hier erklären wird. Noch im Jahr 2016 wollte Herr Dr. Schäfer den Banken einen Freibrief für diese Geschäfte ausstellen. Lediglich auf Intervention des damaligen Finanzministers aus Nordrhein-Westfalen ist das unterblieben. Wenn sich jetzt ausgerechnet die hessische CDU hier und heute hinstellt und erklärt, wie vorbildlich die Arbeit hessischer Steuerbehörden sei, dann ist das doch reichlich absurd: Es war ja der hessische Finanzminister, an dem diese gute Arbeit fast gescheitert wäre. Auch davon steht nichts in Ihrem Antrag.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern bleibt es Ihr Geheimnis, wie Sie denn in Ihrem Text auf die Idee gekommen sind, der Hessischen Landesregierung mit diesem Finanzminister eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung aggressiver Steuergestaltung zuzuschreiben.

Schauen wir uns einmal ein paar Punkte Ihres Antrags an. Nehmen wir Punkt 9: Dort fordern Sie eine Meldepflicht für Steuergestaltungsmodelle. Diese Position teilen wir im Grundsatz. Wenn ich dann allerdings im Interview des Finanzministers im „Handelsblatt“ lese, dass er die Forderung zwar im Grundsatz für richtig, aber für reichlich naiv hält, dann frage ich mich schon: Was wollen Sie denn jetzt? Sind Sie dafür, diese Modelle anzeigepflichtig zu machen, oder nicht?

Oder nehmen wir Punkt 2 Ihres Antrags. Da sagen Sie: Die hessischen Steuerfahnder werten die Panama Papers aus, Dokumente von immerhin über 1.500 Offshorefirmen seien mit dabei gewesen. – Gut so. Aber wenn Sie darüber reden: Was ist denn eigentlich mit dem auch im hessischen Landesbesitz befindlichen Unternehmen Fraport und dessen Tochtergesellschaften? Hat das mehrheitlich im öffentlichen Besitz befindliche Unternehmen seine Tochterfirma zur Steuervermeidung auf Malta endlich geschlossen? – Wenn es Ihnen also so ernst ist mit dem Kampf für Steuergerechtigkeit, dann sorgen Sie endlich dafür, dass Fraport den Briefkasten in Malta dichtmacht. Das ist überfällig.

(Beifall DIE LINKE)

Was Sie aber in Ihrem Jubelantrag ganz vergessen, das sind die aktuellen Entwicklungen. Denn Panama Papers, Cum-Ex, Cum-Cum – das ist ja alles nicht das Ende der Geschichte. Erst kürzlich wurde bekannt, dass es weitere sogenannte Steuergestaltungsmodelle im Zusammenhang mit der Kapitalertragsteuer gibt, die sogenannten Cum-Fake-Geschäfte. Darüber verlieren Sie aber kein Wort. Auch bei Cum-Fake werden Steuerentlastungen ergaunert. Hierfür werden jedoch nicht die eigentlichen Wertpapiere genutzt, sondern vorläufige Aktienbescheinigungen. Auch dazu findet sich überhaupt nichts in Ihrem Antrag.

Dafür wollen Sie, dass der Landtag Maßnahmen begrüßt, nämlich die Einstellung weiterer Betriebsprüfer und An-

wärter, also Maßnahmen, die sich aus dem Landeshaushalt ergeben. Mit Verlaub: Diesen Landeshaushalt hat nicht die Hessische Landesregierung, sondern eine Mehrheit dieses Hessischen Landtags beschlossen. Das heißt, Sie hätten auch gleich hineinschreiben können: Die schwarz-grüne Mehrheit des Landtags findet Schwarz-Grün toll. Das ist nicht besonders überzeugend.

(Beifall DIE LINKE – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): In keinsten Weise!)

Frau Arnoldt, noch einmal zum Mitschreiben:

(Zuruf Manfred Pentz (CDU))

Wenn wir die Arbeit der Hessischen Landesregierung kritisieren, dann meinen wir die politische Führung der Landesregierung und nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung, die wirklich eine großartige Arbeit leisten. Hören Sie auf, diese Pappkameraden aufzubauen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber immerhin: Sie kommen den Forderungen der LINKEN nach. Sagen Sie es nicht und hoffen Sie, dass es sich nicht zu weit herumspricht – nicht, dass es zu Hause an den Stammtischen Ärger gibt. Wir haben schon seit Jahren in den Haushaltsberatungen gefordert, dass mehr Menschen in der hessischen Finanzverwaltung eingestellt werden.

Aber Sie schaffen auch Probleme. Es gibt jetzt eine Hauruckaktion. Sehr viele Menschen werden eingestellt, ohne die Ausbildungskapazitäten nachhaltig auszubauen. Hier müssen Sie noch nacharbeiten; denn es ist absehbar, dass wir in den nächsten Jahren mehr Menschen für die hessische Steuerverwaltung gewinnen müssen.

Mit der Ausbildung ist es jedoch nicht getan. Es geht auch darum, diesen Menschen attraktive Beschäftigungsverhältnisse zu bieten. Sonst geht es uns am Ende so wie im Fall des sogenannten Vermarkters von Cum-Ex-Geschäften, der sich – wie ich eben sagte – aktuell in Wiesbaden vor Gericht verantworten muss. Er hat nämlich einst für die Steuerverwaltung gearbeitet, bevor er die Seiten gewechselt hat. – Hier müssen wir also vorbeugen. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen in der Steuerverwaltung.

An dieser Stelle auch einen schönen Gruß an die warnstreikenden Kollegen in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Ein geordneter Übergang in die Tarifgemeinschaft der Länder und ein Nachvollzug bei den Beamten wären schon einmal eine sehr hilfreiche Maßnahme, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir reden über Cum-Ex, über Cum-Cum, über Cum-Fake, über Offshore-Leaks, Luxemburg-Leaks, Swiss-Leaks, Panama Papers, Bahama-Leaks und Paradise Papers, um einmal einige zu nennen. Die Liste von Steuerabzockskandalen ist viel länger, als schwarz-grüne Jubelanträge es je sein könnten. Die Probleme, die damit verbunden sind, sind von sehr grundsätzlicher Natur.

Lang ist auch die Liste der Reden und Anträge der Regierenden gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Am Ende passiert häufig nichts oder zu wenig, und alles läuft weiter wie bisher. Schätzungsweise über 17 Milliarden € entgehen Deutschland jedes Jahr durch legale Steuertricks von Superreichen und Konzernen. Nehmen wir die

illegale Steuerhinterziehung hinzu, verlieren wir in der EU Hunderte Milliarden Euro jährlich, viele davon hier in Deutschland.

Gleichzeitig erleben wir eine massive Konzentration von Reichtum. Etwa acht Personen besitzen so viel wie die Hälfte der Weltbevölkerung – acht Personen haben so viel wie 3,6 Milliarden Menschen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wer ist denn das?)

Das DIW hat gestern Zahlen zur Vermögensverteilung in Deutschland vorgelegt. Die 45 reichsten Haushalte in Deutschland mit einem Vermögen von 214 Milliarden € besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Angesichts dieser miserablen Zustände fordert sogar der IWF endlich eine Vermögensteuer von der Bundesregierung; aber von der Landesregierung ist seit Jahren zu dieser wichtigen Frage überhaupt nichts zu hören.

Maßnahmen zur Herstellung von Steuergerechtigkeit kommen in Ihrem Antrag einfach nicht vor. Da ist es wohlfeil, wenn die Kollegin Dahlke von den GRÜNEN sich hierhin stellt und in einem Wahlwerbespot die steuerpolitischen Forderungen zur Europawahl präsentiert, aber dieser Antrag in Sachen Steuergerechtigkeit überhaupt nichts beinhaltet, und zwar keine einzige Maßnahme, um endlich dafür zu sorgen, dass starke Schultern mehr tragen als schwache und dass wir endlich eine gerechtere Besteuerung

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Schalauske, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

des gesellschaftlichen Reichtums bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Dr. Schäfer das Wort.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn eine Bemerkung, die ich ausdrücklich als Abgeordneter dieses Hauses und nicht als Mitglied der Regierung tätige. – Nachdem ich eben die erste Rede des Kollegen Vohl gehört habe, bin ich durchaus zufrieden mit einer Personalentscheidung, die der Hessische Landtag in seiner konstituierenden Sitzung getroffen hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das war aber ausdrücklich eine Bemerkung als Abgeordneter des Hessischen Landtags.

Zur Sache selbst. Wenn man einmal all die Dinge ein Stück weit herauslässt, die der unterschiedlichen weltanschaulichen Positionierung geschuldet sind, glaube ich jedenfalls, herauslesen zu können, dass wir gemeinsam froh sind, eine schlagkräftige hessische Steuerverwaltung zu haben, die erfolgreich ist im Kampf gegen Steuerkriminalität, aber gleichzeitig auch leistungsfähig ist in der Bearbeitung ihrer vielfältigen Aufgaben an einem besonders prosperierenden

Wirtschaftsstandort in Hessen mit dem Schwerpunkt der Finanzdienstleistungsindustrie im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere in Frankfurt.

Ich glaube, wir haben auch gemeinsam Anlass, auf diese Verwaltung stolz zu sein. Der Umstand – ich habe das an diesem Pult auch schon mehrfach betont –, dass das Bundeskriminalamt entschieden hat, die Auswertung dieser komplexen Datenstrukturen von Paradise und Panama Papers gemeinsam mit der hessischen Steuerverwaltung zu tätigen, ist sicherlich ein Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit einer herausragend arbeitenden Verwaltung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sich die Opposition mit freuen kann: Das hat am Ende mit Führung relativ wenig zu tun, sondern damit, dass eine Verwaltung gut aufgestellt und organisiert ist, junge Leute ausgebildet hat und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter täglich ihren schwierigen Aufgaben nachgehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Aber noch eines, Herr Schalauske. Ich weiß, dass es für die Opposition schwierig ist, zu sagen: Ich will den Minister oder die Regierung treffen. – Aber Sie müssen dann Sachverhalte beschreiben – da kommen Sie nicht heraus –, die am dicken Ende die tägliche Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Mithaft für Ihre Kritik nimmt.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es! – Janine Wissler (DIE LINKE): Wenn man früher anders regiert hätte, hätten Sie gut gearbeitet!)

– Ach, liebe Frau Wissler, das ist ja das schönste Kompliment, das der Herr Weiß meiner Arbeit gemacht hat.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Wer glaubt, einen amtierenden Finanzminister dadurch kritisieren zu können, indem er auf eine 15 Jahre zurückliegende Geschichte aus dessen Berufsbiografie zurückgreifen muss, hat offensichtlich über die zehn Jahre im Amt nicht so fürchterlich viel Kritisches zu sagen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aus vielen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag an der steuerpolitischen und verwaltungsmäßigen Front arbeiten, dass sie das trifft. Es trifft die Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich hier ans Pult stellen und die hessische Steuerverwaltung undifferenziert kritisieren. Das müssen Sie wissen, wenn Sie glauben, sich mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Beamtinnen und Beamten solidarisieren zu können, aber gleichzeitig meinen, solche Tiraden hier loslassen zu können.

(Manfred Pentz (CDU): Genau so ist es!)

Das trifft die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das lasse ich nicht zu.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der zum rhetorischen Dauerbrenner – zumindest bei Herrn Schalauske – wird und der, glaube ich, aus den Manuskripten von Willi van Ooyen copy-und-paste-mäßig unmittelbar übernommen worden ist.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Willi und ich sind uns da sehr einig! – Janine Wissler (DIE LINKE):

Wir ändern nicht jeden Tag die Linie! – Jan Schalauske (DIE LINKE): Wir ändern dabei nicht unsere Position!

– Das ist ja okay, wenn man sozusagen auf klassischen Manuskripten stehen bleiben kann. Aber beantworten Sie doch, wenn Sie das nächste Mal hier ans Pult treten, um über die Vermögensteuer zu sprechen,

(Michael Boddenberg (CDU): Thüringen!)

schlicht die Frage – die LINKEN regieren jetzt einige Jahre in Thüringen und stellen seit etlichen Jahren den Finanzminister in Brandenburg –: Warum haben wir noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus diesen beiden Bundesländern eine Bundesratsinitiative mit einem konkreten Gesetzentwurf zu lesen bekommen, um die Vermögensteuer einzuführen?

(Manfred Pentz (CDU): Irgendeinen Vorschlag? Nichts! – Janine Wissler (DIE LINKE): Würden Sie denn zustimmen? – Jan Schalauske (DIE LINKE): Würden Sie zustimmen?)

Denn Sie wissen genau, dass Sie die Instrumente überhaupt nicht in der Hand haben. Sie nutzen sie nur, um hier Sonntagsreden oder wohlfeile Parlamentsbeiträge zu halten – zu nichts anderem brauchen Sie das.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, einzeln AfD und Freie Demokraten – Janine Wissler (DIE LINKE): Würden Sie zustimmen?)

– Bevor ich die Frage beantworte, ob ich zustimme, würde ich – –

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

– Hören Sie doch erst mal zu, wenn ich Ihnen Ihre Frage beantworte, bevor Sie wieder losreden. Wenn ich den Text des Gesetzentwurfs lesen und mir ein Bild machen könnte, wie der Gesetzentwurf aussähe, würde ich danach gern eine Beurteilung abgeben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Okay!)

Aber bevor ich den Text kenne, den Sie aufschreiben, tue ich mich unglaublich schwer, ihn zu beurteilen. Das ist am Ende Ihr Problem. Sie brauchen es für die Parlamentsdebatten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber Sie lehnen die Vermögensteuer nicht ab! Der hessische Finanzminister steht der Vermögensteuer offen gegenüber! – Michael Boddenberg (CDU): Vielleicht ist der Rammelow ja sehr reich! – Gegenrufe DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch zwei Bemerkungen auch im Hinblick auf die Diskussion hinzufügen. Eine kaum auszurottende Schimäre ist der Vortrag, Hessen habe die Frage der Beteiligung an Ankäufen von CDs generell abgelehnt.

(Manfred Pentz (CDU): So ein Käse!)

Das ist schlicht falsch. Wir haben die Kostenbeteiligung an einem CD-Ankauf, den Nordrhein-Westfalen getätigt hat, einmal abgelehnt, aber nicht mit der Begründung, dass wir das Instrument für falsch hielten, sondern weil aus dem konkreten Fall das Land Nordrhein-Westfalen eine Verbandsgeldbuße von 250 Millionen € generiert hat und wir gesagt haben: Wenn die bereit sind, wenn wir uns am CD-

Ankauf beteiligen, uns in gleicher Weise an den Bußgeld-erträgen teilhaben zu lassen, wäre das gelebte beiderseitige Solidarität gewesen. – Aber so weit ging der nordrhein-westfälische Kollege nicht. Er forderte die Solidarität bei der Kostenbeteiligung ein, um gleichzeitig die Verbandsgeldbuße im nordrhein-westfälischen Staatssäckel einzustreichen. Das geht nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Schardt-Sauer, Sie können relativ bequem auch der Passage zum CD-Datenankauf zustimmen. Kollege Jörg-Uwe Hahn und ich haben damals gemeinsam im Bundesrat dafür gesorgt, dass der Tatbestand der Datenhehlerei so verändert worden ist,

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten) nickt.)

dass die Tätigkeit von Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten in genau diesem Segment straffrei möglich war.

(Beifall Michael Boddenberg (CDU))

Diejenigen Kolleginnen und Kollegen in den Länderfinanzverwaltungen – ich formuliere es jetzt sehr allgemein –, die vorher ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diese Ankaufsverhandlungen hineingetrieben haben, haben sie regelmäßig einem erheblichen strafrechtlichen Risiko ausgesetzt. Erst als auf hessische Initiative hin dieses Rechtsrisiko beseitigt worden ist, hielt ich das auch für verantwortlich. Denn es kann nicht gehen, dass wir hier wunderbare Diskussionen im geschützten und warmen Plenarsaal führen,

(Michael Boddenberg (CDU): Und die da im Feuer stehen!)

während am Ende ein Steueramtmann der Besoldungsgruppe A 11 das Risiko eingeht, sich strafbar zu machen, und mit seinem Häuschen sowie seiner Familie spielt, wenn er sich rechtswidrig verhält. Am Ende kann ihm der Dienstherr, wenn er sich vorsätzlich rechtswidrig verhalten hat, noch nicht einmal zur Seite stehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

Ich habe immer für ungerecht gehalten, dass diejenigen, die Parlamentsreden dazu halten, geschützt sind, aber diejenigen an der Front nicht. Deswegen haben wir erst die Initiative ergriffen und das Gesetz geändert, bevor hessische Beamtinnen und Beamte anders offensiv an die Frage herangegangen sind. Beim Ankauf der Panama Papers haben wir uns selbstverständlich an den Kosten unmittelbar beteiligt. Insofern, lieber Kollege Weiß, ändern Sie doch bitte mal Ihr Manuskript. Kollege Schalauske kann das nicht. Er hat immer das gleiche Manuskript.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Ha, ha, ha!)

Aber Sie, Herr Weiß, sind noch so neu und frisch im Amt, vielleicht haben Sie eine Chance, das zur Seite zu legen und die Fakten ein bisschen zu aktualisieren.

(Marius Weiß (SPD): Oh!)

Dann kommen wir in der Debatte einen ordentlichen Schritt weiter.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nancy Faeser (SPD): So wie Sie eben?)

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Wir sollten versuchen, gemeinschaftlich jenseits der politischen Farbenlehre und jenseits der Diskussionsbeiträge, die wir kennen,

(Nancy Faeser (SPD): Der Maßstab muss aber auch für alle gelten!)

durch das Eintreten für eine funktionierende Steuerverwaltung all den Verwaltungsbereichen, die damit zu tun haben – ohne die Strafverfolger können wir an der Stelle wenig machen; das ist völlig richtig –, den Rücken für die Arbeit an unserem Gemeinwesen zu stärken. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer. – Auch das war eine Punktlandung. Es sind sogar noch fünf Sekunden übrig.

(Minister Dr. Thomas Schäfer: Ui!)

Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde Einzelabstimmung des Punktes 10 gewünscht. Deswegen lasse ich zunächst über Punkt 10 des Antrags „Hessen handelt für mehr Steuergerechtigkeit“ von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die AfD, die Fraktion DIE LINKE, die SPD, die fraktionslose Abg. Walter und die FDP. Damit ist Punkt 10 angenommen.

Jetzt lasse ich über den restlichen Antrag abstimmen. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD, die LINKE, die AfD und die fraktionslose Abg. Walter. Damit ist auch der restliche Antrag angenommen.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission nach dem Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen (Verfassungsschutzkontrollgesetz)

Wahlvorschlag
Fraktion der Freien Demokraten
– Drucks. 20/225 –

Wahlvorschlag
Fraktion der AfD
– Drucks. 20/240 –

Wahlvorschlag
Fraktion der CDU
– Drucks. 20/241 –

Wahlvorschlag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucks. 20/242 –

Wahlvorschlag
Fraktion der SPD
– Drucks. 20/243 –

Wahlvorschlag
Fraktion DIE LINKE
– Drucks. 20/244 –

Die Wahlvorschläge sind Ihnen verteilt und auch schon eingebracht worden. Es wurde geheime Abstimmung beantragt. Damit würden wir jetzt beginnen. Wer fängt an?

(Günter Rudolph (SPD): Gibt es noch einen Wahlvorstand? – Gegenruf CDU: Nein!)

– Entschuldigung, ich war zu schnell. – Nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen wählt der Landtag zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint – § 1 Abs. 2 und Abs. 4 Verfassungsschutzkontrollgesetz.

Der Landtag hat mit Drucks. 20/234 beschlossen, dass die Parlamentarische Kontrollkommission aus sieben Mitgliedern besteht. Auf Ihren Plätzen verteilt liegen Ihnen mit Drucks. 20/225, 20/240, 20/241, 20/242, 20/243 und 20/244 die Wahlvorschläge der Fraktionen der Freien Demokraten, der AfD, der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE vor.

Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall.

Es ist geheime Wahl beantragt worden. Interfraktionell wurde vereinbart, dass die Wahl mit einem Stimmzettel, auf dem die Namen aller vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt sind, durchgeführt wird. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit sind alle einverstanden.

Ich bitte um Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Ablauf der Wahl. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. Das sind 69 Stimmen.

Ich bitte die Wahlhelfer, Frau Abg. Astrid Wallmann von der CDU, Herrn Abg. Tobias Eckert von der SPD, Frau Abg. Nina Eisenhardt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abg. Walter Wissenbach von der AfD, Frau Abg. Marion Schardt-Sauer von der Fraktion der Freien Demokraten und Frau Abg. Elisabeth Kula von den LINKEN, zum Ausgabetisch, der rechts von mir steht, zu kommen, um sich vom ordnungsgemäßen Zustand der Wahlkabinen, der Wahlunterlagen und der Wahlurnen zu überzeugen. – Es werden keine Beanstandungen gegen den ordnungsgemäßen Zustand erhoben. Alles in Ordnung. Dann kommen wir zur Wahlhandlung.

Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten, der gleich erfolgen wird, erhält jeder von Ihnen von der Wahlhelferin oder vom Wahlhelfer einen Stimmzettel. Auf diesem Stimmzettel sind alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt. Sie haben insgesamt sieben Stimmen. Sollten Sie mehr als sieben Stimmen vergeben, ist der gesamte Wahlzettel ungültig. Ferner darf der Stimmzettel auch keine – –

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe an der Regierungsbank. – Ferner darf der Stimmzettel auch keinerlei weiteren Kennzeichen oder Bemerkungen enthalten. Auch in diesem Fall ist dieser Stimmzettel ungültig.

Ich darf Sie bitten, den Stimmzettel zweimal gefaltet in die Wahlurne zu werfen. Bevor die Schriftführer mit dem Namensaufruf beginnen, bitte ich die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, darauf zu achten, dass die Wahlhandlung geheim abläuft.

Ich bitte nun, mit dem Namensaufruf der Abgeordneten zu beginnen.

(Namensaufruf)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Konnten alle, die dies wollten, ihre Stimmzettel abgeben?
– Ich höre keinen Widerspruch.

(Unruhe)

– Es liegt hoffentlich nicht daran, dass es so laut ist.

Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, mit dem Auszählen der Wahlzettel zu beginnen. Bis das Ergebnis vorliegt, unterbrechen wir die Sitzung.

(Unterbrechung: 18:45 bis 19:05 Uhr)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Es geht weiter.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt. Abgegeben wurden 135 Stimmzettel. Die Zahl der gültigen Stimmzettel beträgt ebenfalls 135. Dabei entfielen auf Abg. Holger Bellino, Drucks. 20/241, 108 Stimmen. Auf Abg. Alexander Bauer von der CDU, Drucks. 20/241, entfielen ebenfalls 108 Stimmen, auf Abg. Jürgen Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 20/242, 93 Stimmen, auf Abg. Eva Goldbach von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 20/242, 107 Stimmen, auf Abg. Nancy Faeser von der SPD, Drucks. 20/243, 128 Stimmen, auf Abg. Günter Rudolph von der SPD, Drucks. 20/243, 121 Stimmen, auf Abg. Dirk Gaw von der AfD, Drucks. 20/240, 28 Stimmen, auf Abg. Stefan Müller (Heidenrod) von den Freien Demokraten, Drucks. 20/225, 131 Stimmen und auf Abg. Hermann Schaus von der LINKEN, Drucks. 20/244, 31 Stimmen.

Damit sind zu Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz, PKV, gewählt: Holger Bellino, Alexander Bauer, Jürgen Frömmrich, Eva Goldbach, Nancy Faeser, Günter Rudolph und Stefan Müller. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 7:**

Wahl der Mitglieder der Artikel-13-Grundgesetz-Kommission

Wahlvorschlag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD

– **Drucks. 20/239** –

Die Landesregierung berichtet dem Landtag über die nach § 17a des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung getroffenen Maßnahmen. Die parlamentarische Kontrolle wird nach § 17a HSOG aufgrund dieser Berichte von einer Kommission ausgeübt.

Nach § 1 Abs. 2 bis 4 des Gesetzes zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen, Verfassungsschutzkontrollgesetz, legt der Landtag die zahlenmäßige Zusammensetzung fest und wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder aus seiner Mitte. Gewählt ist, wer die

Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

Der Landtag hat mit der Drucks. 20/231 beschlossen, dass die Artikel-13-Grundgesetz-Kommission aus drei Mitgliedern besteht. Mit der Ihnen vorliegenden Drucks. 20/239 schlagen die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD vor, die Abg. Holger Bellino, CDU, Eva Goldbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Nancy Faeser, SPD, zu Mitgliedern der Kommission zu wählen. – Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich vorschlagen, über diesen Wahlvorschlag abzustimmen. Wird der Wahl durch Handzeichen widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, wer dem Wahlvorschlag Drucks. 20/239 zustimmt. Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Die Gegenprobe. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind DIE LINKE und die FDP. – Die fraktionslose Abgeordnete hat dagegen gestimmt?

(Alexandra Walter (fraktionslos): Genau!)

– Okay. – Damit ist das Quorum von 69 Stimmen erreicht, und ich stelle fest, dass die zuvor genannten Abgeordneten zu Mitgliedern der Artikel-13-Grundgesetz-Kommission gewählt worden sind. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Bevor ich Sie in den Feierabend entlasse, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass im Anschluss an die Plenarsitzung der parlamentarische Abend des Landesfeuerwehrverbandes im Landtagsrestaurant stattfindet. Viel Spaß allen, die dahin gehen.

(Schluss: 19:09 Uhr)